Roma sind nur die Vorhut S. 2 und 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 7 – 16. Februar 2013

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Diese Woche





Am Ende der Kräfte: Intrigen und Machtspiele im Vatikan dürften Benedikt XVI. auch menschlich enttäuscht haben Bild: action press

Halt und Linie gegeben

Benedikt XVI. leistete dem Zeitgeist und dunklen Mächten Widerstand

Ist sein Rücktritt als Papst ein Schlag für seine Gegner oder von diesen erzwungen? Benedikt XVI. hat so manchem zu sehr auf die Füße getreten.

Für die Deutschen, nicht allein für jene katholischen Glaubens, ist es eine traurige Nachricht, dass der erste Papst aus ihrer Nation seit fast 500 Jahren zurücktritt. Hinter Benedikt XVI. liegen acht harte Jahre.

Seinem Vorgänger war es noch vergönnt, einem äußeren Feind, dem Kommunismus, die Stirn bieten zu können. Das schließt die Reihen und stiftet Gewissheit. Benedikt aber musste sich mit inneren Feinden auseinandersetzen, den Missbrauchsskandalen, erratischen Reformbewegungen und Skandalen im Umfeld der Vatikanbank. Letzteres reicht zwar tief in die Zeit seiner Vorgänger zurück, doch erst der Deutsche war es, der sich offensiv um Aufklärung in dem dichten Gespinst der vatikanischen Finanzwelt bemühte. Der Skandal um seinen ehemaligen Kammerdiener zeigte jedem: Benedikt will aufräumen. Auch im Falle der Missbrauchsfälle wählte der deutsche Papst die offene Auseinandersetzung.

> Die evangelischen Landeskirchen seiner Heimat waren Warnung

In Glaubensfragen stellte sich Papst Benedikt gegen allzu euphorische (oder panische, je nach Sichtweise) Reformbemühungen. Vielleicht hatte er hier auch die evangelischen Landeskirchen in seiner deutschen Heimat vor Augen: Diese scheinen sich vor lauter Fortschritt von sich selbst, von ihrem Kern, getrennt zu haben und zerfallen in atemberaubender Geschwindigkeit. Die Menschen würdigen es offenbar nicht, wenn ihnen eine Kirche in allen Überzeugungen förmlich hinterherläuft. Sie folgen eher einer Kirche, mit der sie in einigen Fragen im Sinne des Wortes „über Kreuz“ liegen als einer, die sich im Zeitgeist windet. Benedikt weiß das und folgte seiner Einsicht.

Nun schwindet ihm also die Kraft, um diesen Kampf an allen Fronten fortzuführen, so Benedikt selbst. Das kann angesichts der Übermacht der Herausforderungen nicht überraschen. Womöglich haben ihm die Enthüllungen um die Intrigen im Umfeld seines Kammerdieners vergangenes Jahr den Rest gegeben. Ja, es gibt dunkle Mächte im Vatikan. Denen käme nichts gelegener als ein dahinsiechender Heiliger Vater. Sie wüssten das um diesen entstehende Machtvakuum trefflich zu füllen. Diesen Gefallen wollte ihnen der pflichtbewusste Papst aus Deutschland nicht tun.

Das wäre die optimistische Sicht der Dinge, sie nimmt sich aus wie der späte Sieg des Papstes, der nun noch Gelegenheit bekäme, dem Nachfolger mit seinem Rat und seiner jahrzehntelangen Vatikan-Erfahrung zur Seite zu stehen. Pessimisten mutmaßen dagegen, genau jene dunklen Mächte hätten Benedikt zum Rücktritt gezwungen, um seiner unermüdlichen Aufklärungsarbeit ein Ende zu setzen.

Wer von beiden Recht behält, wird sich erst in der Zukunft erweisen. Den neuen Papst erwartet eine Herkulesaufgabe. Und er wird sich messen lassen müssen an Benedikt XVI. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Demontage

Es ist noch keine zwei Jahre her, dass sich Annette Schavan „nicht nur heimlich“ für ihren Kabinettskollegen Karl-Theodor zu Guttenberg zu schämen vorgab. Heute müssen wir uns für sie schämen. Doch bei aller ebenso verständlichen wie nicht nur heimlichen Schadenfreude stellt sich die Frage, wer den enormen Aufwand, den die sorgfältige Überprüfung einer Doktorarbeit erfordert, eigentlich finanziert. Es sind keine anonymen Internetaktivisten mehr, sondern die Plagiatsjagd ist längst professionalisiert. Martin Heidingsfelder, der vor zwei Jahren aus wohl durchaus lauteren Motiven das „VroniPlag Wiki“ mitbegründete und sich dann mit „SchavanPlag Wiki“ quasi selbstständig machte, hat die Demontage von Politikern zu einem auskömmlichen Geschäftsmodell weiterentwickelt. Er lässt sich dafür bezahlen, die Doktorarbeiten von Politikern auf Plagiate hin zu untersuchen. Seine Aufträge bekommt er über seine Internetseite „PolitPlag“ von Privatpersonen, Medienhäusern und aus dem „politischen Umfeld“.

Heidingsfelder ist ehemaliges SPD-Mitglied, glückloser Kommunalpolitiker und mittlerweile in der Piratenpartei aktiv. Da muss es einen nicht mehr wundern, dass es bisher fast ausschließlich Politiker von Union und FDP waren, die als Plagiatoren entlarvt wurden. Der Verdacht liegt nahe, dass hier missliebige Leute von interessierter Seite mit seiner Hilfe demontiert wurden. So traurig es ist: Auch wenn niedere Beweggründe im Spiel sind, wird dadurch letztlich Betrug in der Wissenschaft aufgedeckt. So hat die professionelle Plagiatsjagd irgendwie auch etwas Positives. Allerdings mit einem sehr bitteren Beigeschmack.

Draghi im Zwielicht

Skandal um italienische Pleitebank bringt EZB-Chef in Erklärungsnot

Die Schlinge um den Hals von Mario Draghi zieht sich immer enger. Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) soll während seiner Zeit als italienischer Notenbankchef der skandalumwobenen Pleitebank „Banca Monte dei Paschi di Siena“ (BMP) mit zwei Milliarden Euro aus der Patsche geholfen haben, ohne Parlament und Öffentlichkeit davon zu informieren. Der damalige EZB-Chef Jean-Claude Trichet war angeblich eingeweiht.

Nach einem Bericht der „Wirtschaftswoche“ nahm die italienische Notenbank im Oktober 2011 BMP für zwei Milliarden Euro Schrottpapiere ab und gab dafür Staatsanleihen. Während also der Steuerzahler in den Besitz wertloser Papiere gelangte, zahlt er der BMP nun Steuern für Staatsanleihen, die dafür in den Besitz der Bank gekommen sind.

> Zypern: Steuerzahler soll »Investoren« retten

Derweil erhöht Jörg Asmussen, deutsches Mitglied im Direktorium der EZB, den Druck auf Deutschland, einer schnellen Hilfe für Zypern zuzustimmen. Das Land fordert 17 Milliarden Euro, um seine Banken zu retten, die sich mit Schrottpapieren verkalkuliert haben, in die angeblich zu einem nicht geringen Teil Gelder zweifelhafter Herkunft investiert wurden. Damit dieses Geld „gerettet“ wird, sollen die europäischen Steuerzahler die Schrottpapiere übernehmen.

Später, so Asmussen, dürfte ein Schuldenschnitt folgen. Dann wären die „Investoren“ und ihre Banken aber aus dem Schneider, denn ihre Verluste würden voll zu Lasten der Steuerzahler gehen. Die Hilfe müsse dennoch sein, weil ein Bankrott Zyperns das ganze Euro-System gefährden könne, so Asmussen. Dabei heißt es, die Euro-Krise sei im Wesentlichen überwunden. Dennoch soll eine Pleite des kleinen Zypern reichen, um alles einstürzen zu lassen. *H.H.*

Deutsches hoch im Kurs

Saudi-Arabiens Wunschliste mit deutschen Waffen immer länger

Saudi-Arabien will bei der Bremer Lürssen-Werft für 1,5 Milliarden Euro Patrouillenboote kaufen. Die für den Schutz der Seegrenzen konzipierten Boote sollen innerhalb von zwei Jahren nach Vertragsunterzeichnung zum Stückpreis von zehn bis 25 Millionen Euro an das arabische Königreich übergeben werden. Zuvor muss der Bundessicherheitsrat, dem Bundeskanzlerin Angela Merkel und acht Bundesminister angehören, dem Rüstungsgeschäft zustimmen. Nachdem eine Voranfrage der Lürssen-Werft bereits positiv beschieden wurde, gilt die Zustimmung aber als wahrscheinlich.

Die saudische Wunschliste wird immer länger, denn deutsche Waffentechnologie steht bei der Regierung in Riad hoch im Kurs. Neben den Patrouillenbooten begehrt sie die Lieferung deutscher Kampfpanzer, ABC-Spürpanzer, Transportpanzer und geschützter Geländewagen.

> Wichtiger Kunde der deutschen Industrie

Saudi-Arabien gehört zu den größten Empfängern deutscher Rüstungsgüter. Im Jahre 2011 lieferten deutsche Firmen Waffen und Gerät im Wert von 1,3 Milliarden Euro, im vergangenen Jahr belief sich das Exportvolumen bereits auf 2,1 Milliarden Euro. Das Wehrbudget des Königreiches ist mit rund 40 Milliarden Euro das mit Abstand größte der Region. Der Hauptgrund für die überdurchschnittlich hohen Militärausgaben ist die Befürchtung der saudischen Herrscherfamilie, dass eine militärische Niederlage die bereits angespannte innenpolitische Lage verschlechtern und zu ihrem Sturz führen könne. Das aber macht die saudischen Streitkräfte als Kunde für Rüstungskonzerne nicht nur in Deutschland besonders interessant. Andererseits stoßen Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien gerade wegen der dortigen Menschenrechtslage immer wieder auf Kritik. *Jan Heitmann*

(siehe Kommentar Seite 8)

Zwischenruf

Ist die FDP noch notwendig?

Die Parteien in Deutschland sind in die Vorwahlkampfphase eingetreten. Alles, was jetzt politisch bewerkstelligt wird, geschieht vorrangig im Hinblick auf die Wahl. Vor wenigen Tagen hat die FDP vorgeschlagen, dem Inflationsschutz Verfassungsrang einzuräumen. Die Geldwertstabilität soll also im Grundgesetz verankert werden. Sparer, Rentner und Kleinverdiener spüren heute schon die Geldentwertung. Warum kommt der FDP erst jetzt die Idee, etwas für die Geldwertstabilität zu tun? In den vergangenen drei Jahren war der Kaufkraftschwund immer größer als die Guthabenzinsen und die Zuwächse bei den Renten und den Löhnen. Wahlkampfrhetorik, nichts weiter! Die Gesetze der sozialen Marktwirtschaft und das Bundesbankgesetz verpflichten die politisch Handelnden zum Inflationsschutz. Wenn das nicht reicht, wird auch die Aufnahme der Geldwertstabilität in das Grundgesetz nicht helfen.



Eine Bilanz nach dreieinhalb Jahren Schwarz-Gelb bringt es an den Tag: Die FDP hat in dieser Koalition versagt. Wollte man nicht etwas gegen die kalte Progression bei Löhnen und Einkommen unternehmen? Versprochen, aber nicht gehalten. Wollte man nicht energisch den Subventionsabbau betreiben? Versprochen, aber nicht gehalten. Im Gegenteil, es hat unter Mitwirkung der FDP noch weiteren Subventionsaufwuchs gegeben. Die FDP wollte die Staatsverschuldung zurückführen. Versprochen, aber nicht gehalten. Die Staatsverschuldung hat real weiter zugenommen, obwohl das Steueraufkommen in Deutschland so ergiebig wie noch nie war. Beim Ausstieg aus der Kernkraft hat die FDP voll mitgezogen. Marktwirtschaftliche Prinzipien wurden dabei flugs über Bord geworfen und die Förderung der erneuerbaren Energien nach dem Prinzip der staatlichen Kommandowirtschaft organisiert. Einst war die FDP der Garant für die Prinzipien der freien und sozialen Marktwirtschaft. *Wilhelm v. Gottberg*

EU gegen »Diktatur der Transparenz«

Italienischer Wahlkampf offenbart Brüssels Unwillen, Gehälter und Pensionen offenzulegen

Was sich im Vorfeld des jüngsten EU-Haushaltsgipfels abspielte, war selbst für Brüsseler Verhältnisse ungewöhnlich. Nicht Europas Landwirte oder Gewerkschafter waren es, die protestierten, diesmal gingen EU-Beamten auf die Straße: Mit einem Streik wollten die Eurokraten verhindern, dass sie bei Einsparungen am EU-Budget einen Anteil beitragen müssen.

Im Rückblick auf die Gipfelergebnisse scheint die Furcht der Bürokraten unbegründet. Das als Kompromiss gefeierte Gipfelergebnis eines Finanzrahmens von 960 Milliarden Euro für die Zeit von 2014 bis 2020 ist keineswegs der Durchbruch zu neuer Sparsamkeit. Wenig effektiv sollen nach wie vor Zweidrittel des EU-Haushalts in die Subventionierung der Landwirtschaft und die Strukturfonds fließen. Trotz Sparrhetorik scheint auch bei den Traumgehältern der EU-Beamten alles beim Alten zu bleiben.

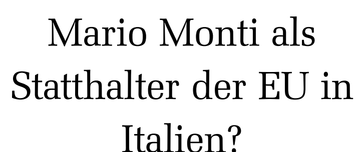
Besondere Steuersätze sorgen für mehr Netto vom Brutto

Sprich: Statt einer Nullrunde gibt es noch mehr. Wie die „Daily Mail“ berichtet, sollen die EU-Beamten durchschnittlich rund 3480 Euro zusätzlich im Jahr erhalten – nicht durch Gehaltserhöhungen, sondern dadurch, dass die EU die Steuerabgaben für ihre Beamten noch weiter abgesenkt. Jeder EU-Beamte wird mit dem Steuertrick monatlich 4,47 Prozent mehr von Brüssel überwiesen bekommen. Mit derlei Taschenspielertricks hat die EU-Kommission bereits im Vorfeld des EU-Haushaltsgipfels versucht, Kritik an der üppigen Bezahlung des eigenen Personals zu kontern.

Eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler (FDP) hatte zutage gefördert, dass Tausende von EU-Beamten mehr Gehalt bekommen, als Bundeskanzlerin Angela Merkel. Regelrechte Irreführung war der Versuch der EU-Kommission, mit Verweis auf Bruttogehälter derartige Vorwürfe zu entkräften. Zum einen sind in Brüssel schon die regulären Gehaltsstufen im Vergleich zu deutschen Beamten extrem großzügig angesetzt. Zudem wird die Luxusbezahlung noch durch diverse Zulagen in die Höhe getrieben: von der Auslandszulage bis zum Schulgeld für Kinder. Abgerundet wird das Traumgehalt durch ein großzügiges Steuerprivileg. Die Eurokraten werden von der EU selbst besteuert – maximal mit 25 Prozent, die zahlreichen Zulagen sind generell steuerfrei. Das erstaunliche Endresultat in vielen Fällen: Mehr Netto als offiziell überhaupt als Bruttogehalt ausgewiesen wird. So sind selbst auf mittlerer EU-Führungsebene Entlohnungen, die über dem Gehaltsniveau von europäischen Regierungschefs liegen, keine Seltenheit.

Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, dann soll auch künftig möglichst wenig von derartig ungenierten Selbstbedienungspraktiken an die Öffentlichkeit dringen. Der Schutz der Privatsphäre hat in Brüssel neuerdings einen hohen Stellenwert – zumindest wenn es um die EU-Beamtengehälter geht: „Es muss einen klaren Trennstrich zwischen Rufen nach Transparenz und dem Roman ‚1984‘ von George Orwell geben“, so die erstaunliche Antwort der EU-Kommission auf eine brisante Frage, die mittlerweile im italienischen Wahlkampf aufgetaucht ist.

Aktueller Anlass, dass nun ausgerechnet Brüssel vor einer „Diktatur der Transparenz“ à la Orwell warnt und keine Auskünfte geben will, ist der Verdacht, dass Italiens Premier Mario Monti eine Pension der EU-Kommission erhält. Monti, der von 1995 bis 2004 EU-Binnenmarktkommissar und EU-Kommissar für Wettbewerb war, hätte gemäß den Regelungen tatsächlich einen Anspruch auf eine EU-Pension von rund 12 000 Euro. Mit Blick auf die italienische Öffentlichkeit wäre das Eingeständnis, dass er eine EU-Pension erhält, allerdings verheerend. Scheinbar uneigennützig – laut eigener Aussage ganz dem Wohle Italiens verpflichtet – hatte Monti zu Beginn seiner Amtszeit im November 2011 auf sein Gehalt als italienischer Ministerpräsident verzichtet. Mit der üppigen Pension aus Brüssel im Hintergrund würde der unbezahlte Dienst am Vaterland allerdings in einem deutlich ungünstigeren Licht erscheinen. Monti hätte das Gehalt als Ministerpräsident nur öffentlichkeitswirksam ausgeschlagen, weil er stattdessen heimlich eine EU-Pension kassiert. In der Schlussphase des Wahlkampfes wäre eine offizielle Bestätigung, dass Monti als Ex-Kommissar von der EU versorgt wird, allerdings noch aus einem anderen Grund desaströs. Endgültig festsetzen könnte sich der Ruf, der Monti sowieso schon vorauseilt: Jemand, der von der EU als Statthalter für Italien installiert wurde. Immerhin ist er ohne demokratische Wahlen und unter massivem Druck der EU ins Amt gehievt worden, um Berlusconi abzulösen. *Norman Hanert*



Mario Monti als Statthalter der EU in Italien?



Fürchteten um ihre Privilegien: Beamte der EU streikten Anfang Februar Bild: pa

Die Schulden-Uhr:

Viel Geld für wenig Arbeit

Die EU-Beamten verdienen nicht nur mehr als die Menschen, denen sie eigentlich dienen sollten, sondern sie arbeiten auch weniger. In der EU gilt die 37,5-Stunden-Woche. Alle EU-Beamten können an bis zu zwei Tagen im Monat Überstunden abbummeln. Zusätzlich zum Urlaub gibt es 17 sogenannte Büroschließtage und das nicht nur an gesetzlichen Feiertagen. Ab dem 20. Arbeitsjahr gibt es alle fünf Jahre fünf Tage Sonderurlaub. Das Pensionsalter beträgt 63 Jahre. Die EU-Kommission plant, es auf 65 heraufzusetzen – im Jahr 2036. Zusammengestellt hat diese Privilegien die Europaabgeordnete Inge Gräßle (CDU). *M.R.*

2.067.179.525.302 €

Vorwoche: 2.066.650.081.744 €
Verschuldung pro Kopf: 25.209 €
Vorwoche: 25.203 €

(Dienstag, 12. Februar 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Kommt, klaut und werdet vom Staat belohnt«

Bürgermeister der französischen Stadt Nizza geht gegen Multikulti-Exzesse und illegale Einwanderer vor

Die malerisch gelegene südfranzösische Hafenstadt Nizza ist, ihr Umland mitgerechnet, mit knapp einer Million Einwohnern die fünftgrößte Stadt Frankreichs. Der 57-jährige Christian Estrosi, Sohn italienischer Einwanderer, ist seit 2008 Bürgermeister; im Januar wurde er sogar zum Vizepräsidenten der vormaligen Regierungspartei UMP gekürt. Gegenwärtig lässt er mit Sichtweisen aufhorchen, wie der folgenden zum Wahlrecht für Ausländer, die er im Radiosender „Europe 1“ äußerte: „Was mich am meisten aufbringt: das Wahlrecht Personen zu geben, die Frankreich hassen – es an jene zu geben, die die Säkularisierung hassen, die unsere Gesetze ablehnen. Wenn Sie bedenken, dass es sich dabei um Staatsangehörige aus Ländern handelt, wo die Religion sich in alles hineindrängt, was es auch immer sein mag ...“

Gern verweist Estrosi auf seine im Mai 2012 erlassene Anordnung, welche „nicht enden wollenden Krach und Jubel“ bei Hochzeiten von Ausländern untersagt. „Ich lasse die Sache nicht degenerieren. Sie wollen heiraten, kommen mit ihren ausländischen Fahnen in mein Rathaus und veranstalten ein endloses ‚Tam-Tam‘ in meinen Hallen. Was für eine Haltung ist das gegen unsere Republik, gegen unsere Nation?“, so Estrosi. Nunmehr gilt also: keine laute Musik, kein Gejohle, keine Pfiffe, keine Fahnen mehr – „vor allem“, so Estrosi weiter, „keine ausländischen“. Das störe die Feierlichkeit des Augenblicks und die Anwohner. Veranlasst sehe sich der Magistrat dazu durch Petitionen von Bürgern, die sich im Rathaus gestört fühlten, zumal es sich an Sonnabenden im Sommer um 30 Eheschließungen pro Tag handeln kann.

Kein Rechtsaußen, sondern Vize der UMP

Der sozialistische Stadtrat Paul Cuturello kritisiert, es ginge dabei nur darum, „Personen aus dem Maghreb zu stigmatisieren“. Nun müssen Ehepaare eine „Schicklichkeits-Charta“ unterzeichnen; bei Zuwiderhandlung droht die Verschiebung der Hochzeit um 24 Stunden. Straßenartisten oder Personen, die am weltberühmten Strand von Nizza – die „Promenade des Anglais“ will Estrosi zum Weltkulturerbe erklären lassen – Alkohol trinken sowie „aggressiv Betteln“, rückt Estrosi ebenfalls zu Leibe. Er will auch das Beten auf den Straßen untersagen und kündigte die Einrichtung eines großen muslimischen „Gebetssaals“ an.

Jetzt weigert sich der smarte, telegene Hardliner, eine Notunterkunft für 70 Roma, darunter 20 Kinder, aus Rumänien und Bulgarien bauen zu lassen. Der neue Präfekt des Departements Alpes-Maritimes, Christophe Mirmand, hatte dazu aufgerufen, ein solches Notobdach für die Roma zu errichten, und betont: „Die feste Anwendung der Gesetze der Republik darf nicht jede Humanität ausschließen, was die Behandlung von Menschen in Bedrängnis anbetrifft.“ Doch Estrosi feuert nachgerade wutschnaubend dagegen: „Ich werde mit allen Rechtsmitteln Widerstand leisten. Ich bin human mit meinen Nizzaern. Nicht aber gegenüber illegalen Immigranten.“ Das für die Notunterkunft vorgesehene Gelände sei schließlich für den Bau einer Großküche ausgewiesen, welche etliche Nizzaer Schulkantinen beliefern soll. „Wer kann schon akzeptieren, dass unsere Kleinen in Nizza Hunger leiden müssen, bloß weil man vorzieht, die Roma zu beherbergen?“, fragt Estrosi in der Tageszeitung „Nice-Matin“.

Früher wurde Estrosi, der den Doktorhut honoris causa der israelischen Universität Haifa trägt, oftmals als „Moto-Didakt“ verspottet, weil er sich inbrünstig dem Motorradsport verschrieben und dafür das Gymnasium vor dem Abitur aufgegeben hatte. Er gibt unbeirrt weiter Gas und prangert an, die Präsenz der Roma in Nizza verursache ein „Gefühl der Unsicherheit“. Die Situation sei zwar weniger gravierend als in Lyon oder Paris. Dies indes sei „nur zahlreichen Maßnahmen zu danken, die er bereits ergriffen habe, um die Einwohner von Nizza zu schützen“. Estrosi wirft der sozialistischen Regierung in Paris ein „zu laxes“ Verhalten vor, das man nicht mehr tolerieren könne. „In meiner Stadt warten Tausende auf eine Wohnung, mehrere zehntausend Menschen suchen Arbeit. Aber unsere Regierung gibt Personen den Vorzug, die Privateigentum stehlen, anstatt klar daran zu erinnern, dass Frankreich kein El Dorado ist und nicht alles Elend der Welt bei sich empfangen kann.“ Die Botschaft des gescholtenen Premierministers Jean-Marc Ayrault sei doch klar, steigert er sich: „Kommt nach Frankreich, klaut Privateigentum, und der Staat wird euch Wohnung und Arbeit verschaffen.“

In Deutschland würde es Empörung hageln

Die Reaktionen in Frankreich sind gespalten – von vernehmlichen Bravo-Rufen für Estrosi bis hin zur Forderung, man solle für eine bessere Integration sorgen. Aus deutscher Sicht mag überraschend sein, dass die Resonanz in Frankreich recht gelassen, insgesamt eher sachlich abwägend ausfällt. Mit Vorwürfen des Rechtsextremismus oder Rassismus wird Estrosi bislang jedenfalls nicht überzogen. In Nizza – einer Stadt, in der die nationalkonservative Marine le Pen (Front National) im ersten Durchgang der letzten Präsidentschaftswahlen mehr Stimmen erhielt als der neue Staatspräsident François Hollande – stehen 2014 Kommunalwahlen an. Der Sozialist Cuturello kritisiert, dass es Estrosi bei den Manövern vor allem darum gehe, im Becken des Front National zu fischen, womit er das internationale Renommee Nizzas untergrabe. *Norbert Breuer-Pyroth*

Das Ende einer Lüge

Von VERA LENGSFELD

Das politische Berlin, das gerade von den Stars und dem Glamour der Berlinale in den Hintergrund getreten war, überraschte am vergangenen Sonnabend mit zwei Paukenschlägen: dem Rücktritt der Bildungsministerin Schavan und der Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Gysi.

Während bei Schavan lediglich die Frage war, wie sie zurücktreten würde und wie sich die Kanzlerin dazu verhält, war die Aufhebung der Immunität von Gysi eine echte Überraschung. Der Immunitätsausschuss des Bundestages hatte sie bereits am 31. Januar beschlossen.

Derselbe Ausschuss hatte bereits im Frühjahr 1998 festgestellt, dass die Stasimitarbeit des Abgeordneten Gysi „erwiesen" sei. Gysi klagte gegen den Beschluss und verzögerte so die Veröffentlichung bis kurz vor der parlamentarischen Sommerpause. Das nahm die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth zum Anlass, Gysi entgegen den Regeln, die sich der Bundestag gegeben hatte, nicht mehr zur Niederlegung seines Mandates aufzufordern. Sie fürchtete sich davor, dass es als Wahlkampfmanöver ausgelegt würde.

So kam es, dass die Veröffentlichung der Erkenntnisse des Immunitätsausschusses, der immerhin alle bis dahin bekannten Akten, in denen Berichte von IM „Notar", „Gregor" oder „Sputnik" vorkamen, ausgewertet hatte, nicht mehr öffentlichkeitswirksam wurden. Der Bericht des Immunitätsausschusses mutierte zum Geheimtipp für alle, die sich über die Wahrheit zu Gysi informieren wollten.

Öffentlichkeitswirksam wurden dagegen die zahlreichen Siege, die Gysi am Landgericht in Hamburg durch die Urteile des Richters Buske erstritt. Allmählich erlahmte der Eifer der Medien, dem alerten Star der PDS seine Stasitätigkeit nachweisen zu wollen.

Erst als der ehemalige ARD-Korrespondent in der DDR, Hans-Jürgen Börner, in den Ruhestand ging, machte er sich daran, in einem Film noch mal alles zusammenzufassen, was er über Gysi wusste. Obwohl „Die Akte Gysi" im NDR nur zu später Stunde gezeigt wurde, hatten mehr als eine Millionen Zuschauer die Beweise für Gysis Verstrickung gesehen. Der Wunsch nach Wiederholung des Films war so stark, dass der Sender sich dazu entschloss.

Um diese Ausstrahlung zu verhindern, gab Gysi eine eidesstattliche Erklärung ab, in der er versicherte, dass er niemals wissentlich und willentlich über seine Mandanten oder „sonst jemanden" an die Stasi berichtet habe. Dies wird ihm nun womöglich zum Verhängnis. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat Ermittlungen wegen eidesstattlicher Falschaussage aufgenommen.

Sollte sich endlich herausstellen, dass Gysi für oder mit der Stasi gearbeitet hat, wäre dies das Ende einer Lüge, die wie wenige andere das politische Leben im vereinten Deutschland bestimmt hat.

Die verborgenen Brüder des BER

Kosten bei staatlichen Projekten laufen nicht nur beim Flughafen aus dem Ruder



Auch hier werden Millionen aus der Steuerkasse in den märkischen Sand gesetzt: Bauarbeiten an der Berliner Staatsoper

Bild: pa

Im Schatten des Flughafenskandals wuchern in Berlin und Brandenburg weitere staatliche Bauprojekte, deren Kosten außer Kontrolle geraten. Die Ursachen für die Kostenexplosion liegen ebenfalls im Versagen der Politik.

Die Hauptstadt schlittert von einem öffentlichen Baufiasko ins nächste: Bei der Staatsoper stehen höhere Kosten von 288 statt der geplanten 239 Millionen Euro an sowie die zweite Bauverzögerung. Hier gehe es kaum anders zu als beim Flughafen BER, kritisieren Berliner Medien. Derweil bekommt Baukonzern Hochtief den Zuschlag zum Rohbau des Humboldtforums (Berliner Schloss). Die Firma steht in Hamburg wegen der Kosten der hauptsächlich steuerfinanzierten Elbphilharmonie massiv in der Kritik. Potsdams Stadtschloss wird ebenfalls später fertig und teurer.

„Eins ist sicher: Ich mache hier nicht den Wowereit", sagte Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) jüngst im Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" mit Blick auf das Bahnhofsprojekt Stuttgart 21. Mag die Angst vor Berliner Verhältnissen im Ländle unberechtigt sein, Berlins Ruf für öffentliches Bauen scheint vollends ruiniert. Die Staatsoper Unter den Linden wird seit 2010 umgebaut und erhält nun einen 100 Meter langen, ganze acht Meter hohen Tunnel für mindestens 22 Millionen Euro. Mittelalterliche Pfahlbauten in gut 17 Metern Tiefe stehen der Röhre neuerdings im Weg. Zweck der Berliner Edelunterführung ist vorrangig der Transport von Kulissen. Ihr Auftraggeber ist Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD)

Noch dieses Jahr sollte die Oper nach dem Plan des Senats fertig sein. Doch das gelingt bestenfalls 2015 und selbst dieser Termin sei „äußerst kritisch", gesteht Bausenator Michael Müller (SPD), denn selbst um wenigstens 2015 fertig zu werden, dürfe nun aber wirklich nichts mehr dazwischenkommen.

Die Liste der Zwischenfälle ist bereits lang: Bodenfunde, marode Mauern, ein überraschend entdeckter Tresorraum und die Trennung von den bisherigen Planern im Oktober. Vielleicht enden die Arbeiten an dem zum Hauptwerk des Architekten Georg Wenzeslaus Freiherr von Knobelsdorff (1699–1753) gehörenden Bau sogar erst 2017, fürchten Bauexperten. Die aktuelle Verzögerung beruht nach Expertenvorwürfen jedenfalls nicht auf unvorhersehbaren Ereignissen. Gutachter stellten schon 2001 technische Probleme bei der geplanten Anhebung des Bühnenturms um vier Meter fest. Bei den aktuellen Bauarbeiten wurden sie nach einem Bericht des „Deutschlandradios" einfach ausgeklammert.

Staatsoper: Jahre später und deutlich teurer

Grund der Anhebung ist der Wunsch des Generalmusikdirektors Daniel Barenboim nach mehr Nachhallzeit. Vier Meter mehr bis zur Decke bringen Akustikern zufolge 1,6 statt bisher 1,1 Sekunden. Millionenschwer indes hallen beim Opernprojekt die Fehler des Flughafens nach. Beiderorts verzichtete das politische Berlin auf einen Generalunternehmer.

Die Hoffnung der politisch Verantwortlichen, mit vielen Einzelplanungen sparen zu können, hat sich jedoch zerschlagen. Wie beim BER-Projekt konnte sich auch beim friderizianischen Opernhaus, einer von drei staatlichen Opern, die sich das mit mehr als 60 Milliarden Euro verschuldete Berlin leistet, die Stadtpolitik nicht auf eine klare Linie und die richtigen Proportionen einigen.

Umplanungen bestimmten die Opernsanierung: Erst sollte ein moderner Saal mit besserer Sicht den zu DDR-Zeiten im alten Stil rekonstruierten ersetzen, dann entschied sich die Politik doch für eine schmukkere Form unter Berufung auf den Denkmalschutz. Um den Architekten des modernen Saals loszuwerden, musste nun jedoch die Ausschreibung abgebrochen werden.

Wie beim Flughafen zieht Berlins Senat auch in dieser Pannenvorführung den Bund mit sich, der allerdings seinen Anteil zum Opernhaus auf 200 Millionen Euro gedeckelt hat. Die von der Bauverwaltung jetzt festgestellten Mehrkosten gehen somit voll zu Lasten der Landeskasse.

Zu Lasten von Brandenburgs Landeskasse geht die Freude, dass Potsdam „nun sein Herz gefunden" habe, wie Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zum Landtag im wiederentstehenden Stadtschloss sagt. Ähnlich wie an der Spree treten auch dort die Folgen politischer Umplanungen zutage. Anfangs sollte der Knobelsdorffbau 2012 wiedererstanden sein. Dann hieß es, Ende dieses Jahres sei es so weit. Die Baufirma BAM rechnet inzwischen mit Mai 2014. Politische Änderungswünsche bei Türen, Treppenhaus und Dach schlugen vor allem dank des Privatinvestors weniger zu Buche als in Berlin, doch auch hier ist das Endergebnis teurer als geplant. Kritiker fürchten nun, dass sich solch ein politisches Spiel mit ständig wechselnden Kulissen wie in der Staatsoper und in Potsdam auch am Berliner Schloss (Humboldtforum) wiederholen könnte. Der Baukonzern Hochtief hat den Zuschlag für den Rohbau erhalten.

In Hamburg steht Hochtief trotz einer erst unlängst erzielten Einigung im Streit mit der Stadt weiter massiv in der Kritik: Einst mit 77 Millionen Euro aus der Stadtkasse geplant, sind die Kosten für die von Hochtief gebaute Elbphilharmonie laut jüngsten Angaben von Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) inzwischen auf 575 Millionen Euro angewachsen.

Sverre Gutschmidt

Erfolg für Jungenschule

Gericht: Brandenburg muss getrennten Unterricht erlauben

Brandenburgs Bildungsministerium muss die Errichtung eines katholischen Jungengymnasiums genehmigen. Dies beschloss das Bundesverwaltungsgericht am 30. Januar 2013. Zuvor hatten das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg und das Verwaltungsgericht Potsdam ebenso entschieden. Eine herbe Niederlage für die rot-rote Landesregierung: Im Mai 2007 hatte sie den Antrag auf Errichtung einer Jungenschule der katholischen Laienorganisation „Opus Dei" abgelehnt.

Horst Hennert, Leiter der Berliner „Opus-Dei"-Zentrale und Geschäftsführer der Fördergemeinschaft der Schule: „Geplant ist ein zweizügiges Gymnasium mit den Jahrgangsstufen 7 bis 12 mit 250 bis 300 Schülern." Das Ministerium begründete seine Ablehnung damit, dass in sämtlichen Schulen des Landes Mädchen und Jungen zusammen unterrichtet werden müssten. Dies fordere Paragraf 3 des brandenburgischen Schulgesetzes.

Doch das Gesetz ist möglicherweise verfassungswidrig, so OVG-Richter Werner Neumann: „Das Grundgesetz verbietet einen nach Geschlechtern getrennten Unterricht nicht, sondern lässt ihn zu."

Saskia Ludwig (CDU): »Wahlfreiheit der Eltern hat gesiegt«

Bildungsministerin Martina Münch (SPD) zeigt sich uneinsichtig. Sie ließ zwar erklären, man wolle keine Rechtsmittel einlegen. Dennoch war zu hören, dass Potsdam den Gang zum Bundesverfassungsgericht erwägt.

CDU-Landtagsabgeordnete Saskia Ludwig: „Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist ein Sieg für die Wahlfreiheit der Eltern in Brandenburg. Das bedeutet: Eltern sollen ihre Kinder auf die Schule schicken können, die aus ihrer Sicht für das Kindeswohl die beste ist. Das der Oberbürgermeister und die Stadt Potsdam trotz des gestrigen Urteils die Elterninitiative für das Jungengymnasium weiter behindern wollen, ist hingegen ein deutliches Zeichen von Intoleranz und eine Bevormundung der Eltern."

Tatsächlich scheinen Stadt und Land nun darauf zu setzen, dass der Verein möglicherweise kein geeignetes Grundstück oder Gebäude für das Schulprojekt in Potsdam oder der näheren Umgebung findet. Hier hat Ludwig, die zum konservativen CDU-Flügel zählt, ihre Hilfe angeboten: „Sollte sich Potsdam weiter gegen einen Schulstandort in Potsdam sperren, unterstützen wir die Elterninitiative bei der Suche nach einem passenden Grundstück in (dem Gebiet des angrenzenden Landkreises) Potsdam-Mittelmark."

Hans Lody

Jagd auf Äcker

Investoren räumen Agrarflächen ab

Landgrabbing" – der spekulative Kauf von Agrarflächen im großen Stil, ist kein Phänomen mehr, von dem nur Entwicklungsländer betroffen sind. Auch in Brandenburg ist bereits ein beachtlicher Teil von Ackerflächen ins Eigentum von Investoren übergegangen, die mit Landwirtschaft wenig am Hut haben und die den Boden eher als inflationssichere Anlage sehen.

»Landgrabbing« auch in Brandenburg

Nach Schätzungen des Brandenburgischen Bauernbunds könnten schon bis zu 15 Prozent des Agrarlandes in der Mark im Eigentum von Investoren sein, die selbst nicht in der Landwirtschaft tätig sind, vor allem seit dem Ausbruch der Finanzkrise und dem Anstieg der Getreidepreise. Folgen der Entwicklung: Ortsansässige Bauern können bei gestiegenen Bodenpreisen kaum noch mithalten, ihnen fehlt immer öfter die Möglichkeit, ihren Betrieb zu vergrößern. Zum anderen fließen finanzielle Erträge aus der Region ab, zum Teil sogar ins Ausland.

Dass gerade die neuen Bundesländer ins Visier von Anlegern geraten, hat Gründe: Trotz Preissteigerungen ist hier der Boden weiterhin relativ preiswert. Auch ist der Markt weiterhin in Bewegung, es werden im größeren Umfang Agrarflächen angeboten als in Westdeutschland. So etwa, wenn Genossenschaften mit großen Flächen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, oder durch Bauern, die als sogenannte „Wiedereinrichter" den Sprung in die Selbstständigkeit gewagt haben und nun wieder aufgeben. Nochmals wachsen könnte der Flächenhandel im Laufe der kommenden Jahre, wenn Kaufoptionen für Pachtland der Treuhand auslaufen.

N.H.

Attacke wegen Burschenschaft

Bild"-Chefredakteur Kai Diekmann ist Burschenschafter, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) auch. In linksradikalen Kreisen wird dennoch immer wieder versucht, die Mitgliedschaft von Prominenten in Burschenschaften zu skandalisieren. Jüngstes Opfer ist der Berliner Sozialstaatssekretär Michael Büge (CDU), der im Dezember im Zusammenhang mit dem Burschentag in Stuttgart Angriffen von ganz links ausgesetzt war. Inzwischen hat seine Berliner Verbindung Gothia die als „rechts" geltende „Burschenschaftliche Gemeinschaft" verlassen. Büge wollte seine Mitgliedschaft bis Ende Januar „überdenken", erklärte er damals. Nun nimmt die linke Szene die Attacken wieder auf. Oliver Höfinghoff (Piratenpartei): „Geht er nicht, muss er raus aus dem Amt." Auch Klara Herrmann vom äußersten linken Rand der Grünen forderte erneut Büges Rücktritt, und Berlins Juso-Vorsitzender Kevin Kühnert poltert gar: „Das Maß ist voll."

T.M.

Zeitzeugen



Chokri Belaid – Der 48-jährige tunesische Oppositionspolitiker wurde Anfang Februar erschossen. Sein Tod gilt seither als Mord an der tunesischen Revolution. Von dem nordafrikanischen Land war der Arabische Frühling ausgegangen, mündete aber bald in den meisten Staaten in einem „Winter“ unter der Herrschaft der Islamisten und einem Rückschritt in Richtung Scharia.



Abu Hamza al-Masri – Der einäugige und einarmige Sohn eines ägyptischen Offiziers ist einer jener islamistischen Hassprediger, die kein Blatt vor den Mund nehmen. Der überwiegend von Großbritannien aus agierende 55-Jährige wurde wegen Unterstützung terroristischer Anschläge in London verhaftet und 2012 an die USA ausgeliefert.



Maximilien de Robespierre – Der 1758 in Arras geborene Anwalt war ein führender Kopf der Französischen Revolution, versuchte mit der Guillotine das Ideal der „Gleichheit“ des Philosophen Jean-Jacques Rousseau durchzusetzen. Dabei war nach seiner Interpretation von „Gleichheit“ vor allem der Adel zu vernichten, jedoch nicht die Vermögenden an sich. Auch schloss seine Vorstellung von „Gleichheit“ nicht die der Frauen mit ein. 1794 musste er, nachdem er eine „Säuberungswelle“ angekündigt hatte, die alle treffen sollte, die nicht seine Positionen vertraten, selbst den Weg zur neu erfundenen Tötungsmaschine antreten.



Deng Xiaoping – Von 1979 bis 1997 führte er die Volksrepublik China. Der Pragmatiker (1904–1979) öffnete nach der zerstörerischen Kulturrevolution des großen Führers Mao Zedong China für Wirtschaftsreformen und legte so den Grundstein für die heutige ökonomische Blüte. Er verbesserte die Lebenssituation vieler Bürger und war ein Befürworter der Zweiwege-Theorie für Hongkong. Auch nach seinem Tod wurde der fortschrittliche Kurs nicht revidiert, wie das zuvor fast regelmäßig der Fall war.

Mythos Revolution

Umstürzler versprechen Freiheit und Wohlstand, doch oft bleibt beides auf der Strecke

Der Arabische Frühling, der politisch und ökonomisch in einer Art Winter mündete, zeigt es: Meist endet die gut gemeinte Revolte in den falschen Händen und wird zu einer ökonomischen Katastrophe wie derzeit in Ägypten und Tunesien. Das Volk, um dessen Wohl es angeblich geht, hungert weiter oder sogar mehr. Die Geschichte der Menschheit ist von solchen traurigen Beispiele.

Ein Grund, weshalb Revolutionen so selten Wohlstand erzeugen, ist der Umstand, dass vor allem bestimmte Ideale durchgesetzt werden sollen, in den Reihen der neuen Machthaber aber jene Fachleute fehlen, die wissen, wie man ein Land verwaltet und die Versorgung von Bürgern sicherstellt. Oft werden Unternehmer enteignet und aus dem Land vertrieben, doch die bisherigen Land- und Steuerreformen in Afrika und Asien hatten selten eine Besserung der Zustände zur Folge.

Als prägnantes Beispiel kann Kambodscha gelten: Als 1975 Pol Pot mithilfe seiner Guerillas der „Roten Khmer“ die Macht ergriff, begann ein blutiges Morden mit Millionen Toten. Der zuletzt paranoide Kommunist verfolgte gnadenlos als „Bruder Nr. 1“ sein Ziel, die Bevölkerung aufs Land zu treiben, gemäß seiner Überzeugung, dass ökonomische Probleme durch den Gegensatz Stadt-Land entstehen. Die desaströse Wirtschaftspolitik mit ihren Enteignungen führte indes zu Hungersnöten.

Ein Blick in die Geschichte desillusioniert

Vorbild für seine Wahnvorstellung vom zurückgebliebenen Bauernstaat war das benachbarte China von Mao Zedong und seiner Kulturrevolution. Auch in diesem Milliardenvolk hatte die fixe Idee des großen Führers weiter zur Verarmung des Volkes beigetragen, ebenso wie Josef Stalin in Russland, dessen Pläne ebenfalls zulasten der großen Masse der Bevölkerung gingen. Die Kommunistenherrschaft im Osten Deutschlands führte zum dramatischen Niedergang der Ökonomie. Kubas Fidel Castro schließlich brachte nach der Beseitigung des Diktators Batista zwar mehr Bildung ins Land, aber auch mehr Hunger, während die Funktionärselite in Saus und Braus schwelgte. Die „sozialistische Revolution der Armen durch die Armen für die Armen“, so Castro, scheiterte ökonomisch letztlich an ihren Ansprüchen. Auch die Machtergreifung der Mullahs nach dem Sturz des Schahs Reza Pahlevi brachte nur Unterdrückung, Gaddafis Ende bescherte Libyen neuen Streit. Schon die gefeierte Französische Revolution endete mit den Hinrichtung eines Robespierre und der Machtübernahme durch Napoleon Bonaparte, der seine Landsleute in zahlreiche Eroberungskriege trieb.

Und zu oft bringen Revolutionen nicht die erhoffte Freiheit und den erwünschten Wohlstand: Das afrikanische, einst blühende Land Simbabwe schlitterte mit der Enteignungspolitik britischer Farmer durch Diktator Mobutu in einen Niedergang ohnegleichen. Die Seilschaften des Herrschers spülten nur Nichtskönner in die Agrarwirtschaft. Ugandas Idi Amin machte aus dem ostafrikanischen Staat in Kürze ein Armenhaus. Nelson Mandelas Kampf gegen die Apartheidpolitik im ehemaligen Burenstaat der Südafrikanischen Union endete aufgrund von Korruption und Misswirtschaft in einer kränkelnden Volkswirtschaft. Im mittelamerikanischen Guatemala verzehrte ein 36-jähriger Bürgerkrieg die Kräfte des Landes, schuf eine Million Flüchtlinge.

Bereits 1968 fragte der Philosoph Magnus Enzensberger im Hinblick auf die Revolutionen der Vergangenheit: „Hat sich eigentlich etwas geändert? Und was?“ Die Antwort liegt auf der Hand.

Joachim Feyerabend



Die Mutter der Revolutionen: Die französische Freiheitsbewegung verfolgte hehre Ideale und brach diese bei ihrer Erlangung auf vielfache Weise

Bild: mauritius

»Wir sind das Volk«

Ein Blick in die Geschichte zeigt aber auch, dass Revolutionen, so sie denn wirklich von der Masse der Bürger mitgetragen werden, Erfolg haben können. Denn wie soll man die Rufe „Wir sind das Volk“ der Bewohner der DDR anders deuten, wenn nicht als Revolution, deren Ziel es war, die Macht der herrschenden Kommunisten zu beenden. Zugegeben, nicht jeder, der 1989 auf die Straße ging, wollte eine Wiedervereinigung mit dem Westen Deutschlands, viele hadern noch heute mit diesem Ausgang, wollten sie doch nur den in der DDR erlebten Sozialismus reformieren, doch die Masse der Menschen in der DDR begrüßte die selbst erzwungenen Veränderungen.

Natürlich ist alles relativ. So mancher beklagt, dass er sich heute zwar trotz Verlust des Arbeitsplatzes mehr leisten könne als früher, er sich aber dafür in der DDR gebraucht gefühlt habe, da alle Arbeit hatten. Auch wird beklagt, dass die Meinungsfreiheit heutzutage sich schon wieder Richtung DDR bewege, da Politische Korrektheit diese immer mehr einschränke. Doch in der Bilanz sind Wohlstand und Freiheit auf einem weitaus höheren Niveau angesiedelt als zu DDR-Zeiten.

Bewohner der DDR erkämpften sich mehr Freiheiten

Auch sehnen sich in Osteuropa immer weniger Menschen nach den alten Sowjetzeiten. Die meisten Menschen erfreuen sich relativ gesehen größerer Freiheiten und eines größeren Wohlstandes als zu Zeiten, da ihr Land noch ein Teil der UdSSR war. Auch wenn man nicht übersehen sollte, dass in vielen Ländern Osteuropas Freiheit und Wohlstand noch weiter ausbaufähig sind. Und auch sonst bietet die Geschichte genügend Beispiele dafür, dass Widerstand gegen Unrechtsregime nicht immer im Gefängnis oder Chaos münden muss.

Bel

Es traf vor allem die Armen

Maos »Langen Marsch« bezahlten Millionen Chinesen mit ihrem Leben

Maos sogenannter „Langer Marsch“ an die Macht war für die Chinesen ein wirklich schwerer Marathon von den 1930er Jahren bis in den Beginn des dritten Jahrtausends. Offiziell sollte er eine Revolution für die Armen und gegen die Ausbeutung der Imperialisten werden. Weit gefehlt, das Reich der Mitte blieb ein Reich der Armut. Erst die ökonomische Öffnung der kommunistischen Volksrepublik für kapitalistische Grundgesetze brachte dem Milliardenvolk wirtschaftliche Verbesserungen, vergrößerte aber auch dramatisch die Kluft zwischen Arm und Reich.

Die neue Regierung plant deshalb, innerhalb von zehn Jahren die Einkommen zu verdoppeln. Sie fürchtet den sozialen Sprengstoff und ist durch die Geschehnisse in Nordafrika gewarnt. Ungeachtet dessen ist das einstige Schwellenland dabei, ökonomisch die Weltspitze zu übernehmen und trotz Diktatur der Partei und Beschneidung von Menschenrechten für die Dritte Welt zum Vorzeigestaat zu avancieren.

Die Politik des „Großen Vorsitzenden“ hat zwischen 44 und 72 Millionen Menschen das Leben gekostet. Maos sogenannter „Große Sprung nach vorne“ (1957–1958) forderte Millionen Todesopfer und war der Versuch, China auf schnellstem Weg zu einer industriellen Großmacht umzuschmieden, löste indes nichts anderes als die größte Hungersnot

Eine große Hungersnot war die Folge

in der Geschichte der Menschheit aus. Da zu diesem Zeitpunkt rund 80 Prozent der Bevölkerung auf dem Land lebten, machte sich die verordnete Bildung von Volkskommunen und die Enteignung privaten Landes zu deren Gunsten besonders drastisch bemerkbar. Der Viehbestand sank um die Hälfte, da die Bauern alle noch schnell schlachteten. Auch die von der Partei erwarteten Erntemengen blieben aus.

Ministahlöfen sollten wettmachen, dass für den Bau großer Werke die Devisen fehlten. Doch der meiste auf diesem mittelalterlichen Weg produzierte Stahl erwies sich für die Weiterverarbeitung als unbrauchbar. Zudem raubte Maos Kulturrevolution dem Land den akademischen Nachwuchs.

Auf verschiedenen Konferenzen wurde um einen Weg aus der ökonomischen Misere gerungen und Mao wurde dabei deutlich geschwächt. Doch erst 1978 begann die Befreiung von den Altlasten des markigen Kommunisten. Marktwirtschaftliche Reformen – zunächst in der Landwirtschaft, dann in der Industrie – setzten ein und beeindruckten den Westen durch laufend erhöhte Exportüberschüsse und einer gewaltigen Anhäufung von Devisen. China war auf dem Weg zu einer militärischen und ökonomischen Weltmacht und schwang sich in der Raumfahrt mit an die Spitze der Welt. Eine engere Verflechtung mit dem Rest Ostasiens durch Handelsabkommen festigte die Stellung der Volksrepublik. Australien entwickelte sich zum bedeutenden Handelspartner und auch die deutsche Volkswirtschaft überstand nur dank des wachsenden Chinageschäfts internationale Krisen.

J.F.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3549**

Entwertung des Deutschseins

Linke Politiker tun so, als wäre es eine Zumutung, deutscher Staatsbürger zu werden

Sich für eine Staatsangehörigkeit entscheiden zu müssen sei „Willkür", kritisieren SPD wie Grüne. Sie werben mit Mehrfachstaatsbürgerschaften um türkischstämmige Wähler und stellen diese damit im Vergleich zu den Nur-Deutschen besser.

Mehrere Millionen Menschen in Deutschland besitzen zwei oder mehr Staatsangehörigkeiten, schätzen Experten. Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel will nun die doppelte Staatsbürgerschaft speziell für Türken zum Wahlkampfthema machen. Sie sei eine Chance, Türken zum Bleiben zu bewegen, denn es seien qualifizierte Türken, die nun in die Türkei zurückkehrten, so Gabriel. Für die CDU kündigt Fraktionschef Volker Kauder ebenfalls Wahlkampf mit der Doppelpassfrage an, um eine Ausweitung wegen rechtlicher Probleme zu verhindern.

Der Fall Onur U. zeigt Politik wie Bürgern, wohin doppelte Staatsbürgerschaft führen kann. Medienberichten zufolge hat der mutmaßliche Haupttäter der tödlich verlaufenen Schlägerei am Berliner Alexanderplatz seinen deutschen Zweitpass einfach abgegeben und lebt jetzt in der Türkei. Damit scheint für ihn der Fall erledigt. Ob er sich je vor Gericht verantworten muss, ist offen. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bemüht sich in der Türkei um die Auslieferung des Boxers, der den Fachabiturienten Jonny K. nach Aussage mutmaßlicher Mittäter totgetreten haben soll. „Und daran können sie auch sehen, dass die doppelte Staatsbürgerschaft – also sich, wie man es braucht, auf die eine oder andere Staatszugehörigkeit zu berufen – nur Schwierigkeiten mit sich bringt", sagte Friedrich im „Bild"-Interview zu dem Fall. Er sieht derzeit keinen Grund für eine allgemeine Visa-Freiheit mit der Türkei. Auch Berlins Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) denkt angesichts des „Spotts dieses Typen und unserer Ohnmacht" über den Sinn der doppelten Staatsbürgerschaft nach und stellt sich gegen Gabriel und seine Partei. Buschkowsky steht dem stark von Zuwanderung geprägten

Doppelte Staatsbürgerschaft bietet Rückzug an

Bezirk Neukölln vor. Er bezweifelt, dass einfaches Reisen ohne Visum den Ausschlag gibt, mehrere Pässe besitzen zu wollen. Ob Waffenhändler, Kriegsverbrecher oder Steuerflüchtlinge, die Negativbeispiele seien zahlreich, so der Politiker. Das „Rosinenpicken" werde dank doppelter Staatsbürgerschaft auch bei der Altersversorgung und dem Sozialsystem möglich. Für Frauen und Kinder könne die zweite Staatsbürgerschaft zudem „bitter" ausgehen und „ganz legal auch Tyrannei und Leibeigenschaft bedeuten".



So kommt keine Freude auf: Eine alleinige deutsche Staatsbürgerschaft wird als Last dargestellt Bild: action press

Im Fall eines rot-grünen Wahlsieges kündigte Gabriel ungeachtet solcher Erfahrungswerte an, die doppelte Staatsbürgerschaft dauerhaft einzuführen. Es wäre das Aus für das derzeitige Optionsmodell: In Deutschland müssen alle seit Januar 2000 geborenen Kinder, deren Eltern beide Zuwanderer sind, zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, welchen Pass sie wollen, sonst verlieren sie das Recht auf den deutschen Pass. Wer aber mindestens einen deutschen Elternteil hat oder nach dem Abstammungsprinzip mit der Geburt mehrere Staatsangehörigkeiten erwirbt, muss sich nicht entscheiden. Und selbst für das Optionsmodell gibt es Ausnahmen. So ist eine Beibehaltungsgenehmigung möglich. Mit Reformen fasste die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 die Ausnahmen noch weiter. Seither tritt das Prinzip der Vermeidung von Mehrstaatigkeit mehr und mehr in den Hintergrund. Nehmen Jugendliche ausländischer Herkunft eine andere EU-Staatbürgerschaft an, ist die Beibehaltungsgenehmigung seit 2007 auch nicht mehr nötig. Der

Berliner Todschläger nutzt Vorteile des türkischen Passes

Weg zum deutschen Pass als Zweitpapier ist so von der Politik allgemein vereinfacht worden. Seit Jahren versuchen SPD und Grüne die letzten Hindernisse zu Fall zu bringen. Rot-Grün begründet den Schritt mit Gewissenskonflikten der Jugendlichen. Auch solle der Zwang zur Entscheidung entfallen. Laut einer Umfrage des Bundesamtes für Migration wählen die meisten Betroffenen die deutsche Staatsangehörigkeit. Zudem verneinten 70 Prozent der Befragten einen Gewissenskonflikt bei Aufgabe einer Staatszugehörigkeit. Nur jeder Dritte wollte den Doppelpass, wenn möglich. Dass vom Optionsmodell weiter „integrationspolitisch verheerende Signale" ausgehen, so der Lobby-Verband Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), ist so kaum zu befürchten. Der türkische Vize-Präsident und Minister für Auslandstürken Bekir Bozdag stellte zudem klar, dass eine neue „Blaue Karte" (Mavi Kart) allen, die den türkischen für den deutschen Pass aufgaben, ihre Rechte in der Türkei wiedergebe. Das betreffe auch das Wahlrecht. Die blaue Karte habe alle Funktionen eines Personalausweises, so Bozdag. Die Türkei schaltet so deutsche Integrationsbemühungen im Nachhinein aus. Gabriels Ruf eifert Forderungen des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan vom Herbst nach. Anerkennung sei eben nicht mit dem Pass verbunden, entgegnet der FDP-Bundestagsabgeordnete Hartfrid Wolff, Gabriels Forderung „greift daher zu kurz und ist leicht durchschaubar". Türkischstämmige, von der Türkei stets als ihre Bürger angesehen, nutzen somit die Freiheit, sich im Gegensatz zu Deutschstämmigen ihre Staatsangehörigkeit aussuchen zu können, als Sicherheit. Im Fall des Integrationsscheiterns in Deutschland ist ihnen eine Rückkehr ins Land ihrer Ahnen jederzeit formlos möglich. Dass Rückwanderung auf diese Sicht zurückgehen könnte, blendet Gabriel aus.

Sverre Gutschmidt



MELDUNGEN

Geschönte Lehrlingszahlen

Berlin – Gewerkschafter und Wissenschaftler kritisieren, dass die Erfolgsmeldungen der Bundesregierung in Sachen Ausbildung negative Aspekte gezielt verschweigen. Offiziell vermeldete Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) zusammen mit der Bundesagentur für Arbeit, dass 15 700 junge Leute ohne Lehrstelle seien, gleichzeitig seien aber 33 000 Lehrstellen 2012 unbesetzt geblieben. Dies läge vor allem daran, dass Angebot und Nachfrage regional und beruflich nicht zusammenpassten. Die Kritiker monieren nun, dass bei diesen Zahlen bereits jene jungen Arbeitswilligen außer Acht gelassen würden, die sich bereits im sogenannten Übergangssystem, also bei Schulungsmaßnahmen, befinden. Dort befänden sich derzeit insgesamt 270 000 junge Leute. *Bel*

EEG-Profiteure sitzen in Bayern

Berlin – Die vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) dieser Tage vermeldeten Daten zur Abgabe im Namen des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) verdeutlichen, dass es neben der rot-grünen Opposition auch im CSU-geführten Bayern viele Freunde der Ökostrom-Umlage geben muss. So gehört der Freistaat zu den Profiteuren der dem Stromverbraucher abgenommenen EEG-Abgabe. Während die Verbraucher in Bayern 2,3 Milliarden Euro Ökostrom-Einspeisevergütung zahlten, nahmen die dortigen Betreiber von Windrädern, Solar- und Biogasanlagen 3,5 Milliarden ein. Dies entspricht einem Plus von 1,2 Milliarden Euro, was von den Stromverbrauchern anderer Bundesländer bezahlt wurde. So wurden in Nordrhein-Westfalen 1,8 Milliarden Euro mehr gezahlt als eingenommen. Insgesamt lag das Volumen der EEG-Abgabe 2012 bei 18 Milliarden Euro. *Bel*

Schlauer als Papa

Deutschland, Land der Bildungsaufsteiger

Deutschland, das Land der Bildungsabsteiger. Dieses Bild malte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im vergangenen Jahr von Deutschland. Doch laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) habe dieses Bild mit der Realität wenig zu tun. Die OECD habe bei ihrer Untersuchung nicht berücksichtigt, dass die Bildungswege in Deutschland später enden als in anderen Ländern. Während die OECD die Gruppe der 25- bis 34-Jährigen bezüglich ihres höchsten Bildungsabschlusses betrachtet hatte, nahm sich das IW die Gruppe der 35- bis 44-Jährigen vor und kam auch gleich zu einem besseren Ergebnis. Laut IW-Studie hat jeder Dritte aus der untersuchten Altersgruppe einen höheren Abschluss als der Vater. Berücksichtigt man auch den Bildungsabschluss der Mutter, so haben sogar 40 Prozent des Nachwuchses eine höhere Bildung erlangt. Nur jeder Elfte ist hingegen Bildungsabsteiger.

Interessant ist der Umstand, dass diese Werte für Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen gelten. Natürlich ist hier relativierend anzumerken, dass der Anteil der Eltern mit höherer Bildung bei Deutschen höher ist als bei denen der Zuwanderer, schließlich hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten vor allem jene Ausländer angelockt, die in ihrer Heimat nicht gerade zur Bildungselite gehörten. Der Bauer aus Anatolien und der Fischer aus Portugal, die in Deutschland ihr Glück suchten, entsprechen nicht nur dem Klischee, sondern sind statistisch nachweisbar. Aber ein Blick auf die 17-jährigen Schüler zeige laut IW Köln, dass die Kinder aus Zuwandererfamilien aufholten. 2009 strebten 22 Prozent aller 17-Jährigen (17 Prozent im Jahr 2000), deren Vater keinen Beruf erlernt hat, das Abitur an. Beim Nachwuchs von Immigranten lag der Wert noch etwas höher.

Zuwandererkinder holen langsam auf

Während das IW Köln also bei Zuwandererkindern grundsätzlich eine Bildungsaufholjagd ausmachen konnte, Ausnahmen bestätigen die Regel, fiel auf, dass Kinder von Alleinerziehenden bezüglich ihres Bildungsabschlusses genauso schlecht oder sogar schlechter als die Eltern abschneiden. Auch Kinder aus Großfamilien würden eine geringere Bildungsmobilität aufweisen. *Bel*

»An das erlittene Unrecht erinnern«

Erika Steinbach: Was die Vertriebenen der CDU/CSU zu verdanken haben

Obwohl fast 70 Jahre alt, kandidiert die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Herbst erneut für den Bundestag. Der *PAZ* erzählt sie, was sie antreibt. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Frau Steinbach, Sie sind von Ihrem Wahlkreis erneut als Kandidatin der CDU für die Bundestagswahl im Herbst nominiert worden. Welche Ziele treiben Sie an, auch mit 69 Jahren im deutschen Parlament das Volk zu vertreten?*

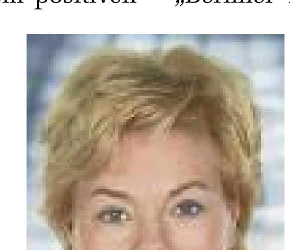
Erika Steinbach: Mich persönlich treibt der Wille zum Gestalten nach wie vor an. Es liegen gewaltige Herausforderungen vor dem nächsten Bundestag. Dazu gehört auch, Menschenrechte nicht mit zweierlei Maß zu messen. Die Vertreibung der Deutschen mit allen entsetzlichen Begleiterscheinungen war eine gigantische Menschenrechtsverletzung. Ich will auch künftig Überzeugungsarbeit leisten, dass diese Schicksale alle Deutschen angehen müssen. Sie sind Teil unserer Identität.

Lassen Sie mich noch eines zu meinem Alter sagen: 15 Prozent der Bevölkerung sind ungefähr so alt wie ich, aber nur ein Prozent der Abgeordneten spiegeln diese Altersklasse im Deutschen Bundestag wider. Kurz gesagt: Auf die Mischung der Generationen kommt es an! Jungendwahn alleine bringt es nicht.

»Konservativer ›Berliner Kreis‹ lebt«

PAZ: *Sie hatten in Ihrem Wahlkreis parteiinterne Gegenkandidaten. Ein Argument, was Ihre Anhänger antrieb, Sie erneut zu nominieren, war die Klientel, die Sie als Präsidentin des BdV vertreten. Was bietet denn die CDU den Vertriebenen im Gegenzug für deren Stimme derzeit noch?*

Steinbach: Der BdV ist überparteilich. Aber ich registriere nach wie vor, dass seit Jahrzehnten die Anliegen der Vertriebenen vor allem Gehör in der CDU/CSU finden. Das hat sich in konkreten politischen Inhalten und Projekten niedergeschlagen. Die Union hat es geschafft, gegen den immensen Druck der gesamten Opposition, die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung" auf den Weg zu bringen. Ein wichtiges Projekt, das nicht nur an das erlittene Unrecht der Opfer erinnern soll, sondern es auch für die kommenden Generationen dokumentieren. Die Bundesstiftung ist jetzt auf einem guten Weg. Ich gehe davon aus, dass wir das Dokumentationszentrum nächste Legislaturperiode eröffnen können. Der Weg ist aber noch steinig. Zu einem positiven Abschluss kommt er nur mit der Union! Das wird mich aber nicht daran hindern auch in den anderen politischen Fraktionen für die BdV-Anliegen zu werben und nach Möglichkeit zu überzeugen.


Erika Steinbach

PAZ: *Warum ist es für Sie von Vorteil, als Präsidentin des BdV auch im Bundestag vertreten zu sein?*

Steinbach: Das Amt der Präsidentin des BdV ist ein Ehrenamt und steht somit in keiner direkten Abhängigkeit zu meinem politischen Mandat. Es war und ist aber für den BdV hilfreich, wenn es für den Präsidenten direkte Kontakte und Einflussmöglichkeiten innerhalb des Deutschen Bundestages gibt. Von Anbeginn an waren alle BdV-Präsidenten, ob Mitglied der SPD oder von CDU/CSU, immer Bundestagsabgeordnete. Das muss nicht so sein. Aber es hat sich bewährt.

PAZ: *Sie gelten auch als eine der letzten Konservativen innerhalb der CDU? Diese wollten eigentlich im vergangenen Sommer mit dem „Berliner Kreis" eine Interessenvertretung gründen. Doch die Gründung wurde mit peinlicher Begleitmusik nach erfolgter Ankündigung wieder rückgängig gemacht. Ist die Idee nun tot und sind die Konservativen innerhalb der CDU mundtot?*

Steinbach: Nein, die Konservative Idee ist nicht tot. Auch nicht in der CDU! Im Übrigen bin ich auch nicht die letzte Konservative in der Union. Ich habe eine ganze Reihe gerade jüngerer Kollegen, die meine Ansichten teilen und im besten Sinne konservative Politik machen. Der „Berliner Kreis" lebt und tagt im Übrigen regelmäßig. Die mediale Begleitmusik hat uns nicht umgestimmt. Und wer die Ergebnisse des letzten CDU-Parteitages betrachtet, erkennt, dass sich die Delegierten bei der Bewertung der Anträge unserer Sicht mehrheitlich angeschlossen haben.

MELDUNGEN

Banken von Parteien erpresst?

Athen – Der griechische Sonderstaatsanwalt für Wirtschaftsstraftaten, Grigoris Peponis, hat laut „Handelsblatt“ Vertreter der beiden großen griechischen Parteien für den 18. Februar zu sich bestellt. Die Nea Dimokratia (ND) und die Pasok sollen erklären, zu welchen Bedingungen sie Kredite von insgesamt 240 Millionen Euro von verschiedenen Banken erhalten haben. Bei der Pasok standen 2011 Einnahmen in Höhe von 15,9 Millionen Euro 113,8 Millionen Euro Schulden gegenüber, bei der ND sieht es ähnlich aus. Peponis vermutet, dass die Parteien die überdimensionierten Bankkredite, die sie im Grunde nie zurückzahlen können, nur bekommen haben, weil sie politischen Druck auf die Banken ausgeübt haben. *Bel*

Zloty bleibt vorerst erhalten

Warschau – Polens Präsident Bronislaw Komorowski hat Ende Januar den Euro-Träumen von Ministerpräsident Donald Tusk und Finanzminister Jacek Rostowski vorerst einen Riegel vorgeschoben. Mit ihm sei eine Entscheidung über eine Einführung des Euro nicht vor den Wahlen 2015 zu machen. Um die europäische Gemeinschaftswährung einzuführen benötigt die polnische Regierung die Zustimmung des Präsidenten, da die Verfassung zuvor geändert werden muss. Tusk und Rostowski würden gern den Zloty durch den Euro ersetzen, weil sie sich so bessere Chancen für den Export erhoffen. Aber abgesehen davon, dass Polen die meisten der für die Einführung des Euro notwendigen Kriterien nicht erfüllt, sind auch mehr als zwei Drittel der Polen gegen die Aufgabe der eigenen Währung. Es gab bereits mehrere „Märsche für den Zloty“, die in der Bevölkerung auf eine hohe Zustimmung stoßen. *Bel*

Die Roma sind nur die Vorhut

Aufgrund wachsender sozialer Probleme dürften weitere Rumänen und Bulgaren ihr Heil im Westen suchen

Noch immer gilt die Erweiterung der EU auf sämtliche Balkanländer als Versuch, Stabilität in die einst krisengeschüttelte Region zu bringen. Vor allem durch die demografische Entwicklung könnte der Balkan allerdings stattdessen die Stabilität der EU selbst bedrohen.

Ungewöhnlich alarmierende Worte finden sich in einem internen Papier des Deutschen Städtetages wieder, aus dem unlängst der „Spiegel“ zitiert hat. „Die soziale Balance und der soziale Friede“ seien in deutschen Kommunen „in höchstem Maße gefährdet“. Der Anlass der düsteren Warnung: Der massive Zuzug von Bulgaren und Rumänen in Stadtviertel, die ohnehin unter sozialen Problemen und hoher Arbeitslosigkeit leiden. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Roma aus den beiden Balkanstaaten Rumänien und Bulgarien. „Durch diese Armutsmigration entstünden erhebliche Kosten“ für Notunterkünfte, medizinische Versorgung und soziale Leistungen, so der Städtetag, der hier den Bund in die Pflicht nehmen will. Von SPD-Abgeordneten aus den Städten Duisburg und Dortmund, die vom Zuzug von Roma besonders betroffen sind, liegt inzwischen ein Brandbrief an die Bundesregierung vor. Auch hier wird gefordert, der Bund solle einspringen, indem er die Finanzierung von Integrationsprojekten übernimmt.

De facto läuft das dahinterstehende Konzept auf den Versuch hinaus, das Problem der Balkanstaaten mit ihren Roma-Minderheiten in Deutschland und auf Kosten des deutschen Sozialsystems zu lösen. Die vermeintliche Lösung dürfte allerdings eher Anreiz für weiteren Zuzug sein. Eine weitere Verschärfung der Problematik ist ohnehin bereits absehbar. Ab 2014 herrscht auch für Bürger Bulgariens und Rumäniens in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit. Die Hintertür, die viele Roma jetzt noch nehmen, sich als Tourist auszugeben oder eine Scheinselbstständigkeit auszuüben, erübrigt sich dann.

Die Chance, dass durch eine Änderung der Verhältnisse in den Herkunftsländern die Wanderungswelle abebbt, ist gering. Selbst die EU-Kommission bescheinigt den neuen EU-Ländern Rumänien und Bulgarien bei der Beseitigung von Mängeln in Justiz und Verwaltung sowie bei der Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität anhaltende Erfolgslosigkeit. Auch trotz Milliarden Euro an Agrarsubventionen und Strukturhilfen aus Brüssel werden beide Länder für absehbare Zeit die Armenhäuser der EU bleiben.

Bevor überhaupt eine wirtschaftliche Aufholjagd zustande kommt, könnte sich der gesamte Balkan allerdings als der „Happen“ erweisen, den die EU nicht mehr verdauen kann. Langfristig besteht die Gefahr, dass die Finanzierung der Sozial- und Rentensysteme der Balkanstaaten auf die übrigen EU-Mitgliedsländer zurückfällt. Welche Probleme sich die EU mit der fanatisch betriebenen Erweiterungspolitik einhandelt, wird am Beispiel Rumäniens deutlich. Das Land kann als Vorreiter einer Entwicklung gelten, die auf dem gesamten Balkan droht. Weltweit ist Rumänien das erste Land, in dem die Zahl von Rentenbeziehern höher ist als die Zahl derjenigen, die erwerbstätig sind. Im Jahr 2010 waren rund sechs Millionen Rumänen Rentenempfänger, lediglich knapp vier Millionen zahlten in die Rentenkasse ein. Nicht viel besser ist die Lage beim EU-Mitglied Bulgarien: Es ist EU-weit das Land, in dem die Bevölkerungszahl am stärksten schrumpft. Das Land überaltert rasant, zusätzlich wandern immer mehr Bulgaren ins Ausland. Auch hier steht eine immer größere Zahl von Rentnern immer weniger Beitragszahlern gegenüber.

> Deutscher Städtetag klagt schon jetzt über steigende Kosten

Der breiten Öffentlichkeit könnte die demografische Zeitbombe, die auf dem Balkan tickt, erstmals im Fall von Kroatien bewusst werden. Das Land soll zum 1. Juli als 28. Mitgliedsstaat der EU beitreten. Schon jetzt ist absehbar, dass das kroatische Rentensystem in wenigen Jahren vor dem Kollaps steht. Im Schnitt kommen in Kroatien nur noch 1,2 Beschäftigte für einen Rentner auf, die Rentenbeiträge sind allerdings wesentlich höher als in Rumänien. In ähnlicher Form zieht sich das Problem durch sämtliche Balkanländer. Niedrige Geburtenraten, Überalterung und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit könnten künftig eine massive Wanderungswelle in Richtung Nordeuropa in Gang setzten. Der aktuelle Zustrom von Roma nach Deutschland könnte sich dann lediglich als Vorbote einer weit umfangreicheren Entwicklung entpuppen.



Obdachlose Roma kampieren im Görlitzer Park in Berlin: Da selbst die EU keine Besserung der gesellschaftlichen Probleme in Bulgarien und Rumänien ausmachen kann, dürfte die Abwanderung zunehmen Bild: Ullstein

Was in den nächsten Jahrzehnten in Europa als Folge der demografischen Entwicklung auf dem Balkan und in Osteuropa zu befürchten ist, hat der Bevölkerungswissenschaftler Gunnar Heinsohn mit dem Bild der Ortswüstungen aus der deutschen Geschichte verglichen. In stark entvölkerten Landstrichen wurden Dörfer einfach aufgegeben, die verbliebenen Bewohner konzentrierten sich auf einige wenige überlebensfähige Dörfer. Zum Magneten für den sich zunehmend entvölkernden Balkan und für Osteuropa inklusive der baltischen Staaten könnten sich nach Heinsohn die skandinavischen Länder, Großbritannien, Deutschland und Frankreich entwickeln. Unter den bisherigen Bedingungen der Freizügigkeit in der EU würden allerdings nicht nur Arbeitskräfte kommen, sondern in großer Zahl auch Personen, die direkt in die Sozialsysteme einwandern würden. Fraglich ist, ob unter derartigen Bedingungen das bisherige Sozialstaatsmodell in Deutschland dann noch aufrechterhalten werden kann. *Norman Hanert*

Tummelplatz für die Mafia

Sotschi: Olympische Winterspiele 2014 werden kriminell und teuer

Einen Rekord werden die Olympischen Winterspiele, die im Februar 2014 im russischen Sotschi stattfinden sollen, auf jeden Fall aufstellen: als teuerstes Sportspektakel aller Zeiten. Konnten bisher die Sommerspiele von Peking im Jahr 2008 mit Kosten von 40 Milliarden Dollar diesen Titel für sich beanspruchen, so scheint der zweifelhafte Titel nun an Sotschi am Schwarzen Meer überzugehen.

Bei den Winterspielen, die als das Prestigeprojekt Russlands schlechthin gelten, haben sich mittlerweile die Kosten mehr als vervierfacht. Sind momentan schon umgerechnet 37,5 Milliarden Euro erreicht, könnten es am Ende sogar mehr als umgerechnet 50 Milliarden Euro werden, so die Befürchtungen.

Ein wichtiger Grund für die Kostenexplosion: Wie bei den meisten Großprojekten in Russland ist viel Geld in dunklen Kanälen versickert. Zum anderen haben sich Russlands Oligarchen bei der Vergabe der Bauaufträge einen erbitterten Kampf geliefert, entsprechend optimistisch dürfte manche anfängliche Kostenkalkulation ausgesehen haben, die bei den offiziellen Ausschreibungen für Bauaufträge abgegeben wurde. Neben Dutzenden Sportstätten werden im kommenden Austragungsort rund 400 Gebäude wie Hotels entweder neu errichtet oder saniert, zusätzlich wird massiv in die Infrastruktur investiert.

Dass dabei die Kosten ausufern, ist allerdings nicht das einzige Zeichen, dass bei den Vorbereitungen der Winterspiele nicht alles so rund läuft, wie es der Kreml bisher offiziell gern dargestellt hat. Hieß es bisher, die Wettkampfstätten seien „so gut wie fertig“, mussten Funktionäre bei einem Besuch von Präsident Wladimir Putin Anfang Februar einräumen, dass der Bau der Sprungschanzen dem Zeitplan schon um zweieinhalb Jahre hinterher hinkt. Die ersten Verantwortlichen, darunter der Vizechef des Nationalen Olympischen Komitees, haben inzwischen ihre Posten räumen müssen.

> Blutiger Kampf um das Erbe von »Großvater Hassan«

Kaum verwunderlich ist, dass bei den gewaltigen Summen, um die es in Sotschi geht, die Organisierte Kriminalität, die russische Mafia, mit von der Partie ist und das sogar massiv. Nicht nur das, mittlerweile wächst die Angst, dass rund um die Winterspiele vom 7. bis zum 21. Februar 2014 ein Unterweltkrieg ausgebrochen ist. Der Anlass der Befürchtungen: Ein Attentat auf eine der wichtigsten Figuren der Organisierten Kriminalität in Russland, den Mafia-Boss Aslan Usoyan, der im Januar von einem Scharfschützen erschossen wurde. „Großvater Hassan“ – so der Spitzname Usoyans in Unterweltskreisen – galt nicht nur in Moskau als einflussreiche Größe, sondern vor allem als der „Pate“ von Sotschi. Bereits im vergangenen Jahr hatte es Attentate auf Personen im Umfeld Usoyans gegeben, etwa auf seinen Statthalter in Sotschi. Nun, nachdem Usoyan selbst ermordet wurde, wächst die Angst, dass im Vorfeld der Olympischen Spiele zwischen rivalisierenden Gruppen der russischen Mafia ein Kampf um das „Erbe“ von „Großvater Hassan“ ausgebrochen ist. Damit würde allerdings noch eine andere Darstellung russischer Offizieller Lügen gestraft. Bisher hieß es, Unterweltskriege im Stil der 1990er Jahre seien inzwischen undenkbar, die Probleme mit der Organisierten Kriminalität hätten schon seit der ersten Präsidentschaft des „starken Mannes“ Putin von 2000 bis 2008 keine Bedeutung mehr. *N.H.*

Sittenwächter ausgebremst

Saudi-Arabien: König bietet kleine Reform, um Unmut zu mildern

Nach einer Meldung der in London erscheinenden arabischen Zeitung „Asharq Al-Awsat“ soll ein neues Gesetz die Befugnisse der saudischen „Behörde für die Förderung der Tugend und die Verhinderung des Lasters“, der „Muttawa“ genannten Religionspolizei, einschränken. Sheikh Abdul Latif Abdul Aziz Al-Sheikh, seit Januar 2011 Vorsitzender der Religionspolizei, erklärte, dass das neue Gesetz vorsieht, einige Kompetenzen „anderen staatlichen Behörden zu übergeben, wie zum Beispiel Verhaftungen und Verhöre“. Die Sittenwächter müssen künftig ihre Verhafteten umgehend an die allgemeine Polizei übergeben. Diese wird dann entscheiden, ob die Festgenommenen der Staatsanwaltschaft übergeben werden. Das neue Gesetz ersetzt ein Dekret, nach dem bereits seit letztem Jahr die Vollmachten der einst übermächtigen Religionsbehörde beschränkt worden waren.

Die Religionspolizei ist für die Umsetzung der wahhabitischen Auslegung der Scharia im öffentlichen Leben im saudischen Königreich zuständig. Die Muttawiyyun ziehen durch Restaurants, Einkaufszentren und Cafés, um die strikte Geschlechtertrennung zu kontrollieren, nach der sich nur Ehepartner oder blutsverwandte Frauen und Männer gemeinsam im öffentlichen Raum bewegen dürfen. Sittenwächter überwachen auch die Einhaltung der Fasten- und Gebetszeiten sowie das Fahrverbot für Frauen und die Kleidungsvorschriften. Bei der Durchsetzung der Scharia kam es in letzter Zeit jedoch mehr und mehr zu Übergriffen und Belästigungen. Die Klagen über das Verhalten der Muttawa mehrten sich. Deshalb will die Religions- und Sittenpolizei in Saudi-Arabien jetzt mehr Frauen einstellen. Al-Sheikh hatte bereits kurz nach seiner Ernennung die Freiwilligen aus der Sittenpolizei entlassen und die Zahl der „Moralapostel“ auf 3500 gesenkt. Nach dem neuen Gesetz sollen auch Straftaten, welche die Religionswächter bei der Ausführung ihres Amtes begehen, verfolgt werden. Bislang standen sie über den Gesetzen. Die Reform der Religionspolizei wird aber in Absprache mit deren Führung durchgeführt, sie soll weiterhin eine unabhängige Institution bleiben, die nur dem König Abdullah Bin Abdulaziz und Kronprinz Salman Bin Abdulaziz Rechenschaft schuldig ist.

> Religionspolizei darf nicht mehr wahllos Bürger verhaften

Trotz seines Ölreichtums ist Saudi-Arabien mit immensen gesellschaftlichen Problemen konfrontiert, die fast alle mit der Stellung der Religion und der Frauen im öffentlichen Leben zu tun haben. Trotz Ausbildung bleiben die Frauen aus religiösen Gründen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Ein Heer von ausländischen Arbeitsmigranten, die mittlerweile die Hälfte der Bevölkerung stellen, wird für niedrige Arbeiten ins Land gelassen. Jetzt sollen eigene „Arbeitsstätte für Frauen“ die allgegenwärtigen religiösen Hindernisse für die Berufstätigkeit der Frauen vermindern. Der König verschaffte den Frauen erstmals eigene Personalausweise und schränkte die Kompetenzen der Schariagerichte ein; er berief eine Frau in sein Kabinett, er eröffnete Schulen für begabte Mädchen und förderte Frauen, die studieren. Der Reformdruck in Saudi-Arabien steigt seit Ausbruch des Arabischen Frühlings 2011. Außer von Seiten der Frauen steigt auch bei der Jugend der Druck auf das Herrscherhaus. Drei Viertel der Saudis sind jünger als 30 Jahre, 40 Prozent von ihnen sind ohne Arbeit. In Saudi-Arabien herrscht eine große Wohnungsknappheit, unter der vor allem junge Familien leiden. *Bodo Bost*

Keine Herzensangelegenheit

Atomausstieg: Für Schwarz-Gelb Pflicht statt Kür – Nur so lassen sich umstrittene Hermesbürgschaften erklären

Trotz Energiewende hält die Bundesregierung an Bürgschaften für den Neubau von Kernkraftwerken im Ausland fest. Die Begründung: Der „Atomausstieg" sei eine rein innerdeutsche Angelegenheit und habe keine Auswirkung auf andere Staaten.

Kurz nach der Katastrophe im japanischen Kernkraftwerk Fukushima I änderte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unerwartet ihre Haltung zur Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Das Unglück in Japan zeige, „dass selbst in einem Hochtechnologieland wie Japan die Risiken der Kernenergie nicht beherrscht werden können". In Deutschland soll deshalb 2022 Schluss sein, erklärte die Regierungschefin im Juni 2011. Dass Erdbeben und Tsunamis, die in Japan erst das Desaster ausgelöst hatten, hierzulande eher selten vorkommen, spielte keine Rolle. Das Bundesumweltministerium will zudem „mit der Gestaltung der Energiewende in Deutschland Alternativen zur Nutzung der Kernenergie und der fossilen Energieträger aufzeigen und so zur Nachahmung anregen".

Doch der innenpolitische Schwenk bedeutet nicht, dass Berlin auch auf die Förderung neuer Reaktoren im Ausland verzichten will, obwohl die Bürger darauf eingeschworen werden, dass ihr Land „Vorbild für eine wirtschaftlich erfolgreiche und nachhaltige Energiewende weltweit werden" könnte. Im Gegenteil, bei Voranfragen mehrerer umstrittener Projekte winken Garantien der Bundesregierung, die sogenannten Hermesbürgschaften, die als Sicherheiten beim Export deutscher Zulieferungen oder Dienstleistungen und somit dem Erhalt inländischer Arbeitsplätze dienen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums im August 2012 auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Ute Koczy hervorging, hat die Bundesregierung für mehrere internationale Atomprojekte eine grundsätzliche Bereitschaft zu deutschen Bürgschaften signalisiert. Die Bundesregierung hatte Interessensbekundungen, Letters of Interest, zur Prüfung von Bürgschaftsanträgen für die Projekte in Jaitapur (Indien), Temelin (Tschechien), Wylfa (Großbritannien) sowie Olkiluoto (Finnland) „bereits ausgestellt". Zudem lagen dem Interministeriellen Ausschuss für Exportgarantien Anfragen für Projekte in Cernavoda (Rumänien) sowie Hainan (China) vor. Die sieben Reaktoren im indischen Jaitapur will beispielsweise Frankreichs Konzern Areva, der auch einen Standort in Erlangen unterhält, mitten in einem Erdbeben- und Tsunami-Gebiet bauen.



Kernkraftwerk Temelin: Der Bund und Bayern hätten sich hierüber fast gestritten Bild: mauritius

Innenpolitisch drohten die Exportgarantien zum Konflikt zwischen Bund und Bayern zu führen. Eine Zusage für das tschechische Kernkraftwerk Temelin, 60 Kilometer von der deutschen Grenze entfernt, schloss das von der FDP geführte Bundeswirtschaftsministerium nicht aus, während sich die Landesregierung Bayerns um Horst Seehofer, (CSU) im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung gegen den Ausbau von Temelin und gegen die Erteilung der Bürgschaften aussprach. Für acht Milliarden Euro soll das Werk bis 2025 um zwei Reaktoren erweitert werden. Tschechiens Stromkonzern CEZ hat die deutsche Tochter des französischen Kraftwerksbauers Areva inzwischen aus dem Bieterwettbewerb geworfen, so dass die Diskussion um die Erteilung von Hermes-Exportkreditbürgschaften in diesem Fall endete.

Auch Rot-Grün gewährte AKW Hermesbürgschaften

Bereits Anfang 2010 erklärte sich Berlin grundsätzlich bereit, die Beteiligung von Areva/Siemens am Bau des Reaktors Angra 3 in Brasilien mit 1,3 Milliarden Euro abzusichern. Während aber im Fall Deutschlands Fukushima als „persönlicher Einschnitt" der Bundeskanzlerin reichte, bedarf es etlicher Debatten und Gutachten im Bundestag, um die Frage zu beantworten, ob der Bau des Kernkraftwerks Angra 3 in einem erdrutschgefährdeten Gebiet sinnvoll sei.

Gerne zeigen sich SPD und Bündnis90/Die Grünen bei Debatten über die Kernenergie als die moralisch überlegenen Parteien und zitieren ihre 2001 beschlossenen Richtlinien zur Exportförderung für Nukleartechnologie. Nach den verschärften „Hermes-Umweltleitlinien" sollten damals keine Hilfen für Nukleartechnologien zum Neubau oder zur Umrüstung von Atomanlagen mehr gegeben werden. Maßnahmen zur Stilllegung oder im Einzelfall zur Verbesserung der Sicherheitsstandards bestehender Anlagen sollten hingegen unterstützt werden. Dabei verschweigt die Opposition bewusst, dass die Schröder-Regierung ähnlich wie die heutige Regierung agierte und beispielsweise 1999 eine Hermesbürgschaft für die Nachrüstung des slowenischen Kernkraftwerks Krsko und ein Jahr später für Atucha I in Argentinien und Ignalina in Litauen übernommen hatte.

Noch im Januar 2013 bestätigte Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gegenüber dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, dass auch zukünftig der Bau von Kernkraftwerken mit Kreditbürgschaften unterstützt wird. Der Beirat hatte Ende 2012 einstimmig dafür plädiert, dass keine weiteren Bürgschaften für diese Zwecke im Ausland mehr zu vergeben seien. „Risiken, die wir selbst nicht wollen, dürfen wir auch nicht bei anderen fördern", sagte Beiratschef Andreas Jung (CDU).

Widersprüchlich ist, dass die deutsche Energiewende einerseits Vorbild für andere Länder sein soll, andererseits die Bundesregierung die internationale Zusammenarbeit im nuklearen Bereich fortsetzt, auch wenn dabei höchstmögliche Sicherheitsstandards angestrebt sind. Die Erklärung für dieses Vorgehen ist, dass die Entscheidung für oder gegen die Nutzung der Kernenergie das souveräne Recht eines jeden Staates sei.

Die Industrie stellt sich langsam auf ein Ende der deutschen Förderpolitik ein. Der brasilianische Energieversorger Eletrobras Eletronuclear erhielt kürzlich von einem der größten staatlichen Finanzdienstleister Südamerikas ein Darlehen, um die Fertigstellung der Kernkraftwerkseinheit Angra 3 zu finanzieren. Die deutschen Energieversorger RWE und Eon ändern ihre Strategien und ziehen sich aus Kernkraftprojekten im Ausland, wie im rumänischen Cernavoda und im finnländischen Pyhäjoki, zurück. *Ulrich Blode*

KURZ NOTIERT

Investoren für Euro-Rettungsfonds (ESM) gesucht: Schon jetzt sind die finanziellen Mittel des ESM begrenzt. Da ab nächstem Jahr auch marode Banken Kredite aus dem Rettungsfonds erhalten sollen, benötigt dieser mehr Geld. Bisher können nur institutionelle Anleger wie Banken und Versicherungen Anleihen des ESM kaufen und diesem somit Kredit gewähren, den dieser dann weiterreicht. Doch da die Nachfrage bei Banken und Versicherungen nach ESM-Anleihen begrenzt ist, überlegen die Finanzminister der Euro-Staaten, auch Privatleuten den Kauf jener Papiere zu ermöglichen. *Bel*

Forderung nach 30-Stunden-Woche trifft auf massive Kritik: Als einen „Griff in die Mottenkiste" hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) die Forderung von Gewerkschaftsvertretern, Sozialverbänden, Kirchenvertretern und Politikern der Partei „Die Linke" nach einer 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abgetan. Ziel der Initiative „30-Stunden-Woche" ist, die Zahl der Arbeitsplätze zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit so zu verringern. Die Vergangenheit habe gezeigt, hieß es vom DIHK, dass die Reduzierung der Arbeitszeit die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechtere und so Arbeitsplätze vernichte. Ein Blick auf die Arbeitslosen in Deutschland zeige zudem, dass vor allem mangelnde Ausbildung die Ursache für Arbeitslosigkeit sei. Auch von anderer Seite hagelte es massive Kritik an dem als weltfremd abgetanen Vorschlag der Initiative. *Bel*

PR-Berater sollen Russland Image polieren: 500 000 Euro zahlt Moskau an die Investmentbank Goldman Sachs, damit diese das Image Russlands bei ausländischen Investoren verbessert. Zwar beschäftigt Moskau schon mehrere PR-Agenturen, aber denen ist es nicht gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass Korruption, Rechtsunsicherheit und Bürokratie in Russland keine massiven Investitionshemmnisse darstellten. Der Politik von Präsident Wladimir Putin ist es zu verdanken, dass 2012 die ausländischen Investitionen in dem Land zurückgingen. *Bel*

Währungskrieg droht

Um Exporte anzukurbeln, will Paris den Euro abwerten

Mehr politischen Einfluss auf den Euro-Wechselkurs, so lautet die jüngste Forderung von Frankreichs Präsident François Hollande. „Eine Währungszone muss eine Wechselkurspolitik haben, ansonsten wird sie mit einem Wechselkurs enden, der nicht dem wirklichen Zustand ihrer Volkswirtschaft entspricht", so Hollande vor dem EU-Parlament. Die dahinterstehende Absicht ist klar. Die gezielte Schwächung des Euros soll die Exportchancen der französischen Wirtschaft verbessern und nebenbei den Reformdruck auf Frankreich vermindern. Bei der EZB scheint die Botschaft Hollandes inzwischen angekommen zu sein. Mario Draghi hat bereits angekündigt, dass die EZB den Wechselkurs genau beobachten werde. Bereits die Andeutung Draghis reichte für einen Kurssturz beim Euro aus.

Die Forderung Hollandes, den Wechselkurs beeinflussen zu wollen, ist brandgefährlich. Tatsächlich deutet nämlich nicht nur in Europa immer mehr darauf hin, dass in der Weltwirtschaft ein Währungskrieg im Entstehen ist. Es droht ein fataler Abwertungswettlauf mit dem Ziel, zu Lasten anderer die eigenen Exporte anzukurbeln. Dem Vorwurf, die eigene Währung künstlich niedrig zu halten, sieht China sich bereits seit Jahren ausgesetzt. Aktuell ist es Japan, das sogar ganz offiziell verkündet hat, per Gelddrucken den eigenen Yen schwächen zu wollen. Eine Korrektur des aus seiner Sicht starken Yen habe „oberste Priorität, um Japans Wirtschaft wieder aufzubauen", so der japanische Finanzminister Taro Aso. Ähnlich wie im Fall Frankreichs steht dahinter das Ziel, die schwächelnden japanischen Exporte wieder anzukurbeln, quasi als Nebeneffekt erfolgt durch die in Gang gesetzte Inflation eine schleichende Entschuldung des Staates. Die Kehrseite der Rosskur: Auch die Energieimporte – von denen Japan abhängig ist – würden sich weiter verteuern. Gleiches gilt für das Liebäugeln Frankreichs mit einem künstlich geschwächten Euro. Wie in Japan wären die Verbraucher und Sparer die Leidtragenden. Sie zahlen die Zeche per Kaufkraftverlust und Entwertung ihrer Ersparnisse.

Tokio schwächt bereits gezielt den Yen

Es drohen allerdings noch andere Gefahren. Die Währungsabwertung kommt einem Spiel mit dem Feuer gleich, an deren Ende leicht die gesamte globale Wirtschaft in Brand gesetzt werden kann. Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise in den 1930er Jahren ist zu befürchten, dass ein weltweiter Abwertungswettlauf in Gang gesetzt wird. Entstehen könnte ein fataler Automatismus: Gegen die Abwertungen würden sich diejenigen Länder mit Kapitalverkehrskontrollen zu Wehr setzen, die sich als Verlierer des Abwertungslaufs sehen. Folgen würde schließlich ein Handelskrieg mit Schutzzöllen und Marktabschottungen. Erste Anzeichen dafür sind bereits da: Die drei großen US-Autobauer Ford, General Motors und Chrysler erheben inzwischen gegen Japan den Vorwurf, dass durch den künstlich geschwächten Yen die US-Autoexporte nach Japan immer weniger Chancen hätten.

Vergangene Abwertungswettläufe lehren aber: Sind die Währungs- und Handelskriege im Endstadium angelangt, ist ein Kollaps des Geldsystems und sogar ein echter Krieg nicht auszuschließen. *N.H.*

»Das ist reiner Populismus«

Volksbanker wehrt sich gegen das neue Beraterregister

So mancher hat sich in den letzten Jahren über seinen Anlageberater geärgert und aufgrund von Falschberatung viel Geld verloren. Das hat auch die Politik erkannt. Um Anleger vor Falschberatung zu schützen, hat sie Ende letzten Jahres das Beraterregister bei der Bankenaufsicht Bafin eingeführt. Doch wenn Peter Aubin, Vorstand der Volksbank Göppingen, Recht hat, schützt das neue Register niemanden, stellt aber dafür die Berater an den Pranger. Daher hat er Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingelegt.

Aubin ist zwar nicht der einzige, der das von der Politik eingeführte Beraterregister für nutzlos hält, selbst Verbraucherschützer meinen, es könne immerhin nicht schaden, doch er ist der einzige, der sich medienwirksam massiv dagegen wehrt. „Die neuen Regelungen bedeuten reinen politischen Populismus und nehmen keine Rücksicht auf die Vorschriften unserer Verfassung", sagt er auf *PAZ*-Anfrage, und ein Blick auf das neue, viel bürokratischen Aufwand bedeutende Beraterregister scheint ihm recht zu geben.

Seit dem 1. November müssen alle Banken ihre Wertpapierberater an die Bafin melden. Gehen der Bank Kundenbeschwerden über diese Berater ein, müssen sie diese gleich an die Bafin melden. Diese kann ab einer gewissen Anzahl von Beschwerden Sanktionen erlassen und sogar ein Berufsverbot von bis zu zwei Jahren verhängen. Allerdings prüft sie nicht die Qualität der Beschwerden, sie agiert aufgrund der reinen Anzahl. Gleichzeitig können Kunden auch nicht bei der Bafin anrufen und fragen, ob über ihren Berater Beschwerden vorliegen, sprich das Beraterregister ist absolut intransparent.


Foto: Frank Paul Kistner, Stuttgart

Peter Aubin

„Hier werden 180 000 Bankmitarbeiter in ein staatliches Sünderregister aufgenommen, bevor sie überhaupt gegen das Gesetz verstoßen haben", beschwert sich Aubin. „Das geht viel weiter als die Verkehrssünderkartei in Flensburg: In die kommt man schließlich erst, wenn man die Verkehrsregeln verletzt hat. Weiterhin wird auch das Gleichheitsgebot verletzt, weil das Beraterregister nur für Bankmitarbeiter gilt, die freien Vermögensberater dagegen hiervon ausgenommen sind." Angesichts des Umstandes, dass es vor allem Anlageskandale um freie Vermögensberater sind, die für Aufsehen sorgten, fragt man sich, warum die Politik diese außen vor lässt.

Aber von der Politik ist Aubin sowieso tief enttäuscht. „Ob Schwarz-Gelb oder Rot-Grün macht leider keinen großen Unterschied mehr. Generell überbieten sich beide Lager im Geldausgeben und im Staatsinterventionismus", so der Volksbanker. „Die größte Sünde der schwarzgelben Regierung: Einerseits predigt sie den Peripheriestaaten (der EU) eine rigorose Sparpolitik, selbst ist sie aber noch nicht mal in Jahren sprudelnder Steuereinnahmen im Stande, einen mindestens ausgeglichenen Haushalt vorzulegen." *Rebecca Bellano*

Wirtschaftsfaktor

Von Jan Heitmann

Es wird Zeit, dass über deutsche Rüstungsexporte rational und vorurteilsfrei und nicht mehr emotional diskutiert wird. Deutschland hat äußerst strenge Rüstungsexportrichtlinien. Der Bundessicherheitsrat muss jedem Waffengeschäft zustimmen. Von einem leichtfertigen Export von Kriegsgerät kann also keine Rede sein.

Für Rüstungslieferungen ins Ausland gibt es gute Gründe. Beleuchten wir hier nur den ökonomischen Aspekt. Der Bedarf an Rüstungsgütern im eigenen Land ist stark zurückgegangen. Allein von der Produktion für die Bundeswehr und verbündete Streitkräfte kann die deutsche Wehrindustrie nicht mehr leben. Gleichzeitig muss sie aber auf der Höhe der Technologie bleiben. Investitionen in Forschung und Entwick-lung lohnen sich jedoch nur, wenn entsprechende Stückzahlen abgesetzt werden können. Das wiederum garantiert Konjunktur und Wachstum und damit Arbeitsplätze. Wenn die deutsche Rüstungsindustrie nicht mehr liefert, dann liefern andere wie beispielsweise die USA. Denn Washington lässt sich bei Rüstungsgeschäften ausschließlich von Pragmatismus und weder von Emotionen noch von Tabus oder einseitiger Sichtweise leiten.

Zulasten Standort D

Von Maria Bornhöft

Bei so manchen Themen der Vergangenheit war man froh, sie hinter sich gelassen zu haben. Als nun die Initiative „30-Stunden-Woche“ eine massive Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich forderte, kam man sich vor, als würden die 80er Jahre wieder lebendig werden.

Neben namhaften Vertretern der Partei „Die Linke“, die bekanntermaßen vergangenen Tagen hinterher weinen, haben aber auch zahlreiche Professoren und Wissenschaftler diese Forderung mit unterzeichnet. Da wird einem sofort angst und bange, wer da den deutschen Akademiker-Nachwuchs prägt. Es mag ja sein, dass die Forderung nach einer 30-Stunden-Woche in den 80er Jahren eine nette Idee war, doch schon damals wurde schnell deutlich, dass diese zwar schön, aber so realistisch wie eine eierlegende Wollmilchsau war. Nachdem zudem auf Druck von Gewerkschaften mehrere Branchen in mehreren Ländern bereits negative Erfahrungen mit der Arbeitszeitreduzierung bei gleichem Lohn gemacht haben und zugleich der internationale Wettbewerb zugenommen hat, müsste eigentlich dem Letzten klar geworden sein, dass das ganze eine Idee von vorgestern bleiben sollte.

Aber offenbar geht es der Initiative auch gar nicht um das Wohl der deutschen Arbeitnehmer, denn in dem Aufruf ist von „Massenarbeitslosigkeit“ die Rede. Dass es die aber nicht in Deutschland, dafür aber in Südeuropa gibt, ist allgemein bekannt. Es riecht also danach, dass es das Ziel der Initiative ist, die deutsche Wettbewerbsfähigkeit und den Standort D zu schwächen, um so Jobs in Südeuropa zu schaffen. Pfui!

Nur Instrument im Wahlkampf

Von Rebecca Bellano

Ich finde, das ist etwas, was wir endlich machen sollten.“ Mit dieser sachlichen Aussage stellte SPD-Chef Sigmar Gabriel die Forderung seiner Partei nach einer doppelten Staatsbürgerschaft vor. Damit untergräbt er das Ansinnen seines Parteikollegen Olaf Scholz. Der Hamburger Bürgermeister hat 2012 bereits über 50000 Briefe an nicht-deutsche Hamburger rausschickt, in denen er für die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft und der Abgabe der bisherigen wirbt. Weitere 80000 Anschreiben sollen folgen. Und nun heißt es plötzlich aus der Parteizentrale in Berlin, dass das alles so nicht sein soll. Zwar sei es schön, wenn jemand die deutsche Staatsbürgerschaft annehme, aber man könne nicht von den Menschen verlangen, dass sie ihre alte dafür aufgeben.

Offenbar ist selbst SPD-Urgestein Scholz von dieser Erkenntnis überrascht, hat er doch gerade selber in Hamburg einen Kurswechsel eingeleitet. Dort war es sein Amtsvorgänger Ole von Beust (CDU) gewesen – der im Gegensatz zu Gabriel übrigens mit viel Pathos – die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft gefordert hatte. „Viele wollen sich aber nicht entscheiden. Da schlagen zwei Seelen in ihrer Brust“, hatte von Beust die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft als „wichtigen Beitrag zur Integration“ gefordert. „Lassen wir doch beide Herzen schlagen!“

Deutsche Staatsbürgerschaft mehr wertschätzen

Angesichts derartiger Forderungen fragt man sich, um was es bei so einer Staatsbürgerschaft überhaupt geht. Bei Gabriel und von Beust hat man den Eindruck, als müssten sich jene, die sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden, vor allem gegen die alte entscheiden und ihre Identität damit beim Amt abgeben. Auf die Idee, die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft als Bejahung und als Bekenntnis zu dem Land, in dem man lebt, zu sehen, kommen die Herren offenbar nicht. Und die Möglichkeit, dass man mit einem deutschen Pass in der Hand auch weiterhin noch jener Mensch bleibt, dessen Wurzeln mütter- oder väterlicherseits vielleicht auch in einem anderen fremden Land liegen, sehen Gabriel und Co. ebenfalls nicht.

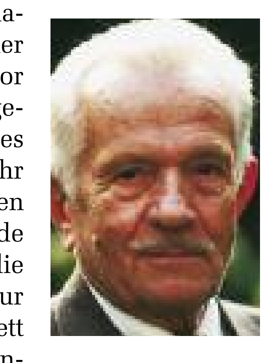
Aber wenn schon deutsche Politiker die deutsche Staatsbürgerschaft so wenig wertschätzen und sie nur als Instrument im Kampf um Wählerstimmen sehen, dann fragt man sich als deutscher Staatsbürger, wozu man diese Staatsbürgerschaft noch hat. Abgesehen davon, dass einem jeder Spaß am Deutschsein madig gemacht wird, wird das damit verbundene Recht zu wählen, immer mehr zu einer frustrierenden Angelegenheit. Auch nervt es, dass Deutschsein vor allem mit der deutschen NS-Vergangenheit in Verbindung gebracht wird. Die vielen Leistungen deutscher Dichter und Denker hingegen werden kleingeredet. Kein Wunder also, wenn so mancher Zugewanderter auf das Deutschsein keine Lust hat.



Einbürgerungsfeier in Koblenz: Die eingebürgerten Staatsbürger singen gemeinsam mit dem Leiter des Ordnungsamtes die deutsche Nationalhymne

Bild: mauritius

Moment mal!



Ich entschuldige mich!

Von Klaus Rainer Röhl

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Rainer Brüderle hat sich immer noch nicht dafür entschuldigt, dass er einer „Stern“-Redakteurin, die ihn vor einem Jahr mitternächtlich angesprochen hatte, ein höfliches Kompliment über ihren von ihr als zu klein empfundenen Busen gemacht hat. Die Sache wurde bundesweit diskutiert. „Seit die Lokale rauchfrei sind und nur noch nach abgestandenem Bratfett riechen, sind die SäuberInnen anderswo unterwegs“, sorgte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „die gefühlten 50 öffentlich-rechtlichen Talk-Sendungen je Woche haben den Part der Hexenverfolgungen und der Exorzisten der alten Zeiten übernommen“. Die Sorge war glücklicherweise verfrüht. Die Kampagne gegen Brüderle ist da gelandet, wo sie hingehört – beim Karneval und bei den Kabaretts. Dieter Nuhr vom Satire-Gipfel in der ARD bedauerte die „arme unglückliche“ „Stern“-Redakteurin Laura Himmelreich, die von Brüderles Worten so verletzt gewesen sei, dass sie ein ganzes Jahr gebraucht habe, um sich endlich zu offenbaren (just an dem Tag, an dem Brüderle im Einvernehmen mit seinem Parteivorsitzenden Rösler Spitzenkandidat der FDP geworden war!).

Der ganze Spott der Kabarettisten und der Karnevalisten an Main und Rhein traf mit satirischer Sicherheit nicht etwa den FDP-Mann Brüderle, sondern den „Stern“ selbst und seine allzu durchsichtige „Sexismus-Kampagne“. Ein Schuss, der nach hinten losging, die Redakteurin aber in ihrem beruflichen Ansehen beschädigt zurückließ. Herr Chefredakteur, entschuldigen Sie sich!

Jeder, der sich heute noch nicht entschuldigt hat, wird morgen aufgefordert, sich zu entschuldigen. Bei den Frauen, bei den Männern, bei den Schwulen und Transvestiten, beim ganzen deutschen Volk. Auch die Eingebürgerten bleiben nicht verschont vom Entschuldigungs-Marathon. Die türkischstämmige Integrationsministerin von Baden-Württemberg hatte Kolleginnen angegriffen, die angeblich „die Nähe zu wohlhabenden und mächtigen Männern suchen ...“. „Es ist mehr als verwunderlich, welche Äußerungen Bilkay Öney zur aktuellen Sexismus-Debatte gewählt hat“, empörten sich die Frauen der CDU-Landtagsfraktion. Das sei eine Diskreditierung all derjenigen, die diesen Berufen nachgehen. „Wir fordern Ministerin Öney daher auf, sich für ihre unqualifizierten Äußerungen zu entschuldigen!“ Jeden Tag muss sich in Deutschland mindestens ein prominenter Politiker entschuldigen. FDP-Präsidiumsmitglied Dirk Niebel forderte eine Debatte über den Sexismus gegenüber Männern. Bedauerte die „taz“: „Die Brüderle-Affäre mutiert zum Witz!“ Fein beobachtet.

Irgendwann wird jeder aufgefordert, sich für etwas zu entschuldigen

Der Karneval ist vorbei. Nun aber Spaß beiseite. Unsere Kanzlerin Angela Merkel hat dem Begriff „Ich entschuldige mich!“ eine ganz neue Bedeutung verliehen. Sie entschuldigt sich für eine Sache, an der sie selber nicht schuldig, nicht einmal mitschuldig sein kann. Sie entschuldigt sich stellvertretend. Merkel entschuldigt sich bei den Opfern des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und deren Angehörigen für die Morde, die Uwe Mundlos und Uwe Böhnhard begangen haben sollen. Der Bundespräsident denkt und äußert sich ähnlich.

Das finde ich neu und kühn. Aber da fällt schon auf den ersten Blick eine gewaltige Schieflage der Entschuldigungs-Initiative auf. Denn: Wer entschuldigte sich bei den Opfern der RAF und ihren Angehörigen? Ist Terror von rechts nicht gleich zu verdammen wie Terror von links?

Der Prozess gegen Beate Zschäpe beginnt im nächsten Monat. Die sich NSU nennende Gruppe, jene aus drei Personen bestehende Terrorzelle, die der Verfassungsschutz mal beobachtet und mal wieder aus den Augen verloren hatte, arbeitete in vieler Hinsicht nach dem Vorbild der Roten Armee Fraktion. Man könnte sie als eine von den Behörden auch immer befürchtete „Braune Armee Fraktion“ bezeichnen. Für ihre Untaten entschuldigte sich die Kanzlerin. Keine Kanzlerin und kein Kanzler entschuldigte sich bei den Opfern der RAF und ihren Angehörigen. Meines Wissens niemand. 55 Menschen wurden ermordet, die Mörder aber sind nicht bekannt, weil die Gruppenmitglieder eisern schweigen. Wie bei Siegfried Buback, dessen Sohn jahrzehntelang verzweifelt die Namen der Mörder seines Vaters zu erfahren suchte. Noch völlig unbekannt sind die Beteiligten an dem tödlichen Anschlag auf den Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, und auf Karlheinz Beckurtz, Mitglied des Vorstands der Siemens AG. Niemand entschuldigt sich bei ihnen und ihren Hinterbliebenen. Stattdessen gibt es viele, die in Büchern und Zeitschriften offen, oder doch klammheimlich, mit der RAF sympathisieren. Oft sind es Leute, die bei jeder Gelegenheit den Kampf gegen „rechts“ vorantragen – worunter sie mehr oder weniger alle verstehen, die nicht stramm links sind wie sie. Sie sind zum Beispiel der Meinung, dass die „Linke“ eine demokratische Partei sei, die völlig zu Unrecht von Verfassungsschutzämtern beobachtet werde.

Wer entschuldigt sich eigentlich bei den Opfern der RAF?

Von den Opfern und Angehörigen der RAF spricht man nicht. Deshalb möchte ich einen Anfang machen. Ich entschuldige mich. Bei allen 55 Opfern und ihren Angehörigen. Für die Mordserie der RAF, die ich zwar von der ersten Stunde an bekämpft habe, aber nicht hart und nachhaltig genug und mit zu wenigen Mitkämpfern. Wir alle sind mitschuldig an der Ausartung der 68er-Bewegung zur RAF, die auch einmal ihre Speerspitze genannt wurde. Viele der heute kaum mehr verständlichen absurden Gedanken und Handlungen, die damals in Mode kamen und heute noch nachwirken, sind 1968 diskutiert und veröffentlicht worden. Die Beliebigkeit aller menschlichen Beziehungen, die Abwertung aller tradierten Wertvorstellungen und vor allem die Verharmlosung der Gewalt.

Als die RAF Ernst machte und aus Worten 9-mm-Geschosse wurden, war der Spaß von 1968 vorbei. Die Heiterkeit und Leichtigkeit vergingen uns. Und die Illusionen unserer Anfänge und unserer Höhepunkte, der Glaube an die schöpferische Kraft und die Allmacht der friedlichen Revolution, die Begeisterung für die „dritte, gemeinsame Sache“ wollte sich nach den ersten Menschenopfer nie wieder einstellen. Alle Gewichte verschoben sich. Leichtigkeit begann sich als Leichtfertigkeit zu entlarven. Das Leben des einzelnen, konkret erfahren in seiner Gefährdung, wurde wieder höher bewertet, und die Zukunft und die schöne neue Welt, für die es geopfert werden sollte, wurden fragwürdig. Doch die Gedanken, die wir nicht zu Ende gedacht hatten, hatten sich längst in tödliche Geschosse und Sprengfallen verwandelt. Deshalb entschuldige ich mich.

„Wer vom Stalinismus nicht sprechen will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, schrieb einst Jorge Semprún, spanischer Kulturminister, Widerstandskämpfer in Frankreich und Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald. Wir würden ergänzen: Wer von der NSU spricht, sollte von der RAF nicht schweigen. Wer von den Helfern und Sympathisanten der braunen Zelle redet, sollte über die Helfer und Sympathisanten der RAF nicht schweigen.

Knapp daneben gestorben

Frisch saniertes Museum in Eisleben bezeichnet sich als Sterbehaus Luthers – ist es aber gar nicht

Am 18. Februar 1546 starb der Reformator Martin Luther in Eisleben in einem Haus, das heute nicht mehr existiert. Trotzdem gibt es ein Museum „Luthers Sterbehaus", das Anfang Februar nach Sanierung und Erweiterung wiedereröffnet worden ist.

Über dem Eingang des Gebäudes Andreaskirchplatz 7 in Eisleben befindet sich eine Gedenktafel: „In diesem Hause starb Dr. M. Luther den 18. Februar 1546." Das aber ist ein Irrtum, der im 18. Jahrhundert aufkam. Den machte vor gut zehn Jahren die Stiftung Luthergedenkstätten aufgrund wissenschaftlicher Neuerkenntnisse publik. In unmittelbarer Nachbarschaft zum heutigen falschen „Sterbehaus" befindet sich das Hotel „Graf von Mansfeld". An seiner Stelle stand das wahre Sterbehaus Luthers. Die Geschichte des falschen Sterbehauses, das gleichwohl seit 150 Jahren eine echte Luthergedenkstätte ist, wird in einer Abteilung der neu eingerichteten Dauerausstellung dokumentiert.

Nach zweijähriger Sanierung des historischen Gebäudes und der Errichtung eines Erweiterungsbaues ist das Museum „Luthers Sterbehaus" am 2. Februar wiedereröffnet worden. Die Kosten von fast sechs Millionen Euro brachten der Bund, das Land Sachsen-Anhalt, die Stadt Eisleben und die Stiftung Luthergedenkstätten auf. Den Entwurf zum hofseitig gelegenen Erweiterungsbau lieferte eine Stuttgarter Arbeitsgemeinschaft. Der schnörkellose Nutzbau wirkt mit seiner kubischen Kantigkeit trutzig. Er ist außen mit Klinker in hellen Beigetönen verkleidet und weist Fensterzonen auf, die vom Fußboden bis zur Decke reichen. Im Inneren herrscht hochwertiger Sichtbeton vor.

Durch die Erweiterung ist die Ausstellungsfläche von 295 auf 1045 Quadratmeter gestiegen. Die neue Dauerschau „Luthers letzter Weg" führt durch Alt- und Neubau. Sie beginnt mit spätmittelalterlichen Vorstellungen vom Jüngsten Gericht, von Himmel und Hölle sowie Luthers Glaubensreform. Dann berichtet sie von Luthers Sterben und Tod, bevor sie mit Einblicken in die protestantische Sterbe-, Trauer- und Erinnerungskultur endet. Die Inszenierung bringt historische Objekte und Dokumente, deren Nachbildungen, Texttafeln und Hörstationen zum Einsatz. Ja sogar eine Riechstation ist aufgeboten. Da steigt einem der Geruch von Rosenessig und anderen Essenzen in die Nase. Mit solchen Wassern wurde der sterbende Reformator gewaschen, um ihn zurück ins Leben zu holen.



Falsches Sterbehaus: Museum am Andreaskirchplatz 7 Bild: Thiede

Was war geschehen? Der 1483 in Eisleben geborene Luther war im eisigen Januar 1546 in seine Heimatstadt gereist, um Streitigkeiten zwischen den Grafen von Mansfeld schlichten zu helfen. Er war altersschwach, litt unter dem Grauen Star, Schwerhörigkeit, Blasensteinen und Angina pectoris. Der im Haus des Stadtschreibers Johann Albrecht logierende Luther fühlte sein Ende nahen und rief: „Doktor Jonas und Herr Michael (Cölius), ich bin hier zu Eisleben geboren und getauft, wie wenn ich hierbleiben sollte?"

So kam es: Am 18. Februar erwachte er um 1 Uhr in der Frühe mit starken Schmerzen und wurde von der Schlafkammer auf ein im Nebenraum stehendes Ruhesofa umgebettet. Mit einem letzten Gebet empfahl er sich Gott: „Mein himmlischer Vater ... nimm mein Seelchen zu Dir!" Der Reformator Justus Jonas und der Mansfelder Hofprediger Michael Cölius übernahmen die Aufgabe der Sterbebegleitung. Nachts um 2.45 Uhr verschied Martin Luther an einem Herzinfarkt. Bereits eine Stunde später diktierte Jonas mit Unterstützung von Cölius den Sterbebericht. Eine unmittelbar nach dem Diktat angefertigte Abschrift wurde erst vor wenigen Wochen aus Privatbesitz für das Museum erworben und gehört nun zu den Glanzlichtern der Dauerausstellung.

Das irrtümlich für Luthers Sterbehaus gehaltene Gebäude stand 1861 zum Verkauf. In Eisleben kam die Befürchtung auf, die katholische Gemeinde könnte es erwerben und für ihre missionarischen Zwecke „missbrauchen". Das veranlasste den späteren Kaiser Wilhelm I., das „Sterbehaus" zu kaufen. Er beauftragte den preußischen Baubeamten Friedrich August Ritter, das immerhin tatsächlich lutherzeitliche Haus „möglichst in den Zustand wieder zu versetzen, in welchem es sich bei dem Ableben Luthers befand". Orientiert an dem von Jonas und Cölius verfassten Sterbebericht, entwarf Ritter die Aufteilung der Sterberäume in eine große, holzvertäfelte Stube und ein kleines Schlafzimmer mit Bettnische.

Eisleber Bürger gründeten 1886 die „Luther-Festspielgesellschaft", um mit der Aufführung des Dramas „Luther" Geld für eine angemessene Ausstattung der leeren Räume von Luthers „Sterbehaus" einzuspielen. Von den Einnahmen finanzierte sie den Erwerb des originalen Bahrtuchs von Luthers Sarg und die Einrichtung der beiden „Sterberäume" im Stil des 16. Jahrhunderts. Der Auftrag ging an Friedrich Wilhelm Wanderer, Professor an der Nürnberger Kunstgewerbeschule. Als Referenz konnte er auf seine historisierende Einrichtung zweier Räume im Nürnberger Dürer-Haus verweisen. Die nach seinen Entwürfen gestalteten beiden „Sterbezimmer" Luthers wurden 1894 eingeweiht. An den holzvertäfelten Wänden hängen Kopien nach Gemälden Lucas Cranachs, die Luther, seine Frau, Mitstreiter, aber auch seinen Gegner Kaiser Karl V. darstellen. Den Mittelpunkt seiner Inszenierung bildet aber ein mächtiger Schrein, der unter Glas das originale Bahrtuch Luthers präsentiert.

Kostbarstes Stück ist Luthers Bahrtuch

Ein spektakulärer späterer Neuzugang ist das Riesengemälde „Luthers letztes Bekenntnis" (1905), das der von Kaiser Wilhelm II. sehr geschätzte Historienmaler William Pape geschaffen hat. Um es unterzubringen, wurde das große Sterbezimmer 1907 umgeräumt. Weil mit den Jahren Wanderers historisierende Einrichtung als unzeitgemäß galt – und obendrein immer mehr Besucher glaubten, in ihr sei Luther tatsächlich gestorben –, wanderten mehr und mehr Objekte ins Depot. Die sentimentale Gedenkstätte wurde damit zum Museum versachlicht.

Nach der jetzigen Sanierung und Erweiterung aber will „Luthers Sterbehaus" beides sein: Museum und Gedenkstätte. Deshalb wurden die beiden „Sterberäume" wieder mit Wanderers Einrichtung ausgestattet, deren Objekte zu diesem Anlass aus den Geldspenden zahlreicher „Paten" restauriert worden sind.

Veit-Mario Thiede

MELDUNGEN

Insterburger Kunstfotograf

Vor 100 Jahren stritt man darum, ob die Fotografie eine Kunstform ist oder nicht. Auf den Auslöser drücken könne schließlich jeder. Aber nur wenige so gekonnt wie Fritz Matthies-Masuren, der der Gattung der Kunstfotografie zum Durchbruch verhalf.

Der am 12. Februar vor 140 Jahren in Insterburg geborene Fotograf hat auch als Redakteur, Publizist und Ausstellungsorganisator dieser neuen Kunstrichtung die allgemeine Anerkennung gesichert. Wichtig war dem Ostpreußen, bei den Fotografien „die klare und störende Zeichnung der Einzelheiten verschwinden zu lassen und damit die einfache große Erscheinung" der Kunst zu erreichen. Da er in der NS-Zeit nicht mehr unabhängig arbeiten konnte, drückte er immer seltener auf den Auslöser. Am 10. September 1938 starb er in Berlin. Seine Sammlung an Kunstfotografien bleibt aber unvergessen und wurde zuletzt 2009 im Stadtmuseum Hofheim im Taunus gezeigt. *tws*

Publikumshit Berliner Museen

Über Besuchermangel kann sich die Stiftung Preußischer Kulturbesitz nicht beklagen. Mit 4,5 Millionen Besuchern gingen 2012 fast genauso viele in die Staatlichen Museen zu Berlin wie im Vorjahr. Zugpferd war dabei die „Pergamon"-Ausstellung, in die sich über eine Million Menschen drängten. Aber auch die Ausstellungen zu „Gerhard Richter" (380 000) und „Russen & Deutsche" (130 000) waren gut besucht. Allein in den ersten drei Wochen der Nofretete-Ausstellung (Eröffnung: 7. Dezember 2012) kamen schon 60 000 Gäste. Die Schau ist noch bis zum 13. April im Neuen Museum zu sehen. *tws*

Was für ein Jammertal!

225 Jahre Schopenhauer: Wo ein Wille aus Danzig die Welt regiert

Die Abneigung war deutlich. „Scharlatan", „Windbeutel", „Pinsel", „Affe" – diese Ausdrücke kritzelte Arthur Schopenhauer an den Rand seiner Bücher von Fichte, Schelling oder Hegel. Kein Wunder, dass er die zeitgenössischen Denker verachtete, schließlich hat ihn seine eigene pessimistische Weltsicht zum Misanthropen geformt.

Dabei wurde der am 22. Februar 1788 in Danzig geborene Philosoph mit einem goldenen Löffel im Mund geboren, entstammte er doch einer wohlhabenden Kaufmannsdynastie. Als die Freistädte Danzig und Thorn 1793 infolge der Zweiten Polnischen Teilung an Preußen gingen, verloren sie ihre Autonomie. Für die Patrizierfamilie war das der Anlass, nach Hamburg überzusiedeln. Wie der Vater, so sollte auch der Junior Kaufmann werden. Er hasste aber das Kontoristen-Dasein, widmete sich lieber der Kunst. Als der Vater 1805 vermutlich durch Selbstmord starb, war der Sohn frei. Finanziell abgesichert durch das Familienvermögen stürzte er sich in Gotha und Weimar, wohin seine schöngeistige Mutter Johanna gezogen war, auf die Philosophie.

Wie die frühesten Denker der Antike, so zerbrach sich auch Schopenhauer den Kopf darüber, was nun zuerst war: Henne oder Ei. Im frühen 19. Jahrhundert schien die Antwort unter den Vorgaben des idealistischen Denkens durch Kant klar. Der menschliche Geist und nicht das gemeine Materielle, das Subjekt und nicht das Objekt waren das Maß aller Dinge. Und jetzt kommt Schopenhauer ins



Bild: Archiv

Schopenhauer mit Pudel: karikiert von Wilhelm Busch

Spiel. Schon in seiner Dissertation über den „Satz vom zureichenden Grunde" wies er auf die fehlenden Kausalzusammenhänge hin, die den Geist zu Entscheidungen drängen. Er war erst um die 30 Jahre alt, als er diesen Gedanken in seinem über 1000-seitigen Opus magnum „Die Welt als Wille der Vorstellung" zu Ende führte. Es ist ein triebgesteuerter, unbewusster Wille, der alles steuert und – um im Bilde zu bleiben – ziemlich faule Eier in die Welt setzt. Elend, Gewalt, Krieg sind das Ergebnis dieses „erhabenen Geistes" und machen die Welt zu einem „Jammertal".

Mit diesen Ideen wollte Schopenhauer in Berlin als Dozent reüssieren. Doch dort strömte alles in die Vorlesungen des Konkurrenten Hegel, aber keiner zum Miesepeter Schopenhauer. Als 1831 in Berlin eine Choleraepidemie ausbrach – an der Hegel mutmaßlich starb –, floh Schopenhauer nach Frankfurt am Main, wo er bis zu seinem Tod 1860 kaum mehr tat, als sich mit buddhistischer Glaubenslehre zu beschäftigen und mit seinem Pudel Ataman täglich an der Mainpromenade zu spazieren.

Sein Hauptwerk, das bis dahin wie Blei in den Regalen lag, kam mit der Revolution von 1848/49 unerwartet in Mode. Plötzlich sah jeder das feudalistische Jammertal vor sich, jetzt las man Schopenhauer, der als Untergangsprophet bewundert wurde. Nietzsche verehrte ihn als seinen „Erzieher". Von Schopenhauers Satz „Erst bin ich, dann die Welt" bis zu Nietzsches „Gott ist tot" war es dann nur ein kleiner Schritt. Von Richard Wagner über Tolstoi und Thomas Mann bis hin zu den existenzialistischen Denkern des 20. Jahrhundert wie Sartre reicht die Wirkung seiner Bücher, die jenseits der Kathederphilosophie vor Aphorismen nur so sprühen. *Harald Tews*

Jenseits von Gut und Böse

Vor 125 Jahren wurde der französische Autor Bernanos geboren

Bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts gehörten die Werke des katholischen Dichters Georges Bernanos zu den Klassikern der französischen Literatur. Seine Romane, wie etwa das „Tagebuch eines Landpfarrers" oder „Die tote Gemeinde", waren Bestseller und fanden auch in Deutschland eine große Lesergemeinde. Ursprünglich Versicherungsinspektor, hatte sich der am 20. Februar 1888 Geborene nach dem sensationellen Erfolg seines Erstlingswerks „Die Sonne Satans" (1926) entschieden, künftig als freier Schriftsteller zu leben.

Protagonisten seiner Werke sind zumeist Priester, die sich aufopfernd bemühen, die ihnen anvertrauten Seelen aus Ichbezogenheit und einem der Sünde und der Trostlosigkeit verhafteten Leben herauszureißen. Dabei sah Bernanos den Menschen in einem Spannungs- und Entscheidungsfeld von Gut und Böse, ja Gott und Satan stehen. Die Unfähigkeit lieben zu können, war für ihn die größte Tragik, der ein Mensch verfallen konnte, und geradezu ein Merkmal der Hölle.

Da es für ihn immer schwieriger wurde, seine achtköpfige Familie zu ernähren, hatte sich der Pariser 1934 auf Mallorca niedergelassen, da hier die Lebenshaltungskosten niedriger waren als in Frankreich. Der Aufenthalt auf der spanischen Insel sollte für ihn zum Auslöser einer zweiten Ausrichtung seiner Schriftstellerei werden: Neben den „frommen" Romanautor Bernanos trat der politisch engagierte und gesellschaftskritische Dichter, der bis



Bild: Archiv

Frommer Katholik: Bernanos

an sein Lebensende nicht müde wurde, Fehlentwicklungen in Kirche und Gesellschaft anzuprangern. War er doch auf der Baleareninsel zum Augenzeugen des Spanischen Bürgerkriegs (1936–1939) und der Untaten der Faschisten geworden. Sein 1938 erschienenes, aufsehenerregendes Buch „Die großen Friedhöfe unter dem Mond" ist ein flammender Protest gegen den Spanischen Bürgerkrieg und gegen den nicht nur in Spanien, sondern in ganz Europa immer mächtiger werdenden Faschismus. Und es ist ein Protest gegen die katholische Kirche Spaniens, die sich bei dem Bürgerkrieg auf die Seite Francos gestellt und sein blutiges Unternehmen „als den Kampf des guten Prinzips gegen das Böse" dargestellt hatte.

Mit Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde Bernanos, der sich inzwischen mit seiner Familie in Brasilien als Farmer niedergelassen hatte, durch seine polemischen Schriften und Stellungnahmen zu einem der geistigen Führer der französischen Widerstandsbewegung. Nach Kriegsende fordert ihn General de Gaulles zur Rückkehr nach Frankreich auf. Doch der Heimgekehrte ist mit der Politik der Vierten Republik unzufrieden.

Bernanos warnt in seinen Werken vor der Gefährdung menschlicher Freiheit durch technischen Fortschritt und neue Formen des Totalitarismus. Als das „Ergebnis einer unaufhörlichen Propaganda", die auf eine „serienweise Herstellung eines gefügigen Menschentyps" zielt, sieht er den Menschen „in dem Maße immer gefügiger werden, in dem die Organisation der Wirtschaft, die Konkurrenz und die Kriege eine immer genauere Bevormundung verlangen". Der Autor stirbt an einem schweren Leberleiden am 5. Juli 1948. *Matthias Hilbert*

Thron-Jubiläum ohne offizielle Feier

Vor 400 Jahren trat Michail I. als russischer Zar an – Romanow-Dynastie als Symbol für Einheit und Stabilität

Am 17. Februar jährt sich die Wahl Michails I. zum ersten Zaren aus der Dynastie der Romanows zum 400. Mal. Vielerorts sind diesem historischen Ereignis Ausstellungen, wissenschaftliche Vorträge und Veranstaltungen gewidmet. Die erwartete offizielle Feier wird jedoch ausfallen.

Auf den Vorschlag, in einem der Säle der Eremitage, der letzten Residenz der russischen Zaren, einen Gedenkgottesdienst zu Ehren der Romanow-Dynastie anlässlich des 400. Jahrestages der Wahl des ersten Romanow zum Zaren abzuhalten, erhielt Vitalij Milonow, Abgeordneter der Gesetzgebenden Versammlung, eine Absage von Eremitage-Direktor Michail Piotrowskij. Dessen Begründung lautete, ein Gedenkgottesdienst sei unpassend für das Museum. Ein solcher Gottesdienst könne nachgeholt werden, wenn die Restaurierung der Großen Kirche des Winterpalastes abgeschlossen sei.

Das Museum zur Politischen Geschichte Russlands in St. Petersburg hat eine Ausstellung „Um den Thron“ eröffnet. Sie ist dem Beginn der Romanow-Dynastie vor 400 Jahren gewidmet. Das Museum, das ursprünglich nur über Dokumente der sowjetischen Geschichte verfügte, hat seine Sammlung erweitert, gibt einen Überblick über verschiedene Epochen der russischen Geschichte und regt die Besucher zum offenen Gedankenaustausch an. Ähnliche Ausstellungen und Feiern anlässlich des 400. Zarenjubiläums finden nur auf lokaler Ebene in St. Petersburg, Kostroma, Wolgograd und Nischnij Nowgorod statt.

Die Absage des Eremitage-Direktors spiegelt offenbar die Haltung der Regierung wider. Zu Großveranstaltungen wird es nicht kommen, denn im Dezember vergangenen Jahres sagte Präsident Wladimir Putin auf einer Pressekonferenz, dass zum 400. Jahrestag des Machtantritts der Romanows keine offiziellen Feierlichkeiten geplant seien. Darüber hinaus wurden Initiativen der gemeinnützigen Romanow-Stiftung sowie aus Kreisen der Wissenschaft und der Kirche blockiert. Das ist eine umso überraschendere Entwicklung als das Jahr 2012, als sich der Sieg Russlands über Napoleon zum 200. Mal jährte, ganz groß und offiziell als „Jahr der Geschichte“ gefeiert wurde.

Ein Grund für Putins diesmalige Absage an Feierlichkeiten zum Ruhme des russischen Imperiums mag sein, dass Vergleiche zwischen ihm und den Romanow-Zaren veröffentlicht wurden. Kulturminister Wladimir Medinskij sagte, Putin sei nach Zar Nikolaus II. der erste wirkliche Herrscher Russlands, vielleicht sogar der erste rechtmäßig gewählte der russischen Geschichte überhaupt. Auch Vergleiche zwischen Putin und Michail I. wurden geäußert.

Die Dynastie der Zarenfamilie Romanow beendete eine Zeit der Krise, in Russland smuta (Wirren) genannt. Sie war von Bürgerkrieg, Hungersnöten und dem bis dahin größten Volksaufstand geprägt, der infolge des Aussterbens der bis dahin herrschenden Dynastie der Rurikiden ausgebrochen war. Iwan der Schreckliche und dessen Sohn Fjodor hatten ein schweres Erbe hinterlassen. Bojarensippen regierten mehr gegen- als miteinander, Polen und Schweden nutzten das entstandene Machtvakuum für eigene Interessen. Gleich zwei Betrüger gaben sich als den ermordeten Zarensohn Dmitrij aus. Einer von ihnen wurde, unterstützt von polnischen Truppen, zum Zaren ausgerufen. Er ging als „Falscher Dmitrij“ in die Geschichte ein und rehabilitierte die zuvor von Zar Boris Godunow verbannte Familie Romanow. Weil Zar Iwan der Schreckliche in erster Ehe mit einer Tochter aus dem Hause Romanow verheiratet war, glaubte man, mit der Wahl Michails die Rurikiden-Dynastie fortsetzen zu können. Eine aus Vertretern unterschiedlicher sozialer und regionaler Gruppen zusammengesetzte Ständeversammlung wählte den erst 16 Jahre alten Michail Fjodorowitsch mit Unterstützung der orthodoxen Kirche am 17. Februar 1613 zum Zaren. In seiner 32 Jahre anhaltenden Regierungsdauer gelang es Michail, Russland zu stabilisieren.

> Wie Putin wurde auch der erste Romanow-Zar gewählt

Die mit Michails Wahl beginnende über 300-jährige Romanow-Dynastie wird gerne als Symbol für die Einheit zwischen Volk und Herrscher sowie für den Beginn des Aufstiegs Russlands zur Großmacht gesehen. Ende des 17. Jahrhunderts begann das Imperium unter dem wohl bedeutendsten Reformer Peter dem Großen zu wachsen. Das Territorium des russischen Reichs dehnte sich an der Wolga gen Süden, im Osten Richtung Sibirien und nach Norden an die Ostsee aus.

An der Bewertung der Rolle der Romanow-Dynastie in der russischen Geschichte scheiden sich bis heute die Geister. Russische Wissenschaftler halten die Überlieferung von der „Einheit bei der Wahl Michails“ für einen Mythos. In Kirchendokumenten fanden sie Beweise, dass lediglich 200 von 700 bis 1500 an der Wahl Beteiligten für ihn gestimmt hatten. Sie glauben, dass einflussreiche Klans Michails Wahl manipuliert haben, weil sie ihn für einen für ihre Absichten bequemen Herrscher hielten.

Zwischen den Ereignissen damals und der Zeit nach dem Zerfall der Sowjetunion zeigen sich Parallelen. In der ersten Hälfte der 1990er Jahre war das Land in eine tiefe politische Krise gestürzt, begleitet von Lebensmittelknappheit. Das Sozialsystem kollabierte, eine Zeit des „wilden Kaptalismus“ begann. Als Retter in der Not erschien Putin. Nachdem er 2000 zum Präsidenten gewählt worden war, gelang es ihm, mit Härte die Zeit der „Wirren“ zu beenden, das Land politisch zu stabilisieren und die Wirtschaft zu konsolidieren. Putins Wahl geschah – wie 1613 die Wahl Michail Fjodorowitschs – mit Unterstützung der Kirche und einflussreicher Geschäftsleute.

Obwohl bereits im Jahr 2000 der 1918 mit seiner Familie von den Bolschewisten ermordete Romanow-Zar Nikolaus II. posthum heiliggesprochen worden ist, soll der Wahl des ersten Romanows nur im kleinen Rahmen gedacht werden. Offenbar will Putin Vergleichen seiner Herrschaft mit der der Zaren-Dynastie keinen neuen Nährboden geben.

Manuela Rosenthal-Kappi



Mit den Insignien seiner neuen Macht: Russlands erster Zar aus der Dynastie der Romanows, Michail I. Bild: Archiv

Richard III. entdeckt

Im englischen Leicester wurde das Skelett des Königs entdeckt

Wissenschaftler der Universität Leicester haben bei archäologischen Ausgrabungen die relativ gut erhaltenen sterblichen Überreste des englischen Königs Richard III. (1452–1485) aufgefunden. Initiiert wurden diese Ausgrabungen durch die hartnäckige englische Hobbyhistorikerin Philippa Langley, die schon vor drei Jahren fest davon überzeugt war, dass unter dem Parkplatz des Sozialamtes der mittelenglischen Stadt Leicester die Ruhestätte des letzten englischen Königs aus der Dynastie Plantagenet zu finden sein müsse. Nahe der Stadt war der damals 32 Jahre alte König am 22. August 1485 in der Schlacht von Bosworth gefallen. Mit seinem Pferd auf der Flucht in einem Sumpf steckengeblieben, hatten ihn gegnerische Kämpfer erschlagen. Diese dramatische Szene schildert William Shakespeare, der Richard III. in seinem gleichnamigen Historiendrama hat ausrufen lassen: „Ein Pferd, ein Pferd, ein Königreich für ein Pferd!“ Lange Zeit mussten Langley und ihre Mitstreiter darum kämpfen, dass sich professionelle Archäologen ihren Argumenten beugten. Offiziell galten die anschließend vorgenommenen Ausgrabungen in Leicester denn auch nur den Überresten des Franziskanerklosters Greys Friars, das sich einst an der Stelle des heutigen Parkplatzes befunden hat. Laut chronikalischer Überlieferung war der Leichnam des Königs, nachdem man die Leiche zur Dokumentation seines Todes in einem Wirtshaus kurzzeitig nackt zur Schau gestellt hatte, von den Siegern ohne weitere Formalitäten in eben jenem Franziskanerkloster verscharrt worden.

Bei den Ausgrabungen in den Überresten des Klosters wurde das Skelett eines jüngeren Mannes gefunden, das laut Altersanalyse aus dem 15. Jahrhundert stammt und zudem, wie König Richard III., markante krankhafte Veränderungen an der Wirbelsäule aufweist. Ohne die Verkrümmung seiner Wirbelsäule wäre der Mann wohl 1,72 Meter groß gewesen, doch so wirkt er klein. Zudem steht bei ihm die rechte Schulter viel höher als die linke. Obwohl sklerotisch verwachsen, weist das Skelett jedoch nicht den von Shakespeare beschriebenen Buckel auf. Auf die Todesursache deuten zwei große Verletzungen am Schädelknochen, die von einem Schwert und einer Hellebarde herrühren, was für einen Tod im Kampf spricht. Weitere, wahrscheinlich von Dolchstichen herrührende Schädelverletzungen wurden ihm wohl erst nach dem Tod zugefügt, um den toten König zu demütigen.

> Der Fund straft William Shakespeare Lügen

Deutet also manches Indiz darauf hin, dass man es hier mit den sterblichen Überresten des Königs zu tun hat, so fehlte doch der Beweis. Das Franziskanerkloster Grey Friars ist bereits um 1538 zerstört worden und der Begräbnisort folglich darüber nicht mehr hinlänglich exakt zu bestimmen. Zudem sollen Bewohner von Leicester gemäß örtlicher Legenden die Überreste Richards III. später in einen nahen Fluss geworfen haben. Nunmehr half eine DNA-Analyse der Rippenknochen des Skeletts, Licht in das Dunkel zu bringen. Es gelang den Archäologen, zwei lebende Abkömmlinge in der 16. Generation der Anne von York, einer Schwester König Richards III., aufzutreiben. Der vorgenommene DNA-Vergleich bewies zur großen Freude der Forscher Übereinstimmung, so dass der Tote zweifelsfrei als König Richard III. identifiziert werden konnte – der übrigens keinesfalls das von Shakespeare beschriebene körperlich entstellte, psychisch abnormale Monster war. Vielmehr zeigte eine plastische Rekonstruktion des Gesichts des Toten zur Verwunderung seiner Landsleute, dass dieser zu Lebzeiten ein ansehnlicher, schmucker Mann mit feinen Zügen war.

Am Fundort soll nun nach dem Willen der Stadtväter von Leicester ein Besucherzentrum entstehen. Die sterblichen Überreste des Königs werden dagegen nach Abschluss der wissenschaftlichen Untersuchungen Anfang kommenden Jahres in die Kathedrale von Leicester überführt.

Jürgen W. Schmidt

Nun der Reichstagsbrand

»Nacht über Berlin«: Ein weiterer TV-Mix aus Fiktion und Historie

Mit Geschichten Geschichte vermitteln – das ist ein Stilmittel, dessen sich die TV-Filmer immer häufiger bedienen. Fiktives menschliches Schicksal wird vor dem Hintergrund tatsächlichen historischen Geschehens erzählt. Jüngstes Beispiel dafür ist der Fernsehfilm „Nacht über Berlin“, den das Erste Programm kommenden Mittwoch um 20.15 Uhr zeigt. Es ist eine fiktive Liebesgeschichte, die zwischen Sommer 1932 und der Nacht des Reichstagbrandes im politisch aufgeheizten Berlin spielt. Schon die ersten Szenen zeigen die schizophrene Situation jener Tage: Swingende Paare auf dem Parkett des mondänen „Ballhauses“, Nadelstreifen und Kleines Schwarzes, dazwischen das Braun der SA-Männer, die wenig später in Straßenkämpfen die Gummiknüppel schwingen – Endzeitstimmung der Weimarer Republik.

Friedemann Fromm, der sich mit TV-Erfolgen wie „Die Wölfe“ oder „Weißensee“ für Filme mit zeitgeschichtlichem Hintergrund empfahl, inszenierte akribisch und aufwändig das Geschehen. Im Mittelpunkt steht die tragische Liebesgeschichte von Henny Dallgow und Albert Goldmann, ein Paar von unterschiedlicher gesellschaftlicher Herkunft und politischer Gesinnung. Sie ist eine Tochter aus gutbürgerlichem Haus, aber als Chansonsängerin sehr selbstbewusst und Neuem aufgeschlossen. So erscheint sie überall auf einem knatternden Motorrad. Er hingegen ist ein jüdischer Arzt, der uneigennützig den Arbeitern im Wedding hilft und demokratiegläubig für die SPD im Reichstag sitzt. Anna Loos und Jan Josef Liefers, beide auch im wirklichen Leben ein Paar, sind die herausragenden Figuren des Spiels. Neben ihnen liefert Jürgen Tarrach in der Reihe der übrigen Darsteller ein Kabinettstückchen als Entertainer und gläubiger Jude, der sein „Ballhaus“ an seine Chansonsängerin Hedy übergibt, als er aus Berlin fliehen muss.

Die Auftragsarbeit der ARD wurde von der Ufa-Filmproduktion größtenteils auf dem Studiogelände in Potsdam-Babelsberg gedreht, wo die vorhandene Kulisse „Berliner Straße“ sich wechselnd in das Arbeiterviertel Wedding oder in ein vornehmes Viertel verwandelte. Im Kölner Studio wurden Teile des Reichstagsplenarsaals nachgebaut. Und in Leipzig diente das Neue Rathaus als Reichstag-Inneres. Die „Ballhaus“-Szenen wurden im Zwickauer Tanzpalast „Neue Welt“ stilgerecht nachgestellt.

> Der Zuschauer weiß nie, was fiktiv ist und was merkenswert

Showdown des trotz brutaler Schlägerszenen anrührenden Filmes ist der Brand des Reichstagsgebäudes. Berliner Feuerwehrleute versuchen vergeblich mit unzureichendem Löschgerät, der Flammen Herr zu werden. Offen lässt der Film die bis heute umstrittene Frage, wer den Brand gelegt hat. Es geht in dem Film allein um menschliche Schicksale dieser Tage. Doch wenn auch den Nationalsozialisten in dem Streifen nicht vorgeworfen wird, den Reichstagsbrand gelegt zu haben, so doch, ihn zumindest instrumentalisiert zu haben.

So wohlgesponnen die fiktive Erzählung – das Drehbuch schrieb Rainer Berg –, so schlüssig auch der zeitgeschichtliche Ablauf – es bleibt immer die Frage: „Wie war es wirklich?“ Gut deshalb, dass die ARD auch diesem 90-Minuten-Film eine begleitende Dokumentation folgen lässt. Für „Nacht über Deutschland – Hitlers erste 100 Tage“, so der Titel, haben Kerstin Mauersberger und Jürgen Ast Fotos und Wochenschauschnipsel zusammengetragen, die vom Tag der „Machtergreifung“ über die Errichtung der ersten Konzentrationslager und den Boykott jüdischer Geschäfte bis hin zu den Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 reichen, dem 100. Tag der Kanzlerschaft Adolf Hitlers.

„Mir gefiel, dass der Reichstagsbrand und seine Umstände nicht mit erhobenem Zeigefinger abgearbeitet werden, sondern wie zufällig die Kulisse für eine zum Scheitern verurteilte Liebesgeschichte bieten“, lobt Jan Josef Liefers in einem Interview, „Hier kollidieren die zwei ältesten Lieblingsbeschäftigungen der Menschheit: Lieben und Töten. Der Film zeigt es, ohne dem Zuschauer die Oberlehrer-Geschichtskeule auf den Kopf zu hauen.“

Karlheinz Mose

Memelländer im Stich gelassen

Vor 90 Jahren überließen die Sieger des Ersten Weltkrieges Litauen die Souveränität über die Region

Während die Alliierten auf der einen Seite das Ruhrgebiet mit der Begründung besetzt hielten, dass das Deutsche Reich seinen Reparationsverpflichtungen nicht vollständig nachgekommen sei, verletzten sie auf der anderen Seite selber den Versailler Vertrag, indem sie es nicht nur mehr oder weniger widerstandslos hinnahmen, dass entgegen diesem von ihnen selber diktierten Friedensvertrag am gegenüberliegenden Ende Deutschlands Litauen das Memelland besetzte, sondern dessen Annexion auch noch anerkannten.

Gemäß Artikel 99 des Versailler Vertrags wurden die nordöstlichsten Kreise des Deutschen Reichs mit ihren 142 000 Bewohnern abgetrennt und fortan erstmalig als Memelgebiet bezeichnet. Am 9. Januar 1920 unterzeichnete der Reichs- und Staatskommissar Regierungspräsident a.D. Georg Wilhelm Graf Lambsdorff in Paris ein Übereinkommen über die Abtretung der Gebiete von Danzig und Memel an die Alliierten. An die Stelle der Reichsgewalt trat die gemeinsame Verwaltung durch die Alliierten Hauptmächte. Diese waren verpflichtet, in abgetretenen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht wirksam werden zu lassen; daher übten sie nur eine Treuhänderschaft aus. Eine künftige staatliche Zugehörigkeit des Memelgebiets war im Versailler Vertrag nicht festgelegt.

Mit Mandat des Völkerbunds trafen französische Kräfte am 14. Februar 1920 in Memel ein. Der offizielle Vertreter der Alliierten Hauptmächte, der französische General Dominique Odry, berief ein Landesdirektorium ein, das die Gebietsverwaltung sowie die Verwaltung über Eisenbahn, Post und Zollwesen entsprechend dem Abkommen vom 9. Januar 1920 und im Rahmen des erhalten gebliebenen rechtlichen Fortbestands ausübte. Das Memelgebiet war in dieser Phase weder ein eigener Staat noch besaß es eine eigene Währung, es war jedoch von Zollgrenzen umgeben und führte eine eigene Flagge.

Für den weiteren Fortgang war die sich zusehends verstärkende Idee der Errichtung eines Freistaats Memel unter internationaler Garantie einer Ententemacht eminent wichtig. Diese Idee erfuhr insbesondere in memelländischen Wirtschaftskreisen sowie, wie eine Umfrage ergab, in der Bevölkerung und vom Gouverneur und Oberkommissar der Signatarmächte Gabriel Petisné Zustimmung. Auch Reichsaußenminister Walther Rathenau zog einen Freistaat unter britischer, italienischer oder französischer Oberhoheit in Erwägung. Entsprechende Verhandlungen der Memelkommission der Botschafterkonferenz in Paris über die Bildung eines Freistaates begannen im November 1922.

Litauen hingegen interpretierte die Idee eines Freistaats als eine gegen seine Ansprüche gerichtete Politik, zumal damit die Möglichkeit der Erlangung der Souveränität über das Memelgebiet verloren gegangen wäre. Die litauische verfassunggebende Versammlung hatte bereits am 11. November 1921 beschlossen, den Anspruch auf das Memelgebiet zum politischen Programm zu erheben und das Memelgebiet mit Litauen zu vereinigen. Auch als Reaktion auf die im November 1922 begonnenen obengenannten Verhandlungen der Memelkommission der Botschafterkonferenz in Paris beschloss die litauische Regierung noch im selben Jahr eine militärische Besetzung des Memelgebietes. Unmittelbarer Anlass war zweifelsfrei die Berichterstattung der Verhandlungsdelegation aus Paris, die den maßgeblichen Politikern in Litauens provisorischer Hauptstadt Kaunas bewusst machte, dass ihr Ziel, das Memelland auf legalem Wege über die Botschafterkonferenz zu erhalten, nicht zu erreichen war.

An den direkten Vorbereitungen zu einer Intervention waren sowohl Minister als auch der litauische Regierungsvertreter in Memel beteiligt. Am 9. Januar 1923 wurde ein von Nationallitauern in Kaunas' Staatsdruckerei hergestellter Aufruf in litauischer, deutscher und französischer Sprache verbreitet, der die „litauischsprechende Bevölkerung" gegen die Idee eines Freistaats aufbringen sollte.


Bild: Archiv des Kulturzentrums Ostpreußen, Ellingen

Von den Alliierten mehr oder weniger widerstandslos hingenommen: Litauische Besetzung des Memellandes

In den Morgenstunden des 10. Januar 1923 überschritten, wie die Sonderkommission der Botschafterkonferenz am 6. März 1923 feststellte, Soldaten aus drei Infanterie- und zwei Kavallerieregimentern sowie einem Schützenverband größtenteils in Zivil die memelländisch-litauische Grenze. Offiziell wurde diese Aktion als „Aufstand der litauischsprachigen Bevölkerung des Memelgebietes" deklariert. Dies diente der Vorbereitung einer völkerrechtlichen Argumentationskette und um formal die Verantwortung abstreiten zu können. Die Version vom Aufstand hält wahrlich keiner ernsthaften Untersuchung stand. So stellte auch die außerordentliche Memelkommission fest, „dass Kaunas' Regierung sich vollkommen klar darüber gewesen sei, dass diese Freiwilligen nur bei einem sehr kleinen Teil selbst der litauischen Bewohner Memels Unterstützung finden würden". Diese Feststellung wurde, da es sich ihrer Auffassung nach ohne Zweifel um einen Gewaltstreich handelte, von der Botschafterkonferenz auch dem Völkerbundsrat unmissverständlich mitgeteilt. Festzuhalten gilt es jedoch auch, dass sich das litauische Vorgehen nach gewissen Vorabsprachen mit dem Deutschen Reich und vermutlich auch mit der Sowjetunion vor allem gegen weitere polnische Expansionsbestrebungen richtete. Der französische Oberkommissar erklärte am 10. Januar 1923, sich der Verletzung des Memelgebietes aufs Schärfste zu widersetzen und seinen Posten nicht verlassen zu wollen.

> Einknicken der Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923

Im Angesicht der geschaffenen Tatsachen veröffentlichte der Oberkommissar Petisné im Namen der Alliierten Mächte am 16. Januar 1923 folgenden Aufruf: „Bewohner des Memelgebiets! Im Namen der Alliierten Mächte erhebe ich noch einmal den feierlichsten Protest gegen den blutigen Handschlag, der gegen das Memelgebiet verübt worden ist. Ich erkläre ausdrücklich, dass die Alliierten Mächte auch weiter beabsichtigen, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben."

Vom Deutschen Reich, das zeitgleich durch den Ruhrkampf vollauf in Anspruch genommen war, erfolgte keine Reaktion. Lediglich die Garnison in Tilsit war während der ersten Tage des Einmarsches alarmiert worden. Der Anfrage des abgesetzten Landespräsidenten Wilhelm Steppputat und anderer beim Oberpräsidenten in Königsberg, ob Deutschland einen mit Freiwilligen durchgeführten Gegenangriff in das Memelgebiet unterstützen oder dulden würde, begegnete man mit Ablehnung. Die Neutralität wurde sogar so streng beachtet, dass man Beamten der Memelländischen Landespolizei, die in Tilsit Munition kaufen wollten, dieses Verlangen abschlug. Das deutsche Stillhalten führte zu lebhafter Entrüstung unter den deutschgesinnten Memelländern, sie fühlten sich im Stich gelassen. Folglich fehlte es nicht an Vorwürfen gegenüber dem Auswärtigen Amt, es betreibe „offen oder hintenherum" den Anschluss des Memellandes an Litauen, zumal die diplomatische Vertretung in Kaunas zur Gesandtschaft erhoben wurde.

Trotz Bedenken und Protest gegen den Gewaltstreich gaben die Siegerstaaten in Monatsfrist bereits nach und übertrugen in der Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 Litauen die Souveränität über das Memelgebiet mit der Maßgabe, dem Gebiet eine Autonomie (Selbstverwaltung) zu verleihen, Polen die freie Durchfuhr und Mitbenutzung des Memeler Hafens zu gewähren, die Besatzungskosten zu erstatten, ein Statut für das Memelgebiet auszuarbeiten sowie eine entsprechende Konvention mit den Alliierten abzuschließen.

Bereits drei Tage später verließen Petisné, die zwischenzeitlich angereiste Kommission der Botschafterkonferenz sowie die französischen Truppen Memel. Der Versuch des französischen Ministerialdirektors Laroche, den Beschluss der Botschafterkonferenz vom 16. Februar lediglich als Angebot hinzustellen, blieb angesichts der zwischenzeitlich eingetretenen Realität bedeutungslos.

Die Alliierten schritten gegen den bewaffneten Überfall und die gewaltsam herbeigeführte Abänderung des Versailler Vertrages nicht ein, sie verzichteten auf ihre Autorität und erkannten letztlich die vollendeten Tatsachen an.

Hans-Jörg Froese

Wanderer zwischen den Parteien

Der marktliberale Bundesminister Victor-Emanuel Preusker gehörte nacheinander NSDAP, FDP, FVP, DP, CDU und FDP an

Der dritte Wohnungsbauminister der Bundesrepublik nach Eberhard Wildermuth und Fritz Neumeyer war ein Mann der Wirtschaft. Der vor 100 Jahren, am 25. Februar 1913, in Berlin geborene Victor-Emanuel Preusker machte nach dem Abitur am Herder-Realgymnasium in Berlin-Charlottenburg eine Banklehre bei der Darmstädter und Nationalbank. Der Apfel fiel nicht weit vom Stamm. Der Vater war nach seinem Militärdienst, wo er es bis zum Feldwebel der Gardegrenadiere gebracht hatte, Reichsbankbeamter geworden. Dem Sohn reichten Lehre und Berufsschule jedoch nicht aus. Er nahm ein Studium der Volks-, Betriebs und Staatswissenschaften auf und schloss es 1937 mit dem Diplomkaufmann ab. 1940 promovierte er über „Industriefinanzierung durch Marktkapital". Da war er jedoch bereits für die Dresdner Bank in Wien tätig.

1940 wurde der Feldwebelsohn zum Wehrdienst eingezogen und machte bei der Luftwaffe eine für einen Wehrdienstleistenden beachtenswerte Karriere. Das zeitweilige SS-, SA- und NSDAP-Mitglied brachte es bis zum Fliegerleitoffzier in der Me-262-Staffel von Major Walter Nowotny.

Wie viele Deutsche wurde Preusker durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und die Niederlage des eigenen Landes beruflich zumindest kurzfristig stark zurückgeworfen. Zunächst arbeitete Preusker bei einem Bauern in Thüringen, wechselte dann aber in das US-amerikanisch besetzte Hessen, wo er mit seinem Bruder einen kleinen holzverarbeitenden Betrieb für Spielzeug und Präzisionslehrmittel betrieb. Schließlich fand er in seinen alten Beruf zurück, wurde 1949 Berater des hessischen Bankhauses Hardy & Co.

> Die Suche nach einer politischen Heimat gestaltete sich für den Liberalen schwierig

Politisch landete der Marktwirtschaftler bei der FDP, zu deren Mitbegründern er gehört. Dabei unterschied er sich vom linken Flügel des Liberalismus dadurch, dass er nicht mit der SPD liebäugelte, sondern ein entschiedener Befürworter einer Bürgerblockpolitik war. 1947 bis 1949 war er Generalsekretär der hessischen FDP. Nach der Gründung der Bundesrepublik wechselte er 1949 in den Bundestag.

Als Bundeskanzler Konrad Adenauer 1953 sein zweites Kabinett bildete, wurde Preusker Bundeswohnungsbauminister. In diesem Amt gelang es ihm, sein ohnehin ehrgeiziges Programm von 500 000 neuen Wohnungen pro Jahr überzuerfüllen. Dabei stieß er allerdings auf den Widerstand von Christdemokraten, die in Häuslebauern ihre Wählerklientel sahen und in einer Zeit, da viele Bundesbürger froh waren, wenn sie überhaupt ein Dach über dem Kopf hatten, den Familieneigenheimbau stärker gefördert sehen wollten. Preusker hingegen setzte eher auf die Förderung des Wohnungsbaus und wurde nach seiner Ministerzeit denn auch 1958 Präsident des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundeigentümer, was er bis 1971 blieb.

Als 1956 die FDP in Nordrhein-Westfalen mit der SPD eine Koalition einging und auf Bundesebene mitten in der Legislaturperiode die Regierungskoalition mit der Union aufkündigte und in die Opposition ging, blieb der dezidierte Befürworter einer Bürgerblockpolitik mit den anderen Mitgliedern des sogenannten Ministerflügels in Adenauers Kabinett und trat aus der FDP aus. Die Abweichler gründeten eine neue Partei mit dem Namen Freie Volkspartei (FVP). Ihr erster Vorsitzender wurde Preusker. Noch vor der nächsten Bundestagswahl fusionierte die FVP am 20. Januar 1953 mit der Deutschen Partei (DP), deren nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender der bisherige FVP-Bundesvorsitzende nun wurde.

Nach der Bürgerschaftswahl vom 15. September 1957 zog die DP mit 17 Abgeordneten in den Bundestag ein, darunter Preusker. Sie stellte in Adenauers drittem Kabinett sogar einen Minister allerdings nicht Preusker, sondern Hans-Christoph Seebohm. Preusker erhielt 1958 das eher repräsentative Amt eines Bundestagsvizepräsidenten, das er bis 1960 bekleidete.

In eben jenem Jahr 1960 wechselte Preusker zur CDU aus Protest gegen den Zusammenschluss der DP mit dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP).


Bild: Archiv

Victor-Emanuel Preusker

1970 schließlich trat Preusker wieder in die FDP ein, womit er seine Rundreise durch den bürgerlichen Teil der bundesdeutschen Parteienlandschaft beendet hatte.

Aus der großen Parteipolitik hatte Preusker sich da schon lange verabschiedet. Bereits 1961 war der Banker aus dem Bundestag ausgeschieden, um sich wieder verstärkt seinem erlernten Beruf zuzuwenden. Noch als Bundestagsvizepräsident war er 1958 geschäftsführender Gesellschafter von Hardy & Co. geworden, dem er ab 1949 als Berater zur Seite gestanden hatte. 1963 gründete er mit anderen das Bonner Bankhaus Preusker und Thelen, dessen Mitinhaber er bis 1970 blieb.

Einen Schatten wirft auf Preuskers Renommee, dass er sich nach dem Abschluss seiner politischen Laufbahn zur Mitarbeit in dem Skandalunternehmen Investors Overseas Services (IOS) gewinnen ließ. Von 1968 bis zur weltweites Aufsehen erregenden Insolvenz des Offshore-Finanzkonzerns, der mit Aktienfonds, Immobilien und Versicherungen handelte, Anfang der 70er Jahre zeichnete Preusker als Geschäftsführer für den deutschen IOS-Fonds „Investor Fonds" verantwortlich. Danach wurde es ruhiger um den gebürtigen Berliner. Am 13. Mai 1991 starb Victor-Emanuel Preusker in Bonn. *Manuel Ruoff*

Letzte Chance

Zu: „Londons Signal an die Völker“ (Nr. 5)

Hans Heckel ist zuzustimmen, dass das Signal von Englands Premier David Cameron den Europäern die Chance einräumt, den „alternativlosen“ Weg in die Schulden- und Transferunion zu sperren. Es geht nicht um „mehr Europa“, sondern um ein stärkeres und besseres Europa. Die „guten“ Europäer – wie Westerwelle und der französische Außenminister Fabius – haben reflexartig auf die Cameron-Initiative reagiert. Das ist keine Überraschung. Die Anhänger von „mehr Europa“ befürchten, dass Cameron den Geist aus der Flasche gelassen hat, der ihren Traum von der Banken- und Fiskalunion zerstören kann.

Merkel und Schäuble wollen bis zum 22. September jede Diskussion über die Misere in Europa verhindern. Ihnen geht es um den puren Machterhalt. Ein teurer und folgenschwerer Wahlkampf für das deutsche Volk. Teurer als der amerikanische Wahlkampf zwischen Obama und Romney.

Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte hat die Vorlage von Cameron aufgenommen und seinen Abgeordneten geschrieben, dass er bei neuen Verhandlungen die Möglichkeit eines Austritts seines Landes sicherstellen will. Hoffentlich folgen andere Politiker diesem Beispiel. Es wird die letzte Chance sein, ein starkes, wettbewerbsfähiges „Europa der Vaterländer“ zu schaffen auf der Grundlage von Solidität, Subsidiarität, Solidarität mit automatischen Sanktionen und großer Eigenverantwortung. Die derzeitige Spaltung Europas in die Eurozone, die EU minus die Eurozone und die europäischen Staaten wie Schweiz und Norwegen, die nicht in der EU sind, verhindert die Rolle, die ein geschlossenes Europa auf der Weltbühne spielen könnte. **Dieter Farwick, Sigmaringen-Laiz**

Bei dem Sprachunsinn ist frau baff

Zu: „Tugendterror: 20 Jahre Politische Korrektheit“ (Nr. 3)

Früher habe ich gelernt, nur Diktaturen, besonders die faschistischen, benutzen und verändern die Sprache für ihre Zwecke. Wenig thematisiert ist die geschlechtsspezifische „Gender“-Sprache, die uns weismachen soll, zwischen Mann und Frau gibt es keine Unterschiede und wenn, dann sind sie anerzogen. Ich dachte, das Mittelalter sei vorbei. Der Schwachsinn kommt heute in einem anderen Gewand daher. Leider gibt es kaum Widerstand gegen diese Verdummung.

Eine üble Sitte ist auch die Umbenennung von Straßennamen. Die Geschichte aus der heutigen Zeitgeistbrille zu betrachten, führt zu falschen Einschätzungen der Geschichte. Diese ändert man nicht dadurch, dass man bekannte Straßennamen umändert.

Ein neues Betätigungsfeld ist auch das Durchforsten von Kinderbüchern und Märchen im Hinblick auf politisch korrekte Betrachtungsweise. Man könnte das als Lächerlichkeit abtun, wenn es nicht so viele Handlanger gäbe, die diesen Schwachsinn in die Öffentlichkeit tragen und dafür sorgen, dass sich dieser Unsinn verfestigt. Leider gibt es keine nennenswerten Kräfte, die gegen diese Bevormundung und Verdummung angehen – die *PAZ* einmal ausgenommen. **Hans Trenner, Hamburg**

Droht uns Libyens Schicksal?

Zu: „Alles noch da?“ (Nr. 3)

O weh, den Gold-Lagerort Frankreich will man aufgeben! Da wollte seinerzeit ein Herr Gaddafi aus Libyen den französischen Banken sein Geld entziehen, aber das ist dem besagten Herrn übel bekommen. Das durften die Franzosen nicht zulassen, denn dann wäre die Grande Nation pleite gegangen. Flugs inszenierten sie deshalb eine Rebellion gegen besagten Herrn. Der Despot, der zuvor von der Uno ob seiner Menschenfreundlichkeit gewürdigt werden sollte, war über Nacht auf einmal ein Verbrecher geworden. Nachdem man ihn beseitigt hatte, war der Grande Nation die Pleite erspart geblieben.

Wenn jetzt die Bundesbank unser Gold von dort wegholt, was passiert dann? Dem Portrait von Kanzlerin Merkel hatte man vor einiger Zeit schon mal probehalber ein kleines Bärtchen angeklebt. Wird sie dann als heimliche Nazigröße entlarvt? Dann hätte man wieder einen Grund über Deutschland herzufallen. Die bösen Deutschen wollen den Franzosen einfach das Gold wegnehmen! Das muss man mit allen Mitteln verhindern.

Da unsere Bundeswehr irgendwo im Ausland herumschwirrt, kann man in aller Ruhe wieder über Deutschland herfallen. Klug geplant, oder? **Gerhard Stefan Paschedag, Gütersloh**

Böse Realität

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Schon öfter fragte ich mich, wo das Land meiner Kindheit geblieben ist. Das Land, in dem Kinder unbeschwert durch alle Stadtteile laufen konnten, die Menschen alle ähnlich und freundlich waren, Bus und Bahn ohne Angst vor Diebstählen oder Schlimmerem benutzt werden konnten, die Klassenkameraden alle eine Sprache und denselben kulturellen Hintergrund hatten, wo auf dem Schulhof höchstens mal gerauft, aber nie brutal geschlagen wurde, man seinem Nachbarn auch mal sein Missfallen ausdrücken durfte, ohne gleich des Rassismus bezichtigt zu werden.

Mein Sohn dagegen musste schon im Kindergarten die ersten Erfahrungen mit gewalttätigen kleinen Mohammeds machen, er lernte, sich in Bus und Bahn unauffällig zu verhalten, er vermied gewisse Stadtteile, sah Dreck, Unrat und Sperrmüll auf den Straßen, sah verhüllte Frauen, bärtige Männer in Nachthemden. Gerne hätte ich ihn im verschwundenen Land meiner Kindheit aufwachsen lassen. Ich hoffe, dass er dieses neue fremde Land rechtzeitig verlässt. **Maria-Anna Konietzko, Bad Homburg**



Bundespräsident Gauck beim Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps: Deutschland brauche die Zuwanderung, sagte er. Was er aber nicht sagte: Wofür sie denn eigentlich gut sei

Geistig verwirrt

Zu „Nur Mittel zum Zweck“ (Nr. 3)

Der Beitrag über die Tarifverhandlungen ist sachlich richtig. Ich persönlich rechne aber so: Wenn ich meinen Angestellten (Handwerksbetrieb Metall) fünf Prozent mehr Gehalt zahle, dann werden daraus infolge Lohnnebenkosten etwa sieben Prozent. Das würde selbst bei sinkendem Wettbewerbsdruck schlecht gehen. Dieser Druck steigt jedoch seit Jahren, welches tendenziell sinkende Preise zur Folge hat.

Wir Handwerker exportieren nichts, wir können auch keine Arbeit ins Ausland auslagern. Billigere Arbeitskräfte importieren geht auch nicht. Ein US-Großspekulant hat unlängst unserem Ökonomen Hans Werner Sinn „geistige Verwirrung“ im Zusammenhang mit dessen Kritik am grenzenlosen Rettungsschirm unterstellt. Wenn das so ist, unterstelle ich den Herrn Bofinger und Schäuble sowie „verdi“ ebenfalls geistige Verwirrung. **Jürgen Kunz, Buchen**

Nicht ausruhen

Zu: „Das Malmö-Desaster“ (Nr. 5)

Die zu beobachtenden Entwicklungen in den verschiedenen Staaten Europas waren zu erwarten – und das ist erst der Anfang.

Widerstand gegen diese Zukunftsentwicklung sei Rechtsextremismus, so wird uns jedenfalls Tag für Tag eingetrichtert. Niemand wird später sagen können, „das habe ich nicht gewusst“. Und so bekommen wir alle nur das, was wir verdienen, für unsere Bequemlichkeit, unsere Feigheit und für unsere grenzenlos scheinende Gleichgültigkeit. Übrigens, ist das nicht nur zu diesem Thema passend. **Reinhard Bertelsmann, Velbert**

Ein stromlinienförmiger Bundespräsident

Zu: „Enttäuschung“ (Nr. 5)

Wie lange müssen wir diesen Bundespräsidenten noch ertragen? Anlässlich seines Besuches in einem Flüchtlingslager für Afrikaner belehrte uns Joachim Gauck unlängst über die Fernsehkameras, Deutschland brauche die Zuwanderung. Da muss man die ernste und besorgte Frage stellen, welche Identitätsvorstellung der Bundespräsident vom deutschen Volk hat. Ein Ausrutscher kann seine Bemerkung nicht gewesen sein. Denn in seiner Weihnachtsansprache nahm Gauck diese Begebenheit auf und bekräftigte seine Aussage ausdrücklich.

Anscheinend ist Gauck vom Präsidialbüro bereits stromlinienförmig in die „political correctness“ eingepasst worden. Gauck ahnt sicher auch, was ihm in unserer Medienlandschaft blühen würde, wenn er sich nicht politisch korrekt verhalten würde. Welche Identität uns zugedacht ist, hat nämlich der Sozialphilosoph Professor Günter Rohrmoser eindrücklich dargestellt mit der Feststellung, die Deutschen müssen universal, pazifistisch, internationalistisch, nur an Gedanken der Menschenrechte orientiert sein und allen anderen ihre Rechte zubilligen. Aber wenn sie die Rechte, die sie allen anderen zubilligen, für sich selber beanspruchen, dann werden sie als „Nazi“ oder als Rechtsaußen aus dem Verkehr gezogen. **Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf**

Gauck der Kleine

Zu: „Enttäuschung“ (Nr. 5)

Traurig, aber wahr: Bundespräsident Gauck ist eine Enttäuschung! Nun ist es wie bei „des Kaisers neue Kleidern“ ausgesprochen. Wie geschichtsvergessen muss er sein, dass ihm nicht einmal eine der Jubiläumsausstellungen für Friedrich den Großen ein Wort wert war.

Bei www.bundespraesident.de findet man unter seinen über 50 Reden aber solche zur Eröffnung der Ausstellung „Russen und Deutsche“, zur „documenta 13“ und zu Friede Springer. Allein Friedrichs Beitrag zur Entwicklung des Rechtsbewusstseins und der Freiheit des Denkens („Geht man auf den Ursprung der bürgerlichen Gesellschaft zurück, so ist es augenscheinlich, dass der Herrscher kein Recht über die Denkungsart der Bürger hat“) hätte viel Stoff für eine faire Würdigung durch den Mann geboten, dem Freiheit vorgeblich Herzensanliegen ist. **Manfred Backerra, Hamburg**

Die Zahl sagt alles

Zu: „Streit um Benesch-Dekrete“ (Nr. 4)

Es ist erfreulich, dass die Vertreibung der Deutschen in der Tschechischen Republik erneut thematisiert wird. Allerdings fehlt in dem Bericht der wichtige Hinweis, dass bei der Vertreibung aus dem Sudetenland und der Tschechoslowakei (nach dem US-Historiker Alfred de Zayas) zirka 267 000 Deutsche ums Leben gekommen oder vermisst sind. Nur mit dieser Angabe wird uns allen das Ausmaß dieses Verbrechens deutlich. **Werner Blietz, Goch**

Blick zurück, um zukünftige Ziele nicht aus dem Auge zu verlieren

Zu: „Gleichheit ist Vielfalt“ (Nr. 5)

Dass die „politische Korrektheit“ in unserem Land und innerhalb der deutschen Nation sowie deren Gesellschaft für Veränderungen gesorgt hat, ist unbestritten. Was als korrekt oder nicht korrekt als Zielsetzung definiert wird und wurde, ist in der Politik sowieso eine Sache für sich. „Was interessiert mich das Geschwätz von gestern“, dieser Ausspruch liegt den meisten noch im Ohr.

Vor einigen Jahrzehnten wurde nach dem Krieg das Wirtschaftswunder geschaffen, die deutsche Bevölkerung hatte eine gemeinsame Sehnsucht und die Zielsetzungen: nie wieder Krieg, Wohlstand und eine Nation, die ihre Zukunft gemeinsam und selbst gestalten wollte. Zu dieser Zeit waren die Wirtschaft und die Demokratie berechenbarer als heute, da unter anderem der Fokus auf die Stärkung der deutschen Nation ausgerichtet wurde. Der Aufbau wurde im Interesse für die Deutschen vorangetrieben. Die Einheit Deutschlands und eine gesamtdeutsche Verfassung waren Forderungen auch der Millionen Toten und Vertriebenen, deren Stimmen heute nicht mehr zählen.

Der Zeitfaktor als politische Waffe war gegenwärtig aber nicht so ausgeprägt wie heute und auf allen Ebenen. Mindestlöhne und Zeitarbeitsfirmen als schmerzhaft spürbar kriminelle und doch legale Strukturen waren noch nicht erfunden. Diese brutale soziale Zerstörung der arbeitenden Bevölkerung durch solche Einrichtungen wären zu dieser Zeit abgelehnt und massiv bekämpft worden. Die Arbeit und deren Entlohnung wurden gerechter verteilt als heute. Die Menschen waren dadurch zufriedener. Es gab genug Arbeit für alle.

Ein sozialer Niedergang der deutschen Bevölkerung durch falsche Politik und skrupellose Wirtschaftsinteressen war bis dahin undenkbar. Christ zu sein im eigenen Land war keine Schande und wurde durch regelmäßige Kirchgänge und die damit verbundenen nachbarschaftlichen Beziehungen als Gemeinschaft empfunden. Das soziale „Wir-Gefühl“ hatte einen höheren Stellenwert. Die Beichte, für die Katholiken ein natürlicher Bestandteil ihres Glaubens, war eine Selbstverständlichkeit. Die Menschen waren zufriedener und hatten genügend zeitlichen Spielraum für Familie, Politik, Religion und Vereinsleben. Der Deutsche suchte in selbstverständlicher Form das persönliche Gespräch und flüchtete nicht wie heute in das mediale Netz, das es zu dieser Zeit noch nicht gab.

Der Staat hatte zu diesem Zeitpunkt das lukrative Geschäft mit den Vereinen und Bräuchen der Deutschen als Einnahmequelle noch nicht erkannt. Vereine konnten so mit wenig Aufwand das Brauchtum aufrecht erhalten.

Kirchenglocken wurden in der Nacht nicht abgestellt, weil sich in jener Zeit niemand darüber aufregte. Zuwanderungen von Ausländern wurden nur in geringem Umfang von allen Parteien als notwendiges Instrument für die wachsende Wirtschaft toleriert. Eine Zerschlagung der deutschen Gesellschaftsstrukturen war so gut wie ausgeschlossen. Die Deutschen konnten sich im eigenen Land mit ihrer Position als Leitkultur sicher sein.

Es gab keine Partei, die wie heute mit dem Namen einer Farbe ausgerüstet so konsequent die „deutsche Nation“ in die Bedeutungslosigkeit manövrieren wollte. „Burn-out“ war ein unbekannter Begriff. Es wurden keine Milliarden notwendig, um dieses Erschöpfungssyndrom zu behandeln. Energie war für den einfachen Bürger bezahlbar und keiner musste seinen Stromverbrauch auf „Zählerstillstand“ bringen. Die Kraftwerke mussten deshalb nicht ihren überschüssigen Strom zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt bringen, um ihre Gemeinkosten zu decken. Risikolasten der Stromkonzerne wurden nicht auf die Bürger übertragen.

Ein Kanzleranwärter, der wie ein Hampelmännchen nach stärkerer Entlohnung gebrüllt hätte, wäre unter der Würde des Bundestages gewesen. Es wäre ihm nahegelegt worden, über seine Zukunft in der Politik nachzudenken.

Politische Korrektheit und der Zeitgeist sind untrennbar miteinander verbunden. Umso wichtiger ist die Frage, wie weit sich die Gesellschaft von ihrer Zukunft verabschieden will. Direkte Demokratie und Volksabstimmungen als Lösung der Politikverdrossenheit sind wichtige Pfeiler einer zukünftigen deutschen Nation. Wenn fast 60 Prozent der Wahlberechtigten in Niedersachsen zur Wahl gegangen sind und davon etwa 31 Prozentpunkte dem linken Flügel zur Macht verholfen haben, ist dies ein klares Zeichen von Verdrossenheit der Bürger.

Eine Politik, die das Volk zahlenmäßig in einem höheren Maße nicht hinter sich hat, ist scheinbar nicht mehr demokratisch. Die Verpflichtung, dem deutschen Volk zu dienen, entwickelt sich zur Bedeutungslosigkeit. Es scheint in der Zukunft denkbar, dass diese drei Worte am Reichstag durch andere Worte ersetzt werden. **Udo Heinz Barendt, Alsdorf**

Sklaven Europas

Zu: „Aufstand der Armen Europas droht“ (Nr. 3)

Die Politik fährt den Karren planmäßig gegen die Wand, diese Krise in Europa ist gewollt und wird weiter durchgepeitscht. Die Drahtzieher hinter den Kulissen stopfen sich die Taschen voll, und dazu bekommen sie harte Ressourcen für lau. Leider werden sie damit nicht von selbst aufhören. Die Menschen werden sich wehren müssen oder aber zu Sklaven werden. **Karla Hayes, Bischofsheim**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 7 – 16. Februar 2013

Zensus-Ergebnis erneut korrigiert

Bei der letzten Volkszählung in der Republik Polen aus dem Jahre 2011 beziehungsweise bei deren Auswertung ist es zu Unregelmäßigkeiten gekommen. Ergebnisse müssen revidiert werden. So scheint es um die deutsche Volksgruppe in der Republik besser zu stehen, als ursprünglich verlautet wurde. So heißt es nun, dass es in der Republik 22 Gemeinden gibt, in denen der deutsche Bevölkerungsanteil über einem Fünftel liegt. 19 dieser Gemeinden liegen in der Woiwodschaft Oppeln, drei in der Woiwodschaft Schlesien. Nach dem jetzigen Stand der Auszählung leben 148 000 Deutsche in der Republik. Vergangenen März hatte das für den Zensus verantwortliche Statistische Amt von nur 109 000 Deutschen gesprochen. Diese Zahl war im Juli auf 126 000 korrigiert worden. Diese Zahlen warfen die Frage auf, warum die Zahl der Deutschen seit dem Zensus von 2002 derart signifikant zurückgegangen ist. Diese Frage scheint sich nun zu erübrigen, da der aktuelle Wert mit 148 000 in etwa dem damaligen von 150 000 entspricht.

Allerdings zweifelt der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) auch die Richtigkeit dieser korrigierten Zahl an: „Die Information, dass es eigentlich nicht weniger Deutsche in Polen gibt als vor zehn Jahren, wundert mich nicht. Ich reise und besuche die Deutschen in ganz Polen, nicht nur in Oberschlesien, und wenn ich sehe wie aktiv sie sind, dann muss ich sagen, dass ich immer davon überzeugt war. Diese Zahl gibt aber immer noch nicht die tatsächliche Größe der deutschen Minderheit wieder. Ich meine nach wie vor, dass man annehmen sollte, dass es ungefähr 300 000 Deutsche in Polen gibt.“ *M.R.*

Ostpreußens flüssiges Gold

Mit Thermalwasser und neuer Kurbadinfrastruktur versuchen die Polen, Touristen anzuziehen

Im gesamten südlichen Ostpreußen sind diverse Thermalquellen festgestellt worden. Gleich mehrere Orte der Region versuchen, diesen Bodenschatz touristisch zu erschließen.

Außer dem größten Wintersportzentrum im südlichen Ostpreußen hat Goldap als einzige Stadt in der Region ein staatlich anerkanntes Kurort-Prädikat. Wegen der hier vorhandenen Mineralwässer, Natrium-, Calcium- und Magnesium-Chlorid-Wässer sowie Natrium-Hydrogencarbonat-Wässer, wurde eine Trinkhalle gebaut. Die offizielle Eröffnung ist für den Mai dieses Jahres geplant. Die Attraktion dieser Sommersaison soll jedoch das Gradierwerk bilden, das spätestens bis September fertig sein soll. Die Anlage zur Salzgewinnung besteht aus einem Holzgerüst, das mit Reisigbündeln (vorwiegend Schwarzdorn) verfüllt ist. Durch die herabrieselnde Sole wird die Luft in der Nähe des Gradierwerks mit Salz angereichert. Dies wirkt ähnlich wie Seeluft. Durch das Einatmen salzhaltiger Luft werden die Atemwege befeuchtet und die Wandungen der Atemorgane positiv beeinflusst. Die feinen Salzkristalle reinigen die Atemwege von Bakterien. Viele

Gradierwerk und Thermalbad geplant

Ärzte empfehlen aus diesen Gründen einen längeren Aufenthalt am Meer oder in Kurorten mit den Gradierwerken.

Nicht nur Goldaps Boden ist reich an natürlichen Heilmitteln.



Ihre offizielle Eröffnung ist für den Mai geplant: Trinkhalle in Goldap — Bild: Gladkowska

Im gesamten südlichen Ostpreußen sind diverse Thermalquellen entdeckt worden. Eine befindet sich in der Nähe von Frauenburg. Deren Wasser kann für therapeutische Zwecke genutzt werden, da es reich an Mineralien ist. Die Gemeinde sucht nach Investoren, die eine Kurortinfrastruktur aufbauen, und strebt gerade die staatliche Anerkennung als Kurbad an.

Seine Thermalquellen hat sich auch Heilsberg zunutze gemacht. Es baut zurzeit ein Thermalbad. Zu dem Komplex sollen Innen- und Außenschwimmbecken mit unterschiedlichen Wassertemperaturen, Solebäder, Saunalandschaften mit mehreren Saunen und Dampfbädern, Massageangebote sowie Wellnessbereiche gehören. Auf dem 59 547,74 Quadratmeter großen Baugrundstück sind auch ein Seil- und Klettergarten, Ferienhäuser, ein Konferenzzentrum, Geschäfte und Restaurants geplant.

Natürliche Thermalquellen werden schon seit Jahrtausenden für Bade- und Heilzwecke genutzt. Seit dem 5. Jahrhundert v. Chr. sind antike Badeeinrichtungen zur Nutzung von Thermalquellen nachweisbar. Im Altertum entwickelte sich unter den Römern eine regelrechte Badekultur in den großen Badeanlagen, den sogenannten Thermen von lateinisch thermae.

Als Thermalwasser bezeichnet man heute die Grundwässer mit einer Austritttemperatur von über 20 Grad Celsius, die zahlreiche gelöste Salze, oft auch Kohlensäure enthalten. Solche Wässer bewirken eine Verbesserung der Venenfunktion, eine Muskelentspannung, eine Gelenkentlastung, eine Ödemreduktion, eine Suppression von Stresshormonen, eine Durchblutungszunahme, eine Gewebeentwässerung sowie eine Aktivierung des Stoffwechsels und der Niere.

Das Heilsberger Thermalbad soll im Sommer 2014 eröffnet werden und die Touristik in der Region in Schwung bringen.

Edyta Gładkowska

Deutschunterricht im Europaparlament

AGMO-Delegation diskutierte in Straßburg mit EU-Abgeordneten über das Menschenrecht auf Muttersprache in der Republik Polen

Auf Einladung des ungarischen Sozialdemokraten Csaba Sándor Tabajdi und François Alfonsis von der Partei der korsischen Nation (PNC) ist eine Delegation der AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen in Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen zu Gast im Europaparlament in Straßburg gewesen. Dort hatten der AGMO-Vorsitzende, Tobias Norbert Körfer, und sein Stellvertreter, Tilman Fischer, die Möglichkeit, vor Fachpolitikern unterschiedlicher Fraktionen einen Vortrag über die Sprach- und Identitätskrise der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen und das Menschenrecht auf Muttersprache zu halten. Anschließend wurde mit den anwesenden Parlamentariern über Lösungsmöglichkeiten wie die von der AGMO seit jeher geforderte flächendeckende Einrichtung deutscher Vor- und Grundschulen in den Siedlungsgebieten der deutschen Volksgruppe diskutiert. Den Rahmen hierzu bot die monatliche Sitzung der Interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, Nationale Gemeinschaften und Sprachen, der auch der Europaabgeordnete und Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe Bernd Posselt angehört. Von den jeweils zehn Europaabgeordneten aus der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen, die Mitglieder dieser Gruppe sind, hat keiner an dem Treffen teilgenommen.

Einleitend erörterte der AGMO-Vorsitzende die Genese der heutigen muttersprachlichen Situation der Deutschen in der Republik Polen. Er kritisierte dabei die strukturelle Benachteiligung der Deutschen in der Republik Polen, die aus dem vollständigen Fehlen deutscher Vor- und Grundschulen herrühre. Vor dem Hintergrund der sprachsoziologischen Entwicklungen versuchte er anschließend, die Bedeutung herauszuarbeiten, die eine konsequente Umsetzung der rechtlich-theoretisch vorhandenen Möglichkeiten muttersprachlicher Bildung hat. Anschließend schlug Fischer die Brücke zwischen den Mängeln des Bildungsangebotes für Angehörige der deutschen Volksgruppe und deren Stellung als sozialer Gruppe innerhalb der Gesellschaft der Republik Polen. In diesem Zusammenhang wiederholte er, nochmals die Kritik seiner Organisation am jüngst erschienenen dritten Bericht der Republik Polen zur Anwendung des „Rahmenübereinkommens zum Schutz nationaler Minderheiten“.



Gastgeber und Gast: François Alfonsi (links) leitete die Sitzung, auf der Tobias Norbert Körfer (rechts) referierte — Bild: Körfer

Dem Vortrag schloss sich eine rege Diskussion an, in deren Verlauf besonders litauische, ungarische und rumänische Europaabgeordnete großes Interesse an der Lage der Deutschen in der Republik Polen zeigten. Alfonsi, der die Sitzung leitete, dankte für die Darlegung der Sprach- und Identitätsfrage der Deutschen in der Republik Polen und sah vor allem psychologische Momente auf beiden Seiten, sowohl bei der polnischen Mehrheitsgesellschaft als auch bei der deutschen Volksgruppe, als ursächlich für die aktuelle Lage an. Der Südtiroler Abgeordnete Dorfmann betonte, dass ohne eigene Vor- und Grundschulen mit Unterricht in der Muttersprache keine Volksgruppe die Möglichkeit zu einem gesicherten Fortbestand hätte. Auf viel Verständnis und Empathie stießen die Gäste von der AGMO auch bei ungarischen Abgeordneten, die viel über die Lage ihrer Landsleute in der Slowakei und in Rumänien zu berichten wussten. Dabei zeigten sich frappierende Ähnlichkeiten der muttersprachlichen Lage der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen mit jener der ungarischen Volksgruppe in Rumänien und der Slowakischen Republik. Einer der ungarischen Parlamentarier lud die AGMO-Vertreter sogar ein, sich selber in Rumänien ein Bild von der Lage seiner dort lebenden Landsleute zu machen.

Jenseits der offiziellen Sitzung ergab sich die Möglichkeit persönlicher Gespräche zwischen den Gastgebern und ihren Gästen. Als ein Ergebnis des Besuchs in Straßburg nehmen die AGMO-Vertreter den Eindruck mit nach Hause, dass die europäische Politik nicht nur die Republik Polen und die Bundesregierung als Hauptansprechpartner der deutschen Volksgruppe in der Pflicht sieht, sich kreativ und konstruktiv einzubringen, sondern auch ein engagiertes Eintreten der offiziellen Volksgruppenvertreter für ihre Interessen und Rechte erwartet wird. *EB*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

während ich diese Zeilen schreibe, steht mein Geburtstag vor der Türe – wenn Sie diese Zeilen lesen, ist er vorbei, und ich bin 97 Jahre alt, stehe also im 98. Lebensjahr, und kann das immer noch nicht so recht begreifen. Wenn man einmal die Jüngste im Kreis der schreibenden Zunft war und nun die Älteste ist, ja, das ist schon ein großer Bogen, der ein wechselvolles Leben überspannt, das von der Kaiserzeit bis zum Atom(abschalt)zeitalter reicht. Und dass ich so vieles, was ich in allen Phasen dieser mit Ereignissen randvoll bestückten Lebensbahn noch in Erinnerung habe, weitergebe, ist für mich als Schriftstellerin und Journalistin nicht nur Verpflichtung, sondern auch ein dankbar empfundenes Geschenk, das mir hilft, so manches altersbedingte „Maladchen“ zu überspielen. Das hat die Hamburger Autorin **Uta Buhr** so einfühlend in ihrem Beitrag zu meinem Geburtstag zum Ausdruck gebracht, denn auch als weitaus jüngere Kollegin weiß sie ja um die Probleme der schreibenden Zunft. Ich möchte ihr sehr herzlich für diese geschriebene Laudio danken, ebenso der Redaktion der *PAZ*, dass sie ihr dafür den Platz eingeräumt hat. Zuvor hatte Uta Buhr, die unseren Lesern vor allem durch ihre informativen Reisereportagen bekannt ist, schon einen sehr ausführlichen Bericht über mich als „älteste noch schreibende Journalistin der Welt“ ins Internet gestellt. Ich habe es lange nicht wahrhaben wollen, und es erscheint mir noch immer kaum glaubhaft. Und gänzlich unerwartet kam dann noch die Gratulation auf der Glückwunschseite, die **Ditmar Hinz** im Namen der „Ostpreußischen Familie“ ausspricht, und über die ich sehr, sehr glücklich bin. Also, Kinderkes, dat is meist e bätke toveel! Was für Formulierungen sind Ihnen da eingefallen, lieber Ditmar Hinz! Gerne nehme ich die Bezeichnung „Gesicht unserer Heimat“ an, und denke an den von mir kürzlich erwähnten Königsberger Dichter **Walter Scheffler**, der in einem seiner schönsten Gedicht schrieb: „Ich trag' meiner Heimat Gesicht.“ Und ein wenig gegrifflacht habe ich über den Ausdruck „Galionsfigur unseres Flaggschiffes“. Das hätte mein Mann erleben sollen, der aus einer alten Seefahrerfamilie stammte! Übrigens kam der erste Glückwunsch ganz passend über das große Meer: Geschrieben von unserer treuen Leserin **Frieda Lukner** aus Orlando, Florida, die ihre Segenswünsche unter diesen Spruch setzte: „This is your day, so what ever you do, this day will be full oft great things ... like you!“

Aber es läuft ja eben nicht immer nach Wunsch. Es gibt auch – sagen wir behutsam: „Missgeschicke“. Sie passieren in unserer Familie selten, aber sie geschehen. In diesem Fall ausgerechnet mit einer Königsbergerin, die schon einmal monieren musste. Es geht wieder um ihr Geburtshaus an der Straßenkreuzung Stägemannstraße/Boyenstraße in Königsberg. Frau **Brigitte Krüger** und ihr Bruder **Manfred W.** Krüger hatten auf die Skulptur hingewiesen, die auch bekannte Persönlichkeiten – Schauspieler, Theologen, Politiker, Sportler und der amerikanische Züchter der leckeren „Boysenbeere“ – gehören, sondern mit dem preußischen Kriegsminister und Generalfeldmarschall Leopold Ludwig Hermann von Boyen (*1771 in Kreuzburg, †1848 in Berlin). Und nun kommt das, was ich in diesem Falle Missgeschick nenne: Ich hatte, da ich wegen des Zeitdrucks bis in die Nacht hinein am PC saß, erst am nächsten Morgen den Fehler erkannt und an dem noch auf dem Monitor stehenden Manuskript eine Änderung vorgenommen. Aber da war bereits die erste Fassung überspielt, die Korrektur kam zu spät, eine Korrektur war nicht mehr möglich. Trotzdem möchte ich mich für diesen Fehler bei den Geschwi-



Bild: privat

Eingangsbereich des Krankenhaus der Barmherzigkeit heute

noch heute an der Fassade des Hauses Stägemannstraße 44A zu sehen ist. Herr Krüger hatte mir schon vor längerer Zeit ein Foto zugesandt, das ich nun mit der betreffenden Erklärung in Folge 51/52, der letzten *PAZ*-Ausgabe von 2012, brachte. Ich hatte es extra für die Weihnachtsausgabe, die „Schokoladennummer“, reserviert. Da nun diese als Doppelausgabe konzipiert und dazu die Folge 1/13 in Vorbereitung war, kam es bei dieser bei dem Straßennamen zu einem Fehler: Die Boyenstraße erschien im Text als Boysenstraße. Nun kann man diesen Königsberger Straßennamen beim besten Willen nicht mit dem Familiennamen „Boysen“ in Verbindung bringen, wenn zu dieser stern Krüger entschuldigen, auch bei anderen ehemaligen Bewohnern der Boyenstraße, die seit 1911 den Namen dieses großen Ostpreußen trug.

Kommen wir zu erfreulicheren Dingen. Und dazu gehört – um noch einmal und abschließend das Thema zu behandeln – die von Frau **Ursula Karge** zusammengestellte Präsentation ostpreußischer Konfirmationsurkunden. Ich war überrascht, als ich ein Paket erhielt, in dem ein Exemplar dieser Sammlung enthalten war, die sich als ein erstaunliches Ergebnis der durch unsere Ostpreußische Familie erfolgten Suchaktion erwies. „Ohne Sie hätten wir einen leeren Ordner auf die Reise schicken müssen“, schreibt Ursula Karge, die selber, als wir gemeinsam diese Aktion starteten, nicht an einen Erfolg geglaubt hatte. Aber ich schon, denn ich kannte ja unsere Ostpreußische Familie. Zwar hielt sich auch mein Optimismus in Grenzen, denn wir Vertriebenen haben ja – wenn überhaupt – nur das Nötigste retten können, und das waren ja nicht gerade die Konfirmationsurkunden der Eltern oder Großeltern. Und was ist gekommen? Ein mit viel Liebe gestalteter Ordner mit fast 60 Kopien von Originalurkunden aus Ostpreußen, Pommern und Schlesien. „Ermöglicht durch Veröffentlichungen im *Ostpreußenblatt* von Frau Ruth Geede“ ist auf der Einführungsseite zu lesen. Dann folgen Ausschnitte aus verschiedenen Veröffentlichungen auf unserer Familienseite, die über den Verlauf der am 8. September 2012 in Folge 36 gestarteten Suchaktion unterrichten, die Frau Karge bereits zum Jahresende mit dem nun vorliegenden unerwarteten Ergebnis abschließen konnte. Es ist interessant, wie sich die Zeitläufe in diesen kirchlichen Dokumenten widerspiegeln. Die älteste Urkunde, ein „Denkspruch am Confirmationstage“ stammt aus dem Jahre 1835 aus Czarnikau in Hinterpommern, zugesichert für **Wilhelmine Mittelstaedt** von ihrem „Lehrer und Seelsorger“, dem Prediger **Grützmacher**: „Die Gerechten werden ewiglich leben, und der Herr ist ihr Lohn, und der Höchste sorget für sie.“ Das schmucklose Blatt wurde rot besiegelt! Die älteste ostpreußische Konfirmationsurkunde stammt aus dem Jahr 1867 und ist etwas rätselhaft, wie sich auch aus dem beiliegenden Schriftwechsel der Einsenderin mit Ursula Karge ergibt. Als Wohnort des Konfirmanden **Klaus Federau** ist „Gudmin“ eingezeichnet und so hat Frau Karge ihn auch in der Beschilderung angegeben. Nun gab es aber keinen Ort dieses Namens in Ostpreußen. Anhand des Kirchensiegels von Langlau, Kreis Rastenburg auf der Urkunde müsste es sich um „Gudnick“ handeln, das in diesem Kirchspiel lag. „Vielleicht hat sich da ein Schreibfehlerteufel eingeschlichen“, vermutet die Übersenderin, und damit dürfte sie Recht haben. Der Spukte also auch in alten Kirchenbüros (und nicht nur heute auf meinem PC). Überhaupt sind die Begleitschreiben zu den Dokumenten sehr interessant, und man kann ersehen, wie dieses Thema die Betreffenden berührt hat. So wurden Abbildungen der Gotteshäuser beigefügt, sofern sie nicht die oft künstlerisch gestalteten Urkunden schmückten, oder Familien- und Ortsgeschichten beigelegt. Mit dieser Sammlung wird ein kleiner, aber feiner Beitrag zur ostdeutschen Kirchengeschichte geleistet, und deshalb verbleibt er auch nicht in privater Hand. Ich bin nur „Zwischenstation“ für diese Dokumentation, denn ich soll sie im Auftrag von Ursula Karge dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg übergeben, eine zweite ist für das Ostpreußische Kulturzentrum Ellingen bestimmt. Zwar habe ich gesagt, dass dies nun eine abschließende Besprechung sei, aber die Sammlung ist so faszinierend, dass ich noch einmal auf sie zurückgreifen möchte: Mit einem Abbild zur Konfirmationszeit!

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Was wäre unsere Ostpreußische Familie ohne Suchwunsch? Auch in unserer heutigen Folge darf er nicht fehlen, und er kommt diesmal aus Lilienthal/Worpswede bei Bremen. Gestellt wird er von einer Ostpreußin, die schon sehr lange Leserin unserer Zeitung ist und so klar ihren Wunsch zu formulieren vermag, dass ich ihn im Wortlaut bringen kann. Frau **Barbara Palfner** geborene **Lindenblatt** schreibt: „Im letzten Jahr verstarb mein Mann, **Hans-Martin Palfner**, früher Gut Kauschen, Kreis Tilsit. Meine Eltern hatten in Battau, Kreis Samland eine Landwirtschaft. Erst 1948 kam meine Mutter **Elsa Lindenblatt** mit meinem Bruder **Frank** und mir aus Ostpreußen nach Münster zu meinem Vater, der nach nur zweimonatigem Zusammensein im Juni 1948 verstarb.“ Frau Palfner hat jetzt sehr viel Zeit zum Nachdenken, deshalb gehen ihre Gedanken oft in die Vergangenheit zurück, vor allem in die glücklichen Tage ihrer Kindheit auf dem elterlichen Hof im Samland. Im Kriegssommer 1940, noch vor ihrer Einschulung, wurde Barbara von ihren Eltern in das Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg gebracht. Dort operierte sie ihr Onkel Dr. **Gerd** oder **Gerhard Lilienthal** am Bein. Es muss eine schwierige Operation gewesen sein, denn nach vier Wochen wurde sie in einem oberen Stock des Gebäudes gelegene Privatwohnung verlegt, und auch als sie später nach Battau zurück durfte, war die Wunde noch nicht verheilt. Um diesen Dr. Gerd Lilienthal geht es nun bei dem Suchwunsch von Frau Palfner, in den auch seine Eltern eingebunden sind: „Diese Eltern waren Onkel **Fritz**, ein Lehrer, und **Lise Lilienthal**, eine Schwester meiner Großmutter Clara Lindenblatt. Sie wohnten in der Mozartstraße in Königsberg, waren sehr oft in Battau und gingen im Januar 1945 mit uns auf die Flucht. Mit dem Schiff nach Gotenhafen, von dort ging es nicht weiter. Wir machten uns wieder auf den beschwerlichen Weg nach Hause, kamen auch nach Battau, das mitten im Kampfgebiet lag. Onkel Fritz und Tante Lise waren noch immer bei uns. Beim Russeneinmarsch wurden gleich an einem der ersten Tage meine Tante **Hilla**, Schwester meiner Mutter, unter Fluchen und Gröhlen der Russen verschleppt, dann auch Onkel Fritz und Tante Lise, die oft hinfielen und weiter fortgerissen wurden. Wir haben nie wieder etwas von ihnen gehört. Auch von meinem Onkel Gerd/Gerhard Lilienthal fehlt jede Spur. Blieb er im Krankenhaus, wurde er noch als Militärarzt eingesetzt oder ist er in Königsberg verhungert, verstorben? Was wurde aus seiner Frau **Doris** und ihrem Sohn, der genau so hieß wie mein Bruder – **Frank** – und mit dem 1938 Geborenen etwa gleichaltrig war. Mir ist nicht bekannt, ob Doris Lilienthal und Frank dem Inferno entkommen sind. Meine Frage ist nun, ob über die Ostpreußische Familie etwas über den Verbleib dieser Familie zu erfahren ist. Ich wäre so glücklich, wenn ich wenigstens einen kleinen Erfolg haben könnte.“ Das ist also der Suchwunsch von Frau Palfner, leider sehr spät gestellt, aber immerhin noch teilweise erfüllbar. Wir haben jedenfalls mit dieser Veröffentlichung einen ersten Schritt dazu getan. (Barbara Palfner, Worphauser Landstraße 75 in 28865 Lilienthal.)

Eure

Ruth Geede

Die Kroffeln durften nicht kalt werden

Eine heitere Schulgeschichte aus dem alten Sandau

Die Faschingszeit ist kalendermäßig vorbei, sehr früh in diesem Jahr. Und deshalb kam auch diese kleine Fastnachtsgeschichte von Frau **Elisabeth Erna Wallrath** aus Alfeld etwas zu spät in meine Hände. Sie ist aber eine so nette Erinnerung an deren Schulzeit in dem kleinen Dorf Oschnaggern, das damals gerade in Sandau umgetauft worden war, dass wir sie ruhig als heiteren Nachtrag bringen, zumal sie auf altem, heimatlichen Brauchtum beruht, das vielen Leserinnen und Lesern noch vertraut ist. Den Anstoß zum Aufschreiben gab Frau Wallrath, geborene **Brenneisen**, meine Erzählung „Der Fastnachtsstorch“, die vor vier Jahren in der *PAZ* erschien. Auch in ihren Erinnerungen spielt dabei ein nach Ostpreußen versetzter neuer Lehrer eine Rolle. Lassen wir Frau Wallrath erzählen:

„Der neue Lehrer an unserer einklassigen Volksschule in Sandau kam aus Schlesien. Er war noch Junggeselle, als er nach den Sommerferien 1938 seine erste Lehrerstelle bei uns antrat. Da unser elterlicher Hof schräg gegenüber der Schule gelegen war, lag es wohl nahe, dass er zeitweise bei uns beköstigt wurde. Meine erste Erinnerung an ihn ist, dass er neben mir auf der Ofenbank sitzt. Vor uns auf dem Tisch liegt mein Rechenheft, und er erklärt mir, wie das schriftliche Teilen geht. Mein Vater sitzt auf dem Schneidertisch am Fenster und beobachtet uns etwas amüsiert. Sein Respekt vor dem noch jungen ‚Herrn Lehrer‘ hielt sich in Grenzen, zumal er auch noch klein und schmächtig war. Der Winter 1938/39 war für unsere Familie der erste in dem dicht an der litauischen Grenze gelegenen Sandau, Kreis Ebenrode. Für meine Schwester und mich verlief der Schulweg von unserem Hof nur quer über die Straße, so dass ich kaum eine Erinnerung an Kälte und Schnee habe. Jedoch erinnere ich mich sehr gut an den Fastnachtsdienstag im Februar 1939. Wie immer will ich ganz kurz vor Beginn des Unterrichts mit meiner Schwester hinüber zur Schule. Da werden wir von einem Trupp älterer Schüler fast umgerannt: ‚Schnell, wir brauchen euren Schuppen!‘ Durch die aufgerissene Schuppentür fliegen Tornister – und die unsrigen gleich hinterher. ‚Was ist los?‘ Wir verstehen nur das Wort ‚Fastnacht‘. In der Klasse steht Gertrud, die Älteste, an der Tafel und schreibt mit ihrer schönen Handschrift und viel bunter Kreide die Verse: ‚Fastnacht! Fastnacht – nur einmal im Jahr! Herr Lehrer, erlauben Sie uns, Schlitten zu fahren. Die Raben sind gekommen und haben uns die Bücher weggenommen. Fastnacht feiern Katz' und Maus, drum fällt bei uns die Schule aus. Herr Lehrer, bitte bald, bald, sonst werden uns die Kroffel kalt.‘ Ich staune, so etwas hatte es in meiner früheren Schule in Nikkelsfelde nicht gegeben. Still sitzen alle Schüler auf den Bänken, als der Lehrer die Klasse betritt. Er liest erst einmal, was auf der Tafel steht, dreht sich um, die Schüler stehen auf. ‚Fastnacht! Fastnacht!‘ so schallt es ihm entgegen. Etwas ratlos steht der junge Lehrer vor dem Tumult. Das gibt es doch nicht: Fastnacht an Ostpreußens äußerster Grenze! ‚Kein Unterricht! Kinder, das geht doch nicht!‘ ‚Doch, Herr Lehrer, das war schon immer so bei uns!‘ ‚Bei jedem Lehrer!‘ ‚Wir haben doch keine Bücher mehr!‘ ‚Die Raben haben sie uns weggenommen!‘ So schallt es ohne den üblichen Respekt dem Lehrer entgegen. Er schaut in die ersten Reihen: Tatsächlich, keine Tornister, keine Tafeln mit Schwämmchen und Läppchen bei den Kleinen. Ja, geht denn so etwas? Muss er jetzt seine Autorität retten? ‚Kinder, dann machen wir eben Sport heute und gehen zusammen Rodeln!‘ Ehe der Lärmpegel erneut anschwellen kann, ertönt die tiefe Stimme des ältesten Schülers: ‚Das geht nicht, Herr Lehrer, wir kriegen heute wirklich frei. Das ist bei uns so an Fastnacht!‘ Und Gertrud ergänzt schnell: ‚Das ist Tradition, Sie können meine Eltern heute Mittag fragen.‘ Der Lehrer war gerade Kostgast in ihrer Familie. Da gibt er sich endlich geschlagen: ‚Ja, wenn du das sagst, Gertrud, dann muss ich es wohl glauben. Aber morgen ist dann wieder Unterricht wie immer!‘ Jubelnd stoben wir alle aus dem Schulraum.“

Kroffeln Bild: privat

Wahrscheinlich hat der Lehrer in Gertruds Elternhaus dann auch die „Kroffeln“ bekommen – das Fettgebäck, das mit den Salzburger Einwanderern nach Ostpreußen gekommen war. Frau Wallrath backt sie wohl noch heute, wie das Foto vermuten lässt – so wie manche unserer älteren Leserinnen sicherlich auch. Man kennt sie als süßes Gebäck, aber diese Krapfen – im Salzburgischen isst man sie noch heute zu Sauerkohl – werden aus einem ziemlich festen gesalzenen Hefeteig hergestellt. Ist er aufgegangen, werden daraus Häufchen abgestochen, die nach erneutem Aufgehen zu etwa zwölf bis 15 Zentimeter großen Kränzen geformt werden, die mit einer sehr dünnen Teigschicht verbunden sind. Diese entsteht, wenn in die Mitte der Teigkugel mit dem Daumen eine Vertiefung eingedrückt wird. In Schweineschmalz gebakken sind sie lange haltbar, wie sich Elisabeth Erna Wallrath erinnert: „Als wir im Oktober 1944 auf die Flucht gingen, hatte Mutter eine große Milchkanne voll Kroffeln gebacken, die uns lange als Weißbrot oder Kuchenersatz dienten.“ *R.G.*

Wir gratulieren ...



ZUM 104. GEBURTSTAG

Dahms, Fritz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

ZUM 101. GEBURTSTAG

Salecker, Marie, geb. Hardt, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Transki, Friedrich, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar

Tolkmitt, Benno, aus Eisenberg, am 21. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bulka, Martha, geb. **Gusek**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 19. Februar

Lieder, Luise, geb. **Wolter**, aus Lyck, Lycker Garten 57, am 18. Februar

Rettkowski, Käthe, geb. **Paykowski**, aus Großheidenau, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar

Voesch, Emma Martha, geb. **Gorski**, aus Lyck, am 23. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kuhr, Gerhard, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Trawny, Wilhelm, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hoppe, Hildegard, geb. **Bilicki**, aus Ortelsburg, am 23. Februar

Kohnert, Rudolf, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gawrisch, Emma, geb. **Platzek**, aus Wachau, Kreis Sensburg, am 12. Februar

Gogoll, Anna, geb. **Helten**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 21. Februar

Klomfaß, Gertrude, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 23. Februar

Nendel, Charlotte, geb. **Chojetzki**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 19. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Dembek, Marie, geb. **Kukla**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 23. Februar

Heiss, Gerda, geb. **Stars**, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Knieper, Eva, geb. **Schrader**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Sieg, Helmut, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Sturies, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 21. Februar

Trott, Gustav, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Götzie, Erich, aus Elchwinkel, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Herrmann; Karl, aus Wabbeln, Kreis Ebenrode und Bittkau, Kreis Treuburg, am 22. Februar

Jührden, Margarete **zu**, geb. **Schneidereit**, aus Klöwen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Kargoll, Irene, geb. **Plotzitzka**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, am 22. Februar

Karkowski, Erna, geb. **Hempelmann**, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Februar

Kindermann, Gertrud, geb. **Schwarzenberger**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 24. Februar

Ströhl, Gerhard, aus Wehlau, am 21. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bamberg, Herta, geb. **Rothgänger**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Becker, Anna, geb. **Simon**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

Blomeyer, Hedwig, geb. **Pfarrherr**, aus Peyse, Kreis Samland, am 22. Februar

Gaedtke, Gertrud, geb. **Kossak**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

Holländer, Alfred, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Malinowski, Gertrud, geb. **Stanko**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 21. Februar

Meier, Herta, geb. **Wunderlich**, aus Demmen, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Neumann, Gretel, geb. **Göttel**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Neumeister, Margarete, geb. **Lemke**, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 21. Februar

Niedzwetzki, Max, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. Februar

Nowotny, Elfriede, geb. **Plügge**, aus Goythenen, Kreis Samland, am 20. Februar

Pallasch, Irene, geb. **Rafalzick**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 21. Februar

Schilling, Hugo, aus Ahlgarten, Kreis Elchniederung, am 19. Februar

Trotte, Heinz, aus Ebenrode, am 21. Februar

Viertel, Adelheid, geb. **Bieber**, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 21. Februar

Wanzke, Ursula, geb. **Braun**, aus Tapiau, Labiauer Chaussee, Kreis Wehlau, am 24. Februar

Wlost, Alfred, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 20. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dömke, Eva, geb. **Schmidtke**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 18. Februar

Grajewski, Franz, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 21. Februar

Kemper, Erna, geb. **Endom**, aus Wehlau, Memeler Straße 43, am 23. Februar

Kruwinnus, Traute, geb. **Kummetz**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 18. Februar

Lorenzen, Ilse, geb. **Dennig**, aus Hanffen, Kreis Lötzen, am 23. Februar

Papke. Martel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Rohmann, Alfred, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 21. Februar

Sattler, Gertrud, geb. **Slaby**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 19. Februar

Schiffmann, Ursula, geb. **Kaiser**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Februar

Schulze, Elisabeth, geb. **Gerlach**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Februar

Schulzki, Ursula, geb. **Stritzel**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 23. Februar

Seidenberg, Heinz, aus Schirrau, Groß Schirrau, Kreis Wehlau, am 22. Februar

Symanski, Botho, aus Treuburg, am 21. Februar

Voss, Herta, geb. **Steffan**, aus Pohlau, Kreis Ebenrode, am 23. Februar

Wischnewski, Alfred, aus Keipern, Kreis Lyck, am 18. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bartkus, Heinz, aus Schlichtingen, Kreis Elchniederung, am 20. Februar

Braukmann, Hilde, geb. **Kuchenbecker**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, am 19. Februar

Brockmann, Gertrud, geb. **Küchmeister**, aus Breitenfelde, Kreis Neidenburg, am 18. Februar

Ciesla, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 24. Februar

Dittko, Harry, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 23. Februar

Domaß, Otto, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 21. Februar

Fierke, Erich, aus Rauschen, Kreis Samaland, am 19. Februar

Janert, Frau, aus Liewenberg/Heilsberg, am 20. Februar

Kampofski, Irmgard, geb. **Sahm**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Kipnich, Frieda, geb. **Lukas**, aus Schwalg, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Lekat, Horst, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 22. Februar

Lissewski, Ingrid, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Lübbe, Helga, geb. **Baumeister**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 19. Februar

Mekelburg, Irmgard, geb. **Prange**, aus Weißenburg, Kreis Stuhm, am 18. Februar

Mucha, Kurt, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 23. Februar

Müller, Irene, geb. **Hungerecker**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Podschuweit, Konrad, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 20. Februar

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Rappold, Waltraud, geb. **Boeck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. Februar

Rudnik, Monika, geb. **Nebel**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Salomon, Hanna, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 21. Februar

Schlossmann, Erna, geb. **Dommasch**, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 24. Februar

Schneider, Waltraud, geb. **Leidreiter**, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 23. Februar

Schönteich, Heinz, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 19. Februar

Schott, Irene, geb. **Schmidt**, aus Wehlau, am 18. Februar

Schüttke, Eva-Maria, geb. **Mazanek**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 21. Februar

Schützek, Albert, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar

Schulz, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 23. Februar

Symanski, Botho, aus Münchenfelde, Kreis Lötzen, am 21. Februar

Tuttass, Gerhard, aus Ortelsburg, am 23. Februar

Uhlmann, Rolf, aus Prostken, Kreis Lyck, am 20. Februar

Wendt, Emmi, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar

Wiechel, Erna, geb. **Jakowski**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 21. Februar

Zerbe, Ruth, geb. **Kamradt**, aus Friedrichsdorf, Steinwalde Gut, Kreis Wehlau, am 20. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Birth, Günter, aus Radau, Kreis Heiligenbeil, am 21. Februar

Böhm, Ursula, geb. **Bischoff**, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 20. Februar

Bollnow, Irmgard, geb. **Maschlinski**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 20. Februar

Borriß, Eitel, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 19. Februar

Brodowsky, Horst, aus Treuburg, am 24. Februar

Claer, Joachim, aus Neidenburg, am 18. Februar

Dio, Helga, geb. **Gnasa**, aus Klein Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 20. Februar

Dusny, Erich, aus Nußdorf, Kreis Treuburg, am 20. Februar

Fenchel, Hildegard, geb. **Festerling**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. Februar

Grzegorzewski, Kurt, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 22. Februar

Glagau, Klaus, Georgenswalde, Kreis Samland, am 22. Februar

Jacob, Helga, geb. **Schleicher**, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 24. Februar

Jäkel, Margarete, geb. **Drews**, aus Gladiau/Abbau, Kreis Heiligenbeil, am 18. Februar

Josten, Erika, geb. **Domsalla**, aus Finsterdamerau, Kreis Ortelsburg, am 24. Februar

Jung, Wolfgang, aus Plibischken, Kreis Wehlau, am 19. Februar

Kanlis, Ursula, geb. **Kaukas**, aus

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16



TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.

16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).

15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.

19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.

5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.

17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.

15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.

27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.

11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.

14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.

25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.

1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.

4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. Februar, 13.30 Uhr, NDR: Hamburg damals. Die Jahre 1955 bis 1959.

SONNABEND, 16. Februar, 18 Uhr, 3sat: Griechenland – Was nun?

SONNTAG, 17. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

SONNTAG, 17. Februar, 12.25 Uhr, Arte: Grand' Art. Michelangelo.

SONNTAG, 17. Februar, 14.45 Uhr, 3sat: Der Darß. Küste der Kraniche.

SONNTAG, 17. Februar, 16.30 Uhr, Deutschlandfunk: Forschung aktuell. Störungswahn. Psychiater streiten um die Zukunft ihres Fachs.

SONNTAG, 17. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Gandhi. GB/Ind. 1982.

MONTAG, 18. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 70 Jahren: Joseph Goebbels ruft im Berliner Sportpalast zum „totalen Krieg" auf.

MONTAG, 18. Februar, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Zeitfragen. Gute Banken – schlechte Banken. Verbraucherschutz nach der Lehman-Pleite.

MONTAG, 18. Februar, 20.15 Uhr, ARD: Die fantastische Reise der Vögel.

MONTAG, 18. Februar, 21 Uhr, 3sat: Wie gut ist Billig-Bio?

MONTAG, 18. Februar, 22 Uhr, WDR: Unsere Stadt soll Outlet werden.

DIENSTAG, 19. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. vor 100 Jahren: Suffragetten sprengen das Landhaus des britischen Schatzkanzlers in die Luft.

DIENSTAG, 19. Februar, 15.15 Uhr, Phoenix: Ostprodukte im Westregal.

DIENSTAG, 19. Februar, 20.45 Uhr, MDR: Von der Ruine zur Residenz – das Dresdner Stadtschloss.

DIENSTAG, 19. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Start ins Leben. Neun Monate zwischen Hoffnung und Hightech.

DIENSTAG, 19. Februar, 22.10 Uhr, Arte: Des Kaisers schmutzige Wäsche. Wilhelm II. – Frieden oder Krieg?

DIENSTAG, 19. Februar, 22.15 Uhr N24: Deutsche Panzertechnik.

MITTWOCH, 20. Februar, 21.45 Uhr, HR: Wärmedämmung – Der Wahnsinn geht weiter.

MITTWOCH, 20. Februar, 22 Uhr, ARD: Nacht über Deutschland. Hitler – Die ersten 100 Tage.

MITTWOCH, 20. Februar, 23 Uhr, BR: Sophie Scholl – Die letzten Tage.

MITTWOCH, 20. Februar, 23.15 Uhr, ZDF: Kranke Kassen. Gesundheitspolitik.

DONNERSTAG, 21. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Papst Julius II. gestorben.

DONNERSTAG, 21. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Gammel ade. Lebensmittel ohne Verfallsdatum?

DONNERSTAG, 21. Februar, 21 Uhr, MDR: Hauptsache gesund. Medikamente – Hilfreich oder gefährlich?

DONNERSTAG, 21. Februar, 22.30 Uhr, SWR: Legenden. Gert Fröbe.

DONNERSTAG, 21. Februar, 22.35 Uhr, Arte: Personalisierte Medizin. Gentests für alle?

FREITAG, 22. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 70 Jahren: Die Mitglieder der Weißen Rose werden hingerichtet.

FREITAG, 22. Februar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Postkarten von Hermann. Die Geschichte eines deutschen Denkmals.

FREITAG, 22. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Neues vom Biotier. Nicht alle Tiere, deren Fleisch ökologisch erzeugt wird, werden auch artgerecht gehalten.

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Klein, Hildegard, geb. **Falk**, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 22. Februar
Kock, Ruth, geb. **Kirschstein**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Krielke, Gisela, geb. Krause, aus Tilsit, am 21. Februar
Krüger, Irmgard, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 18. Februar
Leuschke, Hildegard, geb. **Feuerherdt-Klein**, aus Weidengrund, Kreis Gumbinnen, am 18. Februar
Mack, Heinz, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 19. Februar
Menkenhage, Herbert, aus Pillau, Kreis Samland, am 21. Februar
Monecke, Paul, aus Lyck, am 23. Februar
Nitsch, Irmgard, geb. **Schramm**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 20. Februar
Oelmann, Sabine, geb. **Schulz-Kalau**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 20. Februar
Pleyn, Hildegard, geb. **Podzus**, aus Königsberg, am 14. Februar
Prawda, Alfred, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Puchalski, Horst, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Sattler, Horst, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 20. Februar
Szameitat, Horst, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 21. Februar
Ungermann, Erhard, aus Neplekken, Kreis Samland, am 22. Februar
Woyciniuk, Günther, aus Sieden, Kreis Lyck, am 21. Februar
Zellermayer, Waltraud, geb. **Banuscher**, aus Lötzen, am 21. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Eberharter, Ingrid, geb. **Lottermoser**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 19. Februar
Grube, Wolfgang, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 18. Februar
Grust, Gertraud, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Herfurth, Brigitte, geb. **Koslowski**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, am 21. Februar
Kamsties, Klaus, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 18. Februar
Karbach, Sigrid, geb. **Vetter**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 18. Februar
Katzmarzik, Manfred, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar
Laue, Inge, geb. **Kowitz**, aus Gordeiken-Gut, Kreis Treuburg, am 20. Februar
Lender, Gisela, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 21. Februar
Nau, Heinz, aus Neidenburg, am 20. Februar
Payk, Werner, Mingfen, Kreis Ortelsburg, am 19. Februar
Petter, Ulrich, aus Seerappen, Kreis Samland, am 20. Februar
Quäck, Brigitte, geb. **Dawert**, aus Eichen, Gubehnen, Kreis Wehlau, am 24. Februar
Ragnitz, Dieter, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 22. Februar
Schmidt, Waltraud, geb. **Graap**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Februar
Sokoll, Klaus, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 24. Februar
Warich, Gertrud, geb. **Sembowski**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 18. Februar



Weber, Eberhard, aus Königsberg, Mark Grafenstraße 7 und Ehefrau Edith, geb. **Barkemeyer**, am 20. Februar

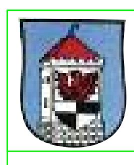
Dittchenbühne:

Sonntag, 17. Februar, 16 Uhr: Bauern, Bonzen & Bomben. Nach Hans Fallada. Eintritt 25 Euro.

Forum Baltikum-Dittchenbühne e.V., 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 889710.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Neuauflage von DVDs – Nachdem nun die Restbestände der zweiten Auflage vergriffen sind, haben wir eine dritte Auflage unserer drei Neidenburger DVDs fertigen lassen. Auf der ersten DVD sind alle „Neidenburger Heimatbriefe ab dem Jahr 1947–2012“ erfasst. Die zweite DVD beinhaltet die beiden Bücher „Der Kreis Neidenburg/Ostpreußen“ und „Die Landgemeinden des Kreises Neidenburg“ und auf der dritten DVD sind unsere beiden Bildbände „Der Kreis Neidenburg / Ostpreußen im Bild, Band 1“ sowie „Der Kreis Neidenburg / Ostpreußen im Bild, Band 2“ aufgenommen worden. Wir weisen darauf hin, dass die in den 1980er Jahren erschienenen Kreisbücher und Bildbände seit vielen Jahren vergriffen sind und nur noch auf diese Weise zu erhalten sind. Abgegeben werden die DVDs zum Selbstkostenpreis zu 15 Euro das Stück, alle drei zusammen für 40 Euro inklusive Versandkosten. Bestellungen sind über Telefon und Fax an den Kreisvertreter zu richten. Der Versand erfolgt umgehend.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

9-tägige Gedenkfahrt „Stationen von Flucht und Vertreibung“ 23. bis 31. Mai, Reiseleitung Peter Westphal: 1. Tag: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten entlang der Fahrtroute bis nach Polen, Zwischenübernachtung in Thorn. 2. Tag: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die einzigartige Altstadt von Thorn. Sie sehen das Rathaus mit dem Nikolaus-Kopernikus-Denkmal davor, die Marien- und Johanneskirche und das Kopernikus-Museum. Anschließend bleibt noch etwas Zeit für einen kleinen Bummel durch die schöne alte Hansestadt. Anschließend Weiterfahrt nach Norden entlang der Weichsel. In Marienburg ist Gelegenheit zu einem Fotostopp an der mächtigen gleichnamigen Burganlage, dem einstigen Sitz des Hochmeisters des Ordensstaates. Am Nachmittag erreichen Sie den polnisch-russischen Grenzübergang, wo Sie bereits von Ihrem russischen Reiseleiter erwartet werden, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg und weiter über Kreuzingen bis Tilsit, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Rossija“ beziehen. Das Hotel „Rossija“ liegt sehr zentral und wurde in den letzten Jahren komplett renoviert und mit einer neuen Fassade versehen. Die Zimmer sind modern eingerichtet. Abend-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

In Versen gefangen

Die Nachbarin liebte romantische Verse

Marisa wollte Kuchen backen, damit die große Familie mal wieder vereint um ihren runden Tisch saß, und so stellte sie alle Zutaten für das Backwerk zunächst auf ihre Arbeitsplatte. Beim letzten Teil erschrak sie. Die Hauptsache von allem, die gemahlenen Nüsse, hatte sie vergessen zu kaufen.

Nach kurzem Schrecken schnappte sie sich ihren Beutel, schwang sich auf ihr altes Fahrrad und strampelte in Richtung Einkaufsmeile. Da sie für ihren Mann noch das Mittagessen kochen musste, lief ihr die Zeit davon.

Sie stellte das Rad gegen eine Hauswand und erstarrte. Vor ihr stand ihre betagte Nachbarin Frau Körner und strahlte über das ganze Gesicht.

„Hallo, liebe Marisa!“, erschallte ihre zitterige, aber noch recht kräftige Stimme: „Wie schön, dass ich Sie mal wieder treffe! Wie geht es denn so?“ Marisa wurde rot vor lauter Unwillen. Der Nachbarin entging niemand so leicht! Sie fing auch gleich an zu reden. Dabei hielt sie die junge Frau am Ärmel fest, damit sie ihr auch ja nicht entwischen konnte.

Durch die Rede über ihre Lieblingsbücher kam sie auf die deutschen Dichter zu sprechen. Die junge Frau holte tief Atem. Sie wollte die nette alte Frau nicht mit ihrem Desinteresse beleidigen. „Ein paar Minütchen noch“, dachte sie, „dann muss ich sie stoppen.“

Frau Körner zitierte gerade ein Gedicht von ihrem Lieblingsdichter Rilke, den sie so sehr liebte: „Herr, es ist Zeit, der Sommer war sehr groß ...“ Marisa hörte plötzlich interessiert zu, denn auch sie liebte die herrlichen Gedichte Rilkes, und so ließ sie die alte Frau das Gedicht bis zu Ende aufsagen. „Ihr Gedächtnis ist aber noch recht gut“, staunte sie. Die Augen der alten Dame leuchteten. „Oh ja“, erwiderte sie fröhlich, „ich liebe Gedichte, zum Beispiel auch den romantischen Eichendorff! Hören Sie bloß: ‚Es war, als ob der Himmel die Erde still geküsst, dass sie im Blütenschimmer von ihm nur träumen müsst’.“

> Dank Lyrik für eine Weile der Hektik des Alltags entfliehen

„Herrlich“, meinte Marisa, die längst nicht mehr an ihren wichtigen Einkauf dachte, „auch ich liebe ...“ Frau Körner fiel ihr ins Wort: „Und hören Sie noch eben das unnachahmliche Gedicht von Goethe an: ‚Füllest wieder Busch und Tal mit stillem Nebelglanz, lösest endlich auch einmal meine Seele ganz’.“

Sie zitierte alle Strophen bis zum Schluss. Marisa sah, dass ihr Geist längst in anderen, viel schöneren Regionen weilte. Sie deklamierte und betonte; ihre Stimme sang wie ein glücklicher Vogel im Frühling. Kein Zittern mehr in ihr. „Kennen Sie den wunderbaren Nikolaus Lenau, liebe Marisa?“ ‚Diese Rose pflück’ ich hier in der fremden Ferne ...“, „und eines der Gedichte von Eduard Mörike geht so: ‚im Nebel ruhet noch die Welt, noch träumen Wald und Wiesen ...’.“

Marisa war längst in der Welt der Frau Körner gefangen. Diese hörte plötzlich von selbst auf, Gedichte aufzusagen. Sie nahm beide Hände der jungen Frau und drückte sie heftig.

„Vielen Dank auch, Marisa, Sie haben mir eine große Freude gemacht!“ „Wieso ich?“ Sanft strich Marisa der alten Dame über die faltigen, jetzt roten Wangen. „Sie haben mich doch erfreut! Und darum schließe ich nun mit Nikolaus Lenau: ‚Du schwärmst, es schwärmt der Schöpfung Seele mit’.“ „Aber nun muss ich zu meinem Kuchen zurück. Wenn er fertig ist, lade ich Sie zum Kaffee ein, und dann sprechen wir weiter über Rilke und die Dichter der Romantik. Recht so?“ Die alte Dame nickte. Ihre Augen glänzten.

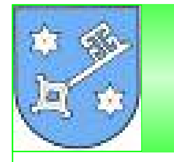
Gabriele Lins

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

essen und Übernachtung in Tilsit. 3. Tag: Rundfahrt durch die Elchniederung, insbesondere in die Gebiete nördlich der Gilge mit Besuch von Sköpen, Kuckerneese, Herdenau, Karkeln, Inse, zum Jagdschloss Pait, weiter über Milchhof, Alt-Dümpelkrug, Rautersdorf, Bretterhof, Rautenburg und über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen zurück nach Tilsit. Übernachtung in Tilsit. 4. Tag: Fahrt in die Elchniederung. In Heinrichswalde besteht die Möglichkeit zur Teilnahme am evangelischen Gottesdienst mit der dortigen Gemeinde. Anschließend Weiterfahrt nach Rauterskirch, dort offizieller Empfang und ein herzliches Treffen mit der örtlichen Bevölkerung sowie Besuch der historischen Kirche an der Gilge. In der auch mit deutschen Mitteln unterstützten Sanitätsstation ist der Tisch zu einem kleinen Imbiss gedeckt. Am Nachmittag Fahrt über Seckenburg und Neukirch nach Heinrichswalde mit Besuch des neu eingerichteten deutsch-russischen Museums zur Heimatgeschichte von Heinrichswalde und dem Kreis Elchniederung. Möglichkeit zum Besuch der Kirche in Heinrichswalde. Rückfahrt nach Tilsit über Groß Friedrichsdorf und Kreuzingen. Nach dem Abendessen für alle Interessierten geführter Stadtrundgang durch Tilsit, die einst östlichste große deutsche Stadt am Memelstrom war. Beim Bummel durch die Hohe Straße und Steinstraße kann man die frühere Schönheit Tilsits erahnen. Übernachtung in Tilsit. 5. Tag: Tag zur freien Verfügung. Unser Taxiservice bietet die Möglichkeit für gezielte Einzelfahrten und Unternehmungen, einschließlich des Gebietes nördlich der Gilge. Für alle, die den Taxitag nicht individuell nutzen möchten, besteht die Möglichkeit zur Teilnahme an einem weiteren geführten Ausflug, die genaue Route für diesen Tag wird vor Ort durch Ihre Reiseleitung nach den mehrheitlichen Interessen der Reiseteilnehmer festgelegt (Mindestteilnehmerzahl für diesen Ausflug: 10 Personen). Übernachtung in Tilsit. 6. Tag: Sie verlassen Ihr Hotel in Tilsit und fahren zunächst über Labiau an der Deimemündung – einem weiteren Punkt der Fluchtstrecke – nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten wie den wiedererrichteten Dom mit dem Kantgrab, das Königstor und andere. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat das Gesicht der Stadt in kurzer Zeit nachhaltig verändert. In der Propstei der evangelischen Kirche ist der Tisch zum Mittagessen für Sie gedeckt. Während eines Treffens mit dem Propst erfahren Sie etwas über die Arbeit der Kirche im Kaliningrader Gebiet. Bei der Zusammenkunft wird auch der vielen tausend Opfer von Soldaten und Zivilbevölkerung während der Verteidigung Königsbergs in den letzten Kriegsmonaten gedacht. Bei der anschließenden Rundfahrt durch das Samland erreichen Sie zuerst Pillau und unternehmen eine Führung durch die Hafenstadt mit Besuch der vom Volksbund Deutscher Kriegs-

gräberfürsorge errichteten Gedenkstätte. Der Hafen von Pillau hatte eine besondere Bedeutung in den ereignisreichen Tagen Anfang 1945, als tausende Ostpreußen ihre Heimat in kürzester Zeit verlassen mussten. Anschließend besuchen Sie in Germau die Kriegsgräbergedenkstätte mit deutschen und russischen Opfern, einer der zentralen Orte des Gedenkens für beide Völker. Auf der Weiterfahrt machen Sie einen Abstecher nach Palmnicken an der Bernsteinküste und besuchen den berühmten Bernsteintagebau. Hier wird aus der sogenannten „Blauen Erde“ ein großer Teil des weltweiten Bernsteinvorkommens gewonnen. Beim Besuch einer Bernsteinmanufaktur können Sie dann den filigranen Bernsteinschmuck bewundern. Am Abend erreichen Sie wieder Königsberg zur heutigen Übernachtung. 7. Tag: Nach dem Frühstück Rückreise vorbei an Königsberg und am Frischen Haff entlang bis nach Heiligenbeil, hier fanden zu Kriegsende starke Kämpfe im „Heiligenbeiler Kessel“ statt, und weiter über die russisch-polnische Grenze. Weiter geht es über Braunsberg bis nach Frauenburg. Unterhalb der imposanten Burganlage des Frauenburger Domes besuchen Sie den von Deutschen und Polen gemeinsam aufgestellten Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff. Auf diesem Weg über das Eis des damals zugefrorenen Haffs zogen lange Flüchtlingstrecks unter größten Opfern vor der im Winter 1945 herannahenden Front nach Westen. Anschließend Schiffsfahrt von Frauenburg über das Frische Haff nach Kahlberg auf der Frischen Nehrung. Von hier geht es weiter über die Frische Nehrung vorbei an Stutthof und weiter durch das Weichseldelta bis nach Danzig. Nach dem Abendessen unternehmen Sie einen geführten Spaziergang durch die sehenswerte Danziger Altstadt. Sie bummeln mit Ihrem Stadtführer am Motlauufer entlang zum Krantor und sehen den Artushof, einst der Treffpunkt der Hanseatischen Kaufleute. Übernachtung in Danzig. 8. Tag: Am Vormittag Schiffsfahrt von Gdingen aus durch die Danziger Bucht bis auf die Halbinsel Hela. Die Halbinsel Hela war bis zum Kriegsende hart umkämpft und bot in den letzten Kriegswochen die einzige Möglichkeit des Abtransports der aus den ostdeutschen Gebieten wie Ostpreußen, der Danziger Bucht und der Weichselniederung geflohenen Zivilisten über See nach Westdeutschland. Auf diesem Wege verließen im Zeitraum von Januar bis Mai 1945 etwa 1,35 Millionen Menschen ihre Heimat. Anschließend per Bus vorbei an Heisternest wieder zum Festland und weiter bis nach Pommern zur Übernachtung in einem Schlosshotel in der Nähe von Köslin. 9. Tag: Rückreise nach Deutschland. Unterwegs Mittagspause auf einem polnische Markt bei Stettin. Anmeldung oder Rückfragen zur Reise bei Peter Westphal, Obere Wiesenbergstraße 26, 38690 Vienenburg, Telefon/Fax (05324) 798228 oder Partner-Reisen Grund-Touristik in Lehrte, Telefon (05132) 58 89 40.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

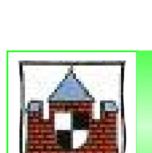
Busreise abgesagt – Für unsere geplante Busreise Ende Mai/Anfang Juni nach Ostpreußen und insbesondere in den Kreis Gerdauen gab es leider nicht genügend Anmeldungen, sodass die Mindestteilnehmerzahl nicht erreicht wurde. Die Fahrt müssen wir deshalb leider in diesem Jahr schweren Herzens absagen und bitten um Ihr Verständnis. Vielleicht gibt es für das nächste Jahr mehr Interesse, sodass eine Reise möglich wird. Unverbindliche Voranmeldungen nimmt Hans Eckart Meyer, Oberstraße 28a, 24977 Langballigholz, Telefon (0 46 36) 84 08, entgegen. Herr Meyer steht auch für weitere Informationen rund um unsere Ostpreußen-Fahrten zur Verfügung. – Hauptkreistreffen – Bitte schon mal vormerken: Unser nächstes Hauptkreistreffen findet am 19./20. Oktober 2013 in unserer Patenstadt Rendsburg statt. Das ungewöhnliche Datum hat einen handfesten Grund: Fast auf den Tag genau vor 60 Jahren übernahmen Stadt und Kreis Rendsburg die Patenschaft für den Kreis und die Stadt Gerdauen. Ein Jubiläum, das wir mit Ihnen und unseren Paten gern gemeinsam im Hotel Pelli-Hof in Rendsburg feiern möchten. Das Programm des Treffens stellt unser Festausschuss derzeit zusammen, es wird Ihnen rechtzeitig bekannt gegeben. Zudem bereiten wir zwei Ausstellungen im Kreishaus und im Rendsburger Rathaus vor, die über unseren Heimatkreis, die Kreisgemeinschaft und die Geschichte der Patenschaft informieren sollen. Wir freuen uns schon jetzt, Sie in Rendsburg wiederzusehen oder kennenlernen zu dürfen.




ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: d.chilla@kreis-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Telefon (0209) 357931, E-Mail: h.napierski@kreis-ortelsburg.de. Internet: www.kreis-ortelsburg.de.

Mythos Masuren – 10-tägige Reise vom 27. Juli bis 5. August – Auch in diesem Jahr fährt die Kreisgemeinschaft Ortelsburg wieder in die Heimat der Vorfahren: ins unvergleichliche Masuren, einem der romantischsten und attraktivsten Reiseziele Mitteleuropas. Während der Bus im vergangenen Jahr die Höhepunkte des alten Ostdeutschlands ansteuerte, nähern wir uns in diesem Jahr Masuren von Süden her: Wir werden Breslau mit seinen zwölf Inseln, die Leopoldina und das bestaunenswerte Panorama Raklawica besichtigen. Es folgt das Weltkulturerbe Krakau, wo wir vor den Toren der Stadt das einzigartige Salzbergwerk Wieliczka besichtigen. Ehemalige Bergleute führen uns durch eine Märchenlandschaft aus schimmernden Kristallgrotten, smaragdgrünen Seen und Kapellen mit in Salz geschnittenen Kunstwerken. Eine Stadtführung unter Einbeziehung des Wawel, des einstigen Königssitzes, sowie ein Abstecher nach Kazimierz, dem historischen jüdischen Stadtteil gehören ebenfalls dazu. Von Krakau geht es nach Warschau, wo wir unter anderem das Schloss und den eindrucksvollen Park Lazienki kennen lernen. Die folgenden Tage werden wir in Ortelsburg verbringen, inmitten der einmaligen Seen- und Waldlandschaft Masurens. Das Hotel Krystina am Kleinen Haussee wird Ausgangspunkt unserer Unternehmungen sein: Stadtführung durch Ortelsburg [Szczytno], Genießen eines Orgelkonzerts in der verwunschen gelegenen Kirche in Passenheim. Anschließend geht es weiter in die malerische Hauptstadt Ermlands und Masurens: Allenstein [Olsztyn]. Unter fachlicher Führung lernen wir das historische und das moderne Allenstein kennen und haben die Möglichkeit zu einem Einkaufsbummel. Bei dem anschließenden Grillabend haben wir Gelegenheit zu Gesprächen und gemütlichem Zusammensein mit Mitgliedern der dortigen deutschen Minderheit und Vertretern örtlicher Einrichtungen. Während der gesamten Fahrt stehen uns zwei Dolmetscher zur Verfügung. Wenn jemand die Dörfer seiner Vorfahren besichtigen möchte, dem vermitteln wir ein Taxi, auf Wunsch auch mit ortskundigem Dolmetscher. Die Rückreise führt über Straßburg nach Thorn, der Geburtsstadt Kopernikus. In Gnesen, der ersten Hauptstadt Polens, wird ein zusätzlicher Zwischenstopp eingelegt. Im ostbrandenburgischen Schwiebus [Swiebodzin] werden wir letztmalig auf polnischem Boden übernachten. Eine besondere Attraktion dieser Fahrt liegt darin, dass Vertreter der Erlebnisgeneration dabei sein werden, die als Augenzeugen authentisch über das alte Ostpreußen berichten können. Alle Interessierten, auch wenn Sie nicht Mitglied der Kreisgemeinschaft sind, dürfen sich willkommen fühlen. Reiseleitung: Dieter Chilla, Preis 810 Euro (einschließlich der Eintrittsgelder), Informationen erteilt Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, E-Mail: derc@gmx.de, Telefon (02552) 3895, Handy (0152) 28983826. Prospekte und Anmeldungen: Johann Nischik, Ewaldstraße 131, 45699 Herten. Telefon (02366) 936916, Handy (0170) 2009806, E-Mail: J.Nischik@t-online.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Königin-Luisen-Schule – Das nächste Schultreffen findet am 10./11. Juni 2013 in Bad Bevensen statt. Beginn 10 Uhr im Hotel Berlin. Anreisetag ist der 9. Juni, wo wir uns bereits zu einem Kaffeestündchen im Salon des Hotels zusammenfinden können. Die Lage des Hotels nah am Kurzentrum bietet viele Möglichkeiten für kleinere Unternehmungen. Der Kurpark und die Jod-Sole-Therme sind einen Besuch wert. Die Anmeldungen im Hotel sind bis zum 1. März 2013 unter dem Stichwort KLS vorzunehmen. EZ ohne Balkon 50 Euro, EZ mit Nordbalkon 53 Euro, DZ mit Nordbalkon 92 Euro, DZ mit Südbalkon 100 Euro. Die Hotelanschrift lautet Hotel Berlin, Alter Wiesenweg 11, 29549 Bad Bevensen. Telefon (05821) 5060. Auf zahlreiche Beteiligung hofft Schulsprecherin Vera Jawtusch.

»Die Gerufenen«

Die Vertreibung der Deutschen aus weiten Teilen Mittel- und Osteuropas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, war nicht nur eine menschliche Tragödie. Zugleich endete damit eine über 800-jährige deutsche Siedlungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte. Das Wissen um diese reichen Traditionen ist heute bei der mittleren und jüngeren Generation sehr gering. In Quizsendungen wird regelmäßig Heidelberg als richtige Antwort auf die Frage nach dem Standort der ältesten deutschen Universität gewertet, obwohl diese Ehre zweifellos Prag gebührt. Und häufig wird die Geschichte der Deutschen im Osten als Resultat eines gewaltsamen Vordringens und des Strebens um eine Erweiterung des Lebensraumes missdeutet. Für die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ war dieses verbreitete Unwissen ein wesentlicher Anlass, eine Ausstellung unter dem Titel „Die Gerufenen. Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ zu konzipieren. Sie ist vom 1. März bis 27. April 2013 im Haus der Heimat in Wiesbaden zu besichtigen. Eröffnung am 1. März, 16 Uhr. *PAZ*

Zentrum gegen Vertreibungen, Landesverband Hessen e.V., Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden, Telefon (0611) 3601928, E-Mail: info@z-g-v.de

Anzeigen



Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
(Joseph von Eichendorff)

Rudolf Ferner

∗ 9. 1. 1923 in Königsberg
† 9. 1. 2013 in Lippstadt/Westf.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Irmgard Ferner, geb. Fischer aus Königsberg
Angelika und Klaus

59557 Lippstadt, Ebereschenstraße 26

Die Trauerfeier war am 18. Januar 2013 auf dem Hauptfriedhof Lippstadt.

Unvergessen

Heinz Kuczinski

† 11. 2. 2012
Bauingenieur
Röbel, Kreis Treuburg
und Altrip, Pfalz

Schwester Elfi Ravn

Essen

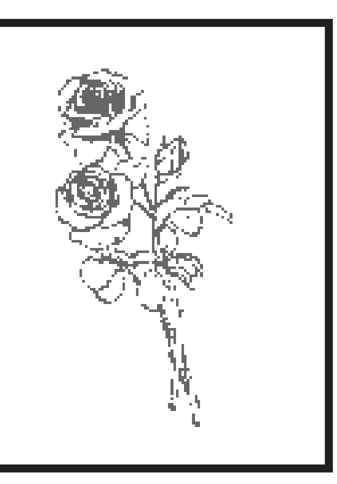
Wenn es keine Worte gibt,
trägt die Stille die Gedanken
und Gebete derer, die dich lieben.
Gandhi

Johanna Lange

† 19. Januar 2013

Danke sagen wir allen, die sich in stiller Trauer mit uns verbunden fühlten und ihre Anteilnahme auf vielfältige Weise zeigten.

Die Familie



Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. „*Zukunft für Ostpreußen*“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Fürst Fugger Privatbank	Bankhaus Lampe
Konto-Nr.: 1 001 834 983	Konto-Nr.: 10 420 484
BLZ: 720 300 14	BLZ: 480 201 51

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftliche Arbeit
Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

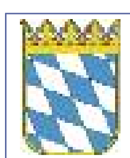
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Esslingen – Donnerstag, 21. Februar, ab 14.30 Uhr, Waldheim, ES-Zollberg: Einladung zur **Jahreshauptversammlung**. Begonnen wird mit dem Kaffeetrinken. Nach der Begrüßung stehen auf der Tagesordnung: Berichte der Mandatsträger, Jahresplan 2013 und Verschiedenes. Gemeinsames Abendessen, ein humorvoller Sketch und Singen werden den Nachmittag harmonisch ausklingen lassen.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. Februar, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: **Jahreshauptversammlung mit Grützwurstessen.** Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe und Schabbern.

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 20. Februar, 14.30 Uhr, Café Wolf: Die Gruppe möchte auch in diesem Jahr die geliebte Heimat wieder hochleben lassen und befasst sich an diesem Nachmittag mit Frieda Jung, der ostpreußischen Dichterin der Stille. Mit ihrem Leben, ihren zu Herzen gehenden Gedichten, Liedern und Gebeten. Sie wurde am 4. Juni 1865 in Kiaulkehmen, Kreis Gumbinnen, geboren.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Februar, 15 Uhr, Orangerie: Zum Ende des Gedenkjahres „Friedrich der Große“ (1712–1786) will die Gruppe einen Film über seine Zeit als Königs von Preußen zeigen. Anschließend gemütliches Beisammensein.

Bamberg – Mittwoch, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Monatszusammenkunft der Gruppe. Thema: „Ostpreußens bedeutende Frauen, Teil 2“.

Hof – Sonnabend, 16. Februar 14 Uhr, Restaurant Altdeutsche Bierstube, Am Kuhbogen: **Traditionelles Grützwurstessen nach ostpreußischem Rezept (Achtung um eine Woche verlegt!).** Gäste sind herzlich willkommen.

Landshut – Dienstag, 19. Februar, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe. Spaß mit Kinder- und Jugendfotos vieler Mitglieder, zusammengestellt als Videoaufzeichnung.

Nürnberg – Dienstag, 26. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (Endstation U-Bahn Langwasser): Monatsversammlung mit einem Dia-Vortrag von Heide Bauer,Ansbach, „Schönes Masuren“.

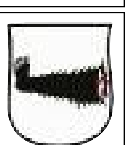
Weiden – Sonntag, 3. März, 14.30 Uhr, Cafe Mitte: **Heimatnachmittag. – Fasching bei den Ost- und Westpreußen.** – Die Landsmannschaft traf sich im Cafe Mitte am Stockerhutpark nach kurzer Winterpause zum Heimatnachmittag. Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald freute sich über einen sehr guten Besuch. Es waren auch die Landsleute aus Oberaudorf und Tirschenreuth angereist. Nach den Heimatliedern gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den „Geburtstagskindern“. Der 1. Vorsitzende berichtete danach Wissenswertes über Maria Lichtmess und St. Blasius. Er erinnerte ebenso an einige in der Faschingszeit übliche Bräuche. Die Kinder Katharina und Barbara Uschald begeisterten mit ihrem Flötenspiel die Anwesenden. Sie trugen auch gemeinsam ein lustiges Faschingslied vor. Ingrid Uschald brachte die heitere Geschichte „Opernball im Obst- und Gemüseladen“ zu Gehör. Anita und Norbert Uschald spielten anschließend flotte Weisen und Stimmungslieder auf ihren Instrumenten. Dabei wurden sie von den Anwesenden stimmlich kräftig unterstützt. Nach dem gemütlichen Beisammensein verabschiedete man sich.



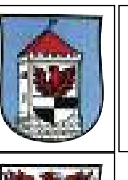
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.





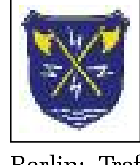
Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Eröffnung der Zusammenkünfte im Jahr 2013. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 403281, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.







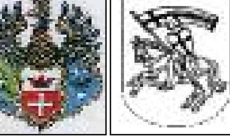
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 21. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



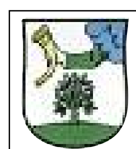
Bartenstein – Sonnabend, 23. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 7. März, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.



Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

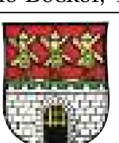




Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.



Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Kurze Referate über und aus Ostpreußen. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



BREMEN

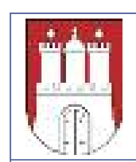
Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Der **„Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen“** war erneut ein erfreuliches Zeichen für das fortdauernde Interesse an Sitten und Gebräuchen der Menschen aus Ostdeutschland. 93 Teilnehmer waren erschienen und genossen die Lied- und Wortbeiträge sowie die heimatlichen Gerichte, die von der Küche des Hauses wieder einmal hervorragend zubereitet worden waren. Die Verlegung der Veranstaltung in die Räume des Restaurants war kein Nachteil, im Gegenteil: Die Teilnehmer konnten durch die aus riesigen Fenstern bestehende Sichtwand das wechselhafte Wetter und die Dynamik der Wolken über dem Flughafen verfolgen – eine zusätzliche Attraktion! – Die **erste Zusammenkunft der Gruppe** fand im „Haus am Blink“ zum Kohl- und Pinkel-Essen statt. Die im letzten Jahr gewählte Kohlkönigin Stefanie Flotow hatte das Lokal (bekannt durch die Jubiläumsfeiern der Gruppe) ausgesucht. 25 Mitglieder trafen sich zum leckeren Grünkohlessen; Unterhaltung und Informationen inbegriffen. Zur neuen Kohlkönigin wurde die fast 88-jährige Ursula Tieste „gekrönt“. Frau Tieste hat sich jahrelang in der Frauengruppe um die Geburtstagskinder gekümmert; hat unzählige Kuchen für ihre evangelische Gemeinde gebacken und Kaffee beim Frauennachmittag ausgeschenkt und sorgt sich heute noch um viele Landsleute. Völlig überrascht von dieser Würdigung, nahm sie das Amt aber gerne an. Die entthronte Königin hatte ihrer Nachfolgerin noch eine Flasche Bärenfang, Süßes und eine echte „Oldenburger Palme“ – einen Grünkohlstrunk überreicht. Leider musste die Vorsitzende zum Abschluss den Anwesenden noch mitteilen, dass der langjährige Geschäftsführer der LG Bremen Günter Högemann verstorben ist. Auf der am 22. Februar stattfindenden

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Jahreshauptversammlung wird die gesamte Gruppe im Barlach-Haus seiner gedenken.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

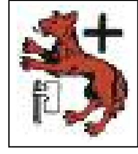
BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Gumbinnen – Sonnabend, 2. März, 14 bis 17 Uhr, Einlass ab 13 Uhr, Uhr Haus der Heimat/LVD, Teilfeld 8, 20459 Hamburg: Treffen der Gruppe zum Thema: „Es muss doch Frühling werden.“ Zu erreichen mit der S-Bahn bis Station Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Dann Fußweg von zirka sechs Minuten in Blickrichtung Michaeliskirche. Ein Fahrstuhl ist im Haus vorhanden. Gäste sind herzlich willkommen. Es freut sich auf ein Wiedersehen: Hans Günter Schattling, Telefon 5224379.



Heiligenbeil – Sonnabend, 16. März, 14 Uhr, AWO-Seniorentreff, Bauerbergweg 7: Frühlingsfest. Der Vorstand lädt alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlich ein. Bei Kaffee und Kuchen möchte die Gruppe einige fröhliche Stunden in geselliger Runde mit Ihnen verbringen.

Gleichzeitig ist die Jahreshauptversammlung laut Satzung der Landesgruppe Hamburg e.V. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116 ab U-Bahnstation Hammer Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 5 Euro. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien unter Telefon (040) 53254950 bis Freitag, 15. März, erbeten.

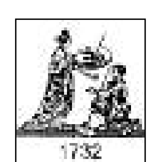


Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen beantwortet Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon / Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Osterode – Sonnabend, 9. März, 14 Uhr, Café Prinzess, Hamburg-Ohlsdorf, Alsterdorfer Straße 572: Einladung zum Frühlingsfest. Die Veranstaltung beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, um anschließend mit fröhlichen Liedern den herannahenden Frühling zu begrüßen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend, 2. März, 13 Uhr, Hotel St. Raphael, Adenaueralle 41: Treffen der Gruppe.

Liebe Ruth Geede!

Die Königsberger Gruppe Hamburg wünscht Ihnen zum 97. Geburtstag von Herzen:

♫ „Viel Glück und viel Segen auf all Deinen Wegen, Gesundheit und Frohsinn seien auch mit dabei!“ ♪

Ursula Zimmermann



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039658.

Kassel – Donnerstag, 7. März, 14.30 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, AWO-Seniorenheim, Am Wehrturm 3: Treffen der Gruppe. Ab 15 Uhr singt der russlanddeutsche Frauenchor aus Bad Hersfeld unter der Leitung von Nelly Neufeld volkstümliche Lieder (teils in Preußisch-Platt). Und die Teilnehmer singen mit.

Wetzlar – Montag, 18. Februar, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Die Kreisgruppe trifft sich zu einem Bericht von Mitglied Joachim Albrecht über die Kontakte seiner Familie zu einer ostpreußischen Familie, die nach Kriegsende in ihrer Heimat verblieben ist.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Dienstag, 5. März, 18 Uhr, Haus am Rhein, Elsa Brändström-Straße 74: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen** des Vorstandes und Königsberger-Klopse-Essen. – Sonnabend, 23. Februar, 19.30 Uhr, kleiner Saal, Stadthalle Bad Godesberg: Winterball – Seit Jahren gewinnt der traditionelle **Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften** in Bonn wachsenden Zuspruch über die Grenzen der Stadt Bonn hinaus. Wohl deshalb, weil er nicht nur einem bunten Tanzvergnügen gewidmet ist, sondern zugleich Landsleute aus der Region zu einem reichen Kulturprogramm zusammenführt. Eintritt: 15 Euro, Jugendliche und Studenten 10 Euro. Gäste sind herzlich willkommen, Eintrittskarten sind noch im Vorverkauf im Zigarrengeschäft Mühlensiepen, Bonn in der Poststraße 24, und an der Abendkasse erhältlich. – Dienstag, 26. Februar, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

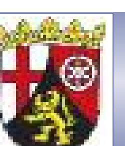
Dortmund – Montag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorffsaal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Dr. Hajo Buch und Dr. Winfrid Halder: Meine Lieblingsnovelle von Werner Bergengruen. – Donnerstag, 21. Februar, 19.30 Uhr, GHH / Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Lesung mit Arno Surminski: „Angekommen in Kudenow und anderswo“. – Donnerstag, 28. Februar, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Dr. Jörg Morré: „Auch ein Schlesier, Heinz Kessler, Stalingrad und das Nationalkomitee Freies Deutschland.“ – Montag, 4. März, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Vortrag von Professor Michael Garleff: „Kinder Europas aus dessen geschichtsträchtigem Osten. Die Geschichte der baltischen Staaten vom Mittelalter bis 1939“. – Mittwoch, 6. März, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 6. März, 19 Uhr, GHH / Konferenzraum: Buchvorstellung mit Professor Michael Schwartz: „Funktionäre und Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das Dritte Reich.“

Ennepetal – Donnerstag, 21. Februar, 18 Uhr: Monats- und Jahreshauptversammlung. Grützwurst nach Monikas Art.

Neuss – Sonntag, 17. Februar, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

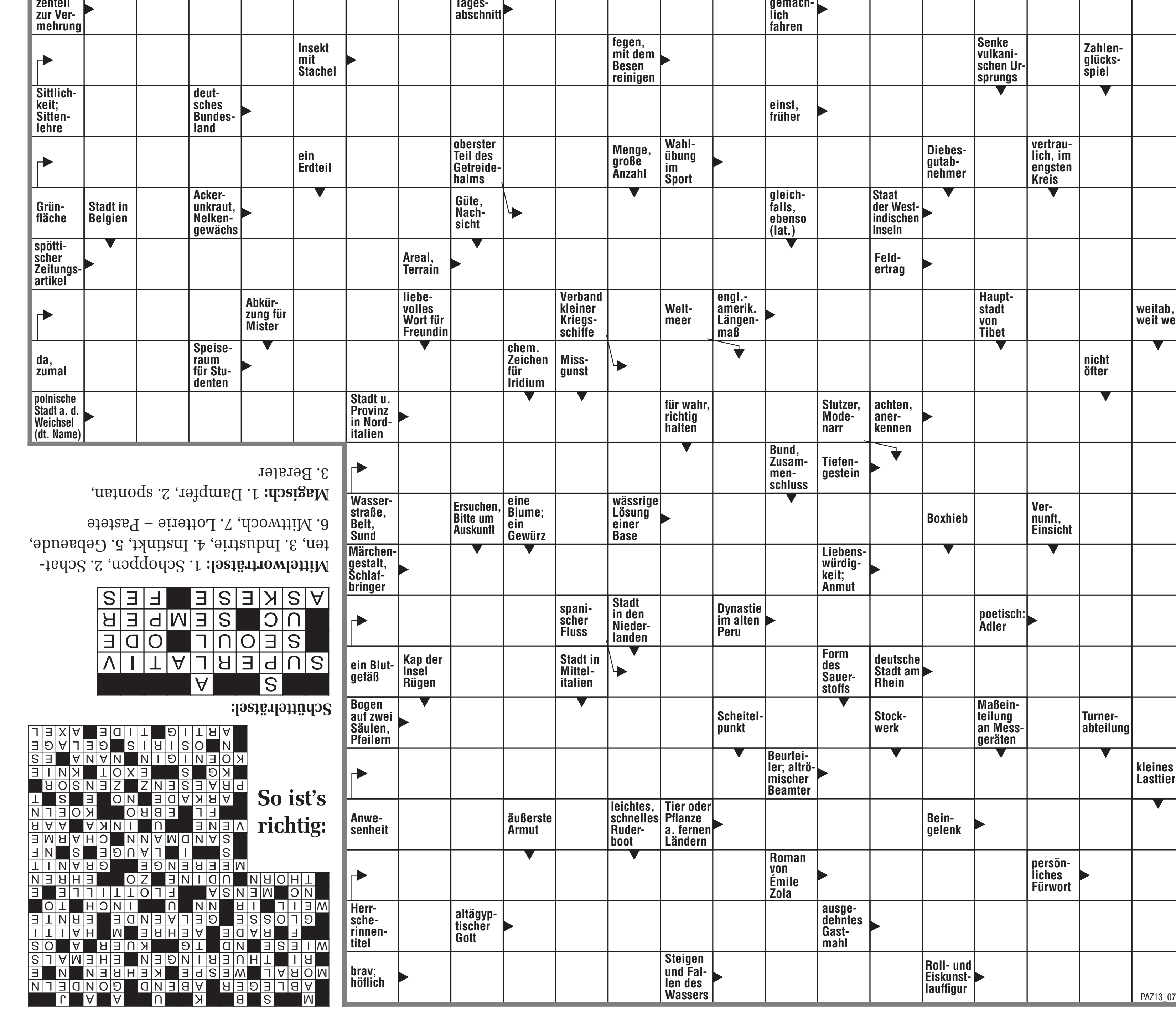


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Ludwigshafen-Gartenstadt – Sonntag, 16. Februar, 14 Uhr, St. Hedwigskirche, Brandenburger Straße 1–3: Fastensonntag mit Eucharistiefeier. Anschließend gemütliches Beisammensein im Pfarrhaus.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

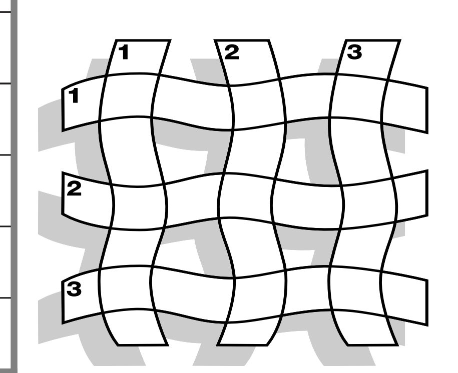
AEILP RSTUV, SSUU, CEKPS, RSSU, AEELL, FOPT, DEEI, ERSV, ELOSU, DEO, AEEK SS, EEMP RS, EFS

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Speise in Teighülle.

1	FRUEH	WEIN
2	KUR	BOXEN
3	AUTO	BETRIEB
4	MUTTER	HANDLUNG
5	BUERO	KOMPLEX
6	ASCHER	ABEND
7	ZAHLEN	LOS

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

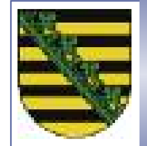
1 Schiffstyp
2 aus einem plötzlichen Impuls heraus
3 Ratgeber

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

Mainz – Donnerstag, 21. Februar, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

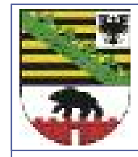
Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 16. Februar, 18 Uhr, Restaurant Bürgerstübel, Mußbach, Freiherr-v.-Stein-Straße 34: Matjesessen mit Pellkartoffeln.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Clausstraße 27: Veranstaltung zum Thema: „Galeere lebenslänglich“ von Dr. Bernhard Fisch.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Die Gruppe trifft sich zur Faschingsveranstaltung mit Programm.

Halle – Freitag, 1. März, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54: Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Dienstag, 19. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 22. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zum Preußentag am 20. Januar konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 70 Teilnehmer in Kiel begrüßen. Vor seinen Vortrag „Friedrich Wilhelm I. (Reg. 1713–1740) – Der größte innere Reformer Preußens“ stellte der Vorsitzende eine Übersicht der Familie des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. Er ging dann auf die vielen preußischen Länder und deren Zusammenschluss zum Preußischen Staat ein. In seinem Vortrag zeichnete der Vorsitzende ein Bild des Vaters von Friedrich Wilhelm I., der 1701 als König Friedrich I. in Preußen in Königsberg gekrönt wurde. Friedrich I. versuchte, den Absolutismus von Frankreichs König Ludwig XIV. nachzueifern. Er verschuldete sein Land mit seinen 1,6 Millionen Untertanen stark. Sein Sohn Friedrich Wilhelm I., der 1713 auf dem Thron folgte, war im Denken und Handeln das krasse Gegenteil. Er fühlte sich für die Verwaltung seines Landes nur Gott gegenüber verantwortlich. Er verlangte von seinen Untertanen den unbedingten Gehorsam und verfügte rücksichtslos über deren Eigentum und Leben. Sein Hauptziel war es, Preußen unabhängig zu machen, er schuf dafür ein Heer von mehr als 80000 Mann, das vortrefflich bewaffnet, ausgerüstet und geschult war. Das Offizierskorps bildete den ersten Stand im Staat, der König rechnete sich selbst dazu. Die Kosten dieser Armee in Höhe von etwa 6 Millionen Talern jährlich wurden ausschließlich aus dem Vermögen des Staatshaushalts genommen. Äußerste Sparsamkeit in allen Bereichen des Staates war geboten. Das gesamte Finanzwesen wurde konzentriert, Verwaltung und Hofstaat wurden drastisch eingeschränkt, von 100 Kammerherren wurden 88 entlassen, der Pferdebestand von 600 auf 120 reduziert, die Gehälter der Hofbediensteten um die Hälfte gestrichen und die Bediensteten der Küche von 47 auf 5 verringert. Die Personalkosten für den Hofverringerten sich von 175000 Talern auf wenige Tausend. Gewaltig wurde in der Verwaltung gespart, Stellen gestrichen, Minister- und Generalgehälter um zwei Drittel gekürzt. Nur bei der Potsdamer Wachparade – des Königs langen Kerls – sparte er nicht. Friedrich Wilhelm hatte es sich zum Lebensgesetz für den preußischen Staat gemacht, den Staatshaushalt ohne Schulden zu führen. Zur Erhebung der Steuerkraft musste der Wohlstand des Landes bewahrt werden. Mit Ausnahme der Tuchfabrikation gewannen Handel und Industrie jedoch mäßig an Bedeutung, obwohl die erfolgten Verwaltungs- und Wirtschaftsreformen Preußen zum modernsten Staat Europas machten. 1719 wurde die Leibeigenschaft aufgehoben. Rechtspflege und Gerichtsbarkeit wurden zwar vereinfacht und beschleunigt, Strafen aber, oft unter Mitwirken des Königs, drakonisch verschärft. Obwohl selbst streng religiös, war er den verschiedenen Konfessionen gegenüber sehr tolerant. Um das Volksschulwesen erwarb der König sich große Verdienste. Außenpolitisch trat Friedrich Wilhelm I nur wenig in Erscheinung. 1713 besetzte er Pommern, 1715 erklärte er Schweden den Krieg und besiegte bei Rügen und Stralsund die Schweden. Gegen Zahlung von zwei Millionen Talern wurde Vorpommern an Preußen abgetreten. Seitdem hatte der König keine Kriege mehr geführt. Seinem Sohn Friedrich II. hinterließ er 9 Millionen Taler und ein großes vortreffliches Heer. Abschließend umriss der Vortragende das angespannte Verhältnis zwischen Friedrich Wilhelm und seinem Sohn Friedrich von der Beherrschung des Vaters über das Leben des Kindes und des Jugendlichen Friedrich bis hin zu der missglückten Flucht und den daraus erfolgten Strafen. Mit weiteren Beiträgen von Jochen Gawehns in ostpreußischer Mundart und Gesangsdarbietungen von Susanne Dieudonne zum Thema „Im Rosenduft“ wurde die Versammlung unterhalten.

Malente-Grevesmühlen – Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen und Schlesier – An der diesjährigen Jahreshauptversammlung begrüßte der Vorsitzende Klaus Schützler eine Vielzahl der Mitglieder. Ganz besonders wurden der Vorsitzende der Kreisgruppe Ostholstein Edwin Falk und der Kreisvertreter der Rastenburger Hubertus Hilgendorff begrüßt. Nach dem Gedenken der im letzten Jahr verstorbenen Mitglieder erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, dass heimatpolitische Veranstaltungen stattgefunden haben. Dabei wurden die traditionellen Erntedankfeier, Fleck-, Königsberger Klops und Wellwurstessen sowie die besinnliche Adventsfeier und anderes besonders hervorgehoben. Alle Veranstaltungen waren stets gut besucht und es konnten jeweils auch viele Gäste begrüßt werden. Der Kassenbericht durch den Kassenwart Walter Janz zeigte, dass mit den Beiträgen der Mitglieder sehr sparsam gewirtschaftet worden ist, sodass dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt werden konnte. Von den Mitgliedern wurden Beiträge zu „Ostpreußen- und Schlesien – wie gelebt und gelacht wurde“, vorgetragen. Die anschließenden Gespräche und Diskussionen zu den heimatlichen Beiträgen und zu Tagesthemen haben in der Runde zu interessanten Diskussionen geführt. In seinen Schlussworten dankte der Vorsitzende Klaus Schützler allen für die gute Mitarbeit und aufopfernde Tätigkeit zum Wohle der Landsmannschaft und forderte alle auf, auch künftig sich weiterhin für die heimatpolitischen Anliegen einzusetzen.

Käthe-Kollwitz-Ausstellung in Minden verlängert:

Aufgrund der guten Besucherzahlen und der positiven Besucherresonanz wird die Käthe-Kollwitz-Ausstellung in Minden bis Sonntag, 17. Februar verlängert.

Am Sonntag, 17. Februar um 14 Uhr bietet das Museum eine öffentliche Führung durch diese sehenswerte Sonderausstellung an. Um Voranmeldung bei der Kasse unter (0571) 83728-24 wird gebeten. Preis 6 Euro pro Person (Eintritt und Führung).

Dagmar Dolling. Preußen-Museum NRW, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 837280, Fax: (0571) 83728 30, E-Mail: dagmar-dolling @preussenmuseum.de

Star der 30er Jahre

Joseph-Schmidt-Ausstellung in Stuttgart

Am 20. Februar 1933 stand Joseph Schmidt zum letzten Mal im Sendestudio und sang unter der Leitung des Dirigenten Max von Schillings live die Oper „Der Barbier von Bagdad“ von Peter Cornelius. Nur einen Tag später wurde dem populärsten Sänger in Deutschland der Zutritt zu seinem Arbeitsplatz, dem Berliner Funkhaus, verboten. Wie vielen anderen jüdischen Künstlern wurden auch Joseph Schmidt sämtliche Verträge ohne jede Begründung gekündigt.



Bild: Archiv

Der Tenor Joseph Schmidt

Als Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 den Vorsitzenden der NSDAP, Adolf Hitler, zum neuen Reichskanzler ernannte, gehörten Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechte der Vergangenheit an. Unter dem Titel: „Vor 80 Jahren: Joseph Schmidt singt zum letzten Mal in einem deutschen Rundfunksender“ erläutert Carsten Eichenberger vom Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg die Konsequenzen der Machtübernahme der Nationalsozialisten für den „Liebling des deutschen Volkes“, wie Joseph Schmidt im Rundfunk bis dahin genannt wurde. Seine Führung durch die laufende Ausstellung „Sein Lied ging um die Welt. Auf den Spuren des Tenors Joseph Schmidt“ im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg am Mittwoch, 20. Februar 2013 um 16 Uhr erinnert daran. Der Eintritt ist frei. *PAZ*

Die Ausstellung ist noch bis 7. März im Haus der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgarter Schloßstraße 92, zu sehen. Weitere Informationen im Internet: www.hdhbw.de. Öffnungszeiten Montag, Dienstag, Donnerstag 9 bis 15.30 Uhr, Mittwoch 9 bis 18 Uhr. Freitag: nach Vereinbarung. Anfahrtsplan im Internet unter http://www.hdhbw.de/?Anfahrtsplan.

Wissen muss bewahrt werden

Die Ostpreußengruppe in Neustadt an der Weinstraße gibt ihre Auflösung bekannt. Ich möchte diese Nachricht zum Anlass nehmen, um alle noch existierenden Gruppen aufzurufen. sich Gedanken zu machen, was aus den materiellen und immateriellen Werten werden soll. Gibt es zum Beispiel bei den einzelnen Vorständen Anschriftenverzeichnisse der Vorstandsmitglieder, wer über welche Gegenstände und Informationen verfügt, da im Todesfall die nächsten Angehörigen oft kein Interesse haben und die Sachen entsorgen. Ist festgelegt worden, wohin Bibliotheken, alle in mehreren Jahrzehnten erschienenen und noch vorhandenen Publikationen und Mitgliederlisten im Fall einer Auflösung „gehen“. Auch wenn dieser Gedanke viele schmerzt, so sollten sich darüber Gedanken gemacht werden, um zu verhindern, dass letztlich alles in den Müll kommt oder unter staatlicher Aufsicht in irgendwelchen Archiven verstaubt.

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Nackte Wahrheit zum Abgewöhnen

»Nudisten raus!« – San Francisco macht Front gegen Bürger, die völlig unbekleidet durch die Straßen wandeln

Egal welches Wetter oder welche Jahreszeit – seit Jahren laufen Nudisten völlig nackt durch die Straßen von San Francisco. Jetzt regt sich in der als liberal geltenden Stadt der Widerstand dagegen. Seit Anfang Februar müssen die Nackedeis mit Gefängnisstrafen rechnen, wenn sie wiederholt öffentlich ein Ärgernis erregen.



„Krieg ist obszön, nicht mein Körper“: Nackter Protest in San Francisco Bild: pa

Ein älterer Herr mit grauem Schnauzbart hat es sich im Straßencafé gemütlich gemacht. Bekleidet mit nichts anderem als Schuhen, Sonnenbrille und Baseball-Kappe. Um die Ecke, auf dem kleinen Marktplatz, lärmt wie fast an jeden Nachmittag eine feuchtfröhliche Männer-Gesellschaft, weder jung noch schön, doch nackt wie Gott sie schuf. Ein blasser Jüngling schleppt einen schwarzen Rucksack auf dem neben den restlichen Körperteilen entblößten Rücken. Zwei bodygebildete Schwarze verschwinden in einem Liquor-Store, wie die Tante-Emma-Läden in den USA heißen, völlig unbekleidet. Und das sind keineswegs alle der sogenannten „Naked Guys“, der „Nackten Jungen“, die an der Jane Warner Plaza, Ecke Market und Castro Street, die Hüllen fallengelassen haben. Willkommen in San Franciscos Castro-Distrikt.

San Francisco nennt sich gern die „freieste Stadt der Welt“, und der vibrierende Castro District, kurz „Castro“ genannt, gehört zu seinen bekanntesten Stadtteilen. „Den Castro muss man gesehen haben“, empfehlen die Reise-Büros. Und so mischen sich Touristen, die jährlich der Stadt Milliarden einbringen, unter das farbenfrohe Völkchen von „Gay City“, der größten und bekanntesten Homosexuellen-Gemeinde der Welt. Doch laufen im Castro nicht nur Paradiesvögel herum, sondern er hat auch viele normale Einwohner wie Familien mit Kindern. Zu seinen homosexuellen Bewohnern gehören prominente Künstler, Literaten, Politiker und andere Angehörige der gesellschaftlichen Elite der Stadt.

In den 70er Jahren wurde ein führender Aktivist, Harvey Milk, der erste offiziell homosexuelle Bürgermeister von San Francisco. Sein Leben und seine Ermordung 1973 durch einen rechtsextremen Republikaner zeigt der preisgekrönte Hollywood-Film „Milk“ mit Sean Penn. So geriet der Castro schon früh zum führenden internationalen Schauplatz für den Kampf um Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften bis hin zur Homo-Ehe. Das ist die ernsthafte Seite.

Was nun die Nackten betrifft wurde der Castro von 1910 bis 1920 von naturverbundenen Schweden, Norwegern, Dänen und Finnen bewohnt und „Little Scandinavia“ genannt. Danach war er Heimat irischer Einwanderer. Alles ganz normal. Bis das US-Militär während des Zweiten Weltkrieges begann, wegen Homosexualität entlassene Soldaten im Castro abzuladen, was im Lauf der Jahre zur „Gay City“ führte mit ihrer eigenen U-Bahn-Station, einer eigenen roten Straßenbahn, dem populären Kino „Castro Cinema“, schicken Restaurants und Geschäften sowie einem eigenen „History Museum“ (ähnlich wie das „Schwule Museum“ in Berlin), das der Geschichte der Homosexuellen und ihrem Kampf um Gleichberechtigung gewidmet ist.

Die „Naked Guys“ tauchten lange eher sporadisch in der Market- und der Castro Street auf und waren vor allem Nudisten. Das änderte sich, als vor zwei Jahren die „Jane-Warner-Plaza“ entstand. Plötzlich strömten Scharen von „Nackten Jungen“ (nur selten Frauen) dorthin, in Restaurants, Läden und die anliegenden Straßen. Zum wachsenden Ärger von Familien, Geschäftsinhabern und den Homosexuellen, die ihre ernsthaften Aktionen in ein falsches Licht von Perversion und Lächerlichkeit geraten sahen.

> Beim Marathon darf die Jogginghose zu Hause bleiben

Da setzte der für den Castro-Bezirk zuständige Stadtabgeordnete Scott Wiener vor einem Jahr das „Handtuch-Gesetz“ durch, nach dem die bloßen Herren doch bitte ein Tüchlein zwischen Sitzflächen wie auf Bänken und in Restaurants und ihren unbedeckten Körperteilen zu legen haben. Eine Demonstration von „Naked Guys“ blieb ungehört. Doch die Anzahl der nackten Popos vermehrte sich danach aus Rache rapide. Allerdings mit demonstrativen Ulk-Verzierungen der sichtbaren unteren Scham-Regionen wie auch teilweise obszön geschmückte Schuhe und Sonnenhüte. Und ausgerechnet Wiener, der sich selbst zur Homosexualität bekennt, holte wenig später zu zwei neuen Schlägen aus: Seit November ist der Lendenschurz Pflicht. Und seit Februar muss man mit bis zu 500 Dollar Strafe rechnen, wenn man nackt erwischt wird, im Wiederholungsfall droht Gefängnis.

„Nackte raus!“, heißt es nun in San Francisco. Mit Ausnahmen: Bei der jährlichen „Gay Pride-Parade“, der „Folsom Street Fair“ (dem größten Leder-Fest der Welt) und einem prominenten Winter-Marathon im eiskalten San Francisco dürfen die Hosen und Röcke weiter zu Hause gelassen werden. Das war den Naturliebhabern jedoch kein Trost. Nach nackten Protest-Aktionen vor dem Rathaus haben sie jetzt eine Klage eingereicht.

Dazu sagte die 43-jährige Organisatorin Gypsy Taub, die selbst Moderatorin einer eigenen Fernseh-Show mit Namen „My Naked Truth TV“ ist: „Dieses Gesetz ist der Beweis, dass die Politiker die Stadt zurückbringen wollen in das dunkle Zeitalter von Furcht und Scham vor dem eigenen Körper.“ Und der Web-Designer Mitch Hightower fügt hinzu: „Allmählich merzen sie alles aus, was als ‚Nur in San Francisco‘ weltberühmt ist.“

Honi soit qui mal y pense! Doch wer würde schon schlecht über die Nackten denken, der je auf Sylt, Buhne 16, war?

Liselotte Millauer

Wohnen wie die Pop-Götter

Im sanierten Schloss-Hotel Tremsbüttel logierten einst die Beatles

Schloss Tremsbüttel im Landkreis Stormarn zählt zu den schönsten bürgerlichen Häusern Schleswig-Holsteins und kann auf eine bewegte Geschichte zurückblicken. Im Auftrag des Unternehmers Fritz Hasenclever 1894/95 von dem Architekten Hans Grisebach errichtet, gilt der zwischen Hamburg und Lübeck gelegene Bau als ein Paradebeispiel für den Historismusstil. Hierin vereinen sich die Elemente von Mittelalter, Neo-Renaissance und Jugendstil zum neuen Ganzen.

Blickfang ist der Turm mit seinem hohen Dachaufbau und dem repräsentativen Eingangsportal. Daher die irrtümliche Bezeichnung „Schloss“, obwohl nie eine adelige Familie darin wohnte. Deckenmalereien und Holzvertäfelungen verleihen dem Inneren eine mittelalterliche Aura. Ein hölzerner Hase als Symbol der Familie Hasenclever und eine Ritterrüstung durften nicht fehlen.



Märchenschloss mit Pop-Geschichte: Tremsbüttel Bild: Fischer

Die aus dem Großbürgertum stammende Familie Hasenclever residierte bis 1939 auf Tremsbüttel, dann musste sie das Anwesen aus wirtschaftlichen Gründen veräußern. Das Herrenhaus wurde zu einem Hotel umgestaltet, welches während des Krieges als Flüchtlingsunterkunft diente. Ein Hotel ist das Schloss bis heute, wenn auch mit Höhen und Tiefen unter wechselnden Betreibern.

Die wohl berühmtesten Gäste, die Schloss Tremsbüttel auf einen Schlag bekannt machten, waren die Beatles, die 1966 ihre einzige Deutschlandtournee absolvierten und anlässlich ihres Auftritts in Hamburg hier übernachteten. „Schloss Tremsbeatle“ taufte es damals die Presse. Aber auch andere Prominente wie Dirigent Leonard Bernstein oder der Schauspieler Klaus Kinski wählten das Schloss als Domizil auf Zeit. Letzterer verewigte sich im Gästebuch mit dem Satz, dies sei „das einzige Hotel, in dem man in Deutschland wohnen kann“. Und das „Sophia-Zimmer“ mit dem riesigen Himmelbett verdankt seinen Namen der Schauspielerin Sophia Loren, die hier einst schlief. All das war in den „goldenen Jahren“ ab 1959, als sich das Schloss im Besitz von Konsul Siegfried Zimmermann befand, der es zu einer ersten Adresse für den damaligen Jet-Set machte.

Dieser Glanz bewahrte das Haus nicht vor dem Leerstand, als Zimmermann 1986 verstarb. Ein kurzes Intermezzo gab der Bauspekulant Walter Schleicher, der quasi aus dem Schloss heraus verhaftet und wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde, was für entsprechende Schlagzeilen sorgte. Ab 1997 ging es dann wieder bergauf, als das Hamburger Pharmaunternehmen Strathmann Schloss Tremsbüttel erwarb.

Die stilvollen Räumlichkeiten, die soweit als möglich wieder in ihren früheren Zustand versetzt wurden, werden heute vor allem für Tagungen und Feiern gebucht.

Denn wer, wie es im Hotelprospekt heißt, „für einen Tag Schlossherr sein“ möchte, wird diesen Genuss mit anderen teilen wollen. Für Hochzeiten steht ein offizielles Trauungszimmer zur Verfügung, so dass Zeremonie und Feier unter einem Dach stattfinden können. Im Schlossgebäude wurden die 14 Suiten aus „Beatles-Zeiten“ auf 26 Zimmer erweitert. Unter Einbeziehung des Neubautraktes verfügt das Hotel jetzt über insgesamt 50 Zimmer sowie ein Café und ein Restaurant, die mittwochs bis sonntags für jedermann geöffnet sind.

Angelika Fischer

»Hanfsperling« im Anflug

Vorsicht Suchtgefahr: Mahjong erobert den Westen

Konzentriert beugen sich die Spieler über den Tisch und bewegen kleine Domino-ähnliche Steine. Es geht um alles, es geht um den Weltmeistertitel und den will sich wieder ein Asiate holen. Denn Mahjong ist wie Tischtennis das Spiel der Chinesen. Ganze Nächte verbringen die Erwachsenen, oft Frauen, damit. Denn Mahjong kann süchtig machen. Nun hat sich das Fieber auch in den Westen übertragen. Seit 1998 ist das Spiel, das übersetzt „Hanfsperling“ heißt, von der staatlichen Sportkommission Chinas als 255. Sportart offiziell anerkannt.

In Europa etablierte sich die in Dänemark registrierte „European Mahjong Association“, der 16 Nationen angehören. Nachdem ihre Mitglieder im chinesischen Qianjiang unlängst an der Weltmeisterschaft teilgenommen haben, werden sie im September 2013 in Österreich die europäische Meisterschaft austragen. In China traten zuletzt 13 Nationen mit 188 Spielern an. Die Chinesen dominierten, bester Europäer war der Franzose André Balagourou, für Deutschland blieb nur Rang 120 übrig, den Xenia Franke belegte. Bei den Vorstandswahlen der Deutschen Mahjong-Liga wurde sie gerade erst im Januar hinter der neuen Präsidentin Anne Schäfer zu einer der beiden neuen Vizechefinnen gewählt.

In Deutschland traf man sich zuletzt im Juli 2012 in Hannover zur nationalen Meisterschaft. Im November wurden dann weitere Wettkämpfe in Frankreich, Russland, Österreich und den Niederlanden ausgetragen. 2011 bei der europäischen Meisterschaft in Mestre/Italien dauerte die Session der 160 Spieler drei Tage, wobei die Franzosen gewannen.

Das ist die sportliche Seite. Ungeachtet dessen fand Mahjong auch immer Eingang in den häuslichen Bereich und löste so manches andere Spiel ab. Angeblich soll Mahjong 4000 Jahre alt sein. Andere Lesarten verlegen die Gründung auf das 500. vorchristliche Jahrhundert, als der Philosoph Konfuzius das System erfunden haben soll. Vorgängerspiele zum Teil in Kartenform hat es auf jeden Fall gegeben. Doch diese in den USA verbreiteten Versionen dienten wohl eher dem Werbeeffekt als der Wahrheit.



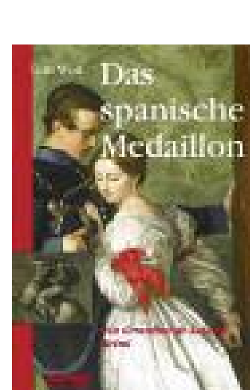
Mahjong Bild: Olsin

Den historischen Quellen nach entstand das Spiel in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die ältesten erhaltenen Spiele stammen aus dem Jahr 1870. In Deutschland wurde Mahjong durch das Ankerwerk, dem Pharma- und Spielzeughersteller aus Rudolstadt, eingeführt. Ein weiterer führender Hersteller der bunten Steine war die Hamburger Firma Nordicus-Golconda-Werke. Doch Ende der 1930er Jahre kam es wieder aus der Mode, um jetzt wieder eine Renaissance zu erleben. Zu diesem Trend trugen die Touristenströme nach Fernost und die Migrationsbewegungen etwa der Filipinos nach Westen bei. Unter dem großen Vorsitzenden Mao war das Spiel in seinem Ursprungsland zuerst verboten. Nach der Kulturrevolution fand es wieder Eingang in das Reich der Mitte und wurde zum Lieblingsspiel fast aller Asiaten, vor allem aber der Japaner.

Mahjong besteht aus 108 sogenannten Ziegeln der drei Farben Rot, Blau und Grün, in denen die Symbole und chinesischen Schriftzeichen gehalten sind. Dazu kommen weitere 28 Ziegel der Trumpffarbe mit den lyrischen Namen „Vier Winde“ und „Drei Drachen“ sowie acht Ziegel der Hauptfarbe „Vier Blumen“ und „Vier Jahreszeiten“. Früher bestanden die Steine aus Elfenbein, heute sind sie aus Holz oder Plastik. Zwei bis vier Würfel (es spielen jeweils vier Personen) vervollständigen das Set. Die Firma „Lagarto“ in Helsinki bietet eine Windows-Version für den Computer an. Es existieren im Internet auch etwa 15 kostenlose Online-Spiele.

Die britische Band „Pink Floyd widmete dem Spiel unter dem Titel „A Pillow of Winds“ einen Song und die Kriminalautorin Agatha Christie verewigte es in dem Roman „The Murder of Roger Ackroyd“.

Joachim Feyerabend



Im Auftrag des Königs

Neuer Preußenkrimi

Die Freunde historischer Krimis dürfen sich freuen, denn mit „Das spanische Medaillon“ überrascht der Literaturwissenschaftler und erfolgreiche Autor Tom Wolf die Leserschaft einmal mehr mit einem Preußenkrimi. Die selbsternannte Detektivin Gerardine de Lalande wird dieses Mal jedoch von Preußenkönig Friedrich II. persönlich gebeten, ihre neugierige Ermittlernase in eine höchst unschöne und brutale Mordserie zu stecken. „‚Sind doch noch immer an Criminalia interessiert?‘ Er schaute mich fragend an und es hatte fast flehentlich geklungen ... Was sollte ich antworten? Ich nickte schweigend. Nach dem vergangenen Abend war mein Interesse wohl gedämpft, doch keineswegs erloschen. Er seufzte erleichtert, fragte aber dennoch: ‚Sicher sein Madame? Könnte verstehen, wenn nicht ... Immerhin – Frau sein, schwaches Geschlecht sein! Zart besaitet, Romantik! Empfindsamkeit!‘ Ich lächelte, denn das war nun komisch. ‚Nach dem vorgestrigen Abend dürfte spätestens erwiesen sein, dass ich ganz gut meinen Mann stehe. Nein, Majestät, mein Interesse an diesem Mörder ist ungebrochen. Ich würde alles darum geben, mehr über ihn heurauszufinden.‘“

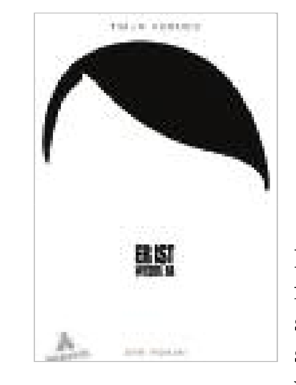
Und so wagt sich die für ihr Jahrhundert erstaunlich emanzipierte Gerardine nicht nur als Mann verkleidet in ein Freudenhaus, sondern macht sich sogar mit der sozial geächteten Gilde der Henker bekannt. Da es sich bei dem von ihr gesuchten kaltblütigen Mörder um eine Person handelt, die ihre Opfer mit einer Axt enthauptet, scheinen hier auch zunächst sämtliche Fäden zusammenzulaufen.

Die Handlung des Romans beginnt zunächst etwas schleppend, der Leser muss sich erst an die dem 18. Jahrhundert angepassten Sprache gewöhnen. Dafür wird der Leser aber, sobald er diese Hürde genommen hat, mit einer sehr authentisch wirkenden Beschreibung der Gesellschaft belohnt. Jedoch stellt Tom Wolf seine Hauptfigur etwas zu eigensinnig und fortschrittlich in der Denkweise dar. Gerardines Beziehung zu ihrem Ehemann Jérôme könnte man als nahezu gleichberechtigt bezeichnen, manchmal ist der Leser unschlüssig, wer von beiden eigentlich die sprichwörtlichen Hosen in dieser Ehe an hat.

Ist ein Henker der Mörder?

Doch dann überschätzt die leichtsinnige Detektivin ihre eigenen Fähigkeiten und gerät selbst in große Gefahr. „... So aber sah ich vor meinen Augen ohne weitere Vorwarnung das weiße Antlitz des jungen Theodor Körne auftauchen. Auf den Äpfeln der beiden weit aufgerissenen toten Augen spiegelten sich meine weit aufgerissenen lebendigen, denn so fleischlos Körnes Verse waren, so halslos und blutleer war nun seit Kopf!“ Möglichst unbeschadet aus dieser Situation wieder herauszukommen, stellt sogar für die kluge Gerardine eine große Herausforderung dar. *Vanessa Ney*

***Tom Wolf: „Das spanische Medaillon. Ein Gerardine-de-Lalande Krimi“**, be.bra Verlag, Berlin 2012, broschiert, 272 Seiten, 9,95 Euro*



Lesespaß mit Hitler

Timur Vermes lässt den Führer auferstehen – Geniale Dialoge

Viele Deutsche fragen sich, wie sie sich wohl verhalten hätten, wären sie selbst als erwachsene Zeitgenossen dem NS-Staat Adolf Hitlers ausgeliefert gewesen. Timur Vermes dreht diese Frage um: Wie verhielte sich Adolf Hitler, wenn er plötzlich unter uns leben müsste, im Berlin des beginnenden 21. Jahrhunderts?

Der Autor gießt die Antwort in eine bissige Satire, die ebenso rasend komisch ist, wie sie den Leser immer wieder ins Mark erschüttert. Die Geschichte: Hitler erwacht im Sommer 2011 auf einer Brache in Berlin-Mitte in seiner nach Benzin stinkenden Uniform. Wie das? Mit Erklärungen hält sich Vermes ebenso wenig auf wie der Hitler seines Buches: „Vorsehung“ eben.

Nachdem der Mann, der sich unverdrossen für den „Führer“ hält, die erste Irritation über sein jähes Wiederauftauchen hinter sich gelassen hat, kommt er bei einem Kiosk-Besitzer unter. Der macht ihn mit den Mitarbeitern einer TV-Produktionsfirma bekannt, die in Hitler einen genialen Komödianten zu entdecken meinen.

In der Firma steigt er schnell zum Star auf, hat am Ende gar seine eigene Sendung. Dabei leben Hitler und seine Umgebung in einem dauernden Missverständnis: Fernsehleute wie Zuschauer halten ihn für einen hochprofessionellen Hitler-Imitator, der sich glänzend verkaufen lässt. Er hingegen glaubt in seiner Produktionsfirma die Keimzelle einer neuen NS-Bewegung zu erblicken. Die Dialoge gipfeln daher oft in Pointen, die einem die Tränen in die Augen schießen lassen. Als etwa der Verdacht auftaucht, er könne ein echter Nazi sein, wird Hitler gefragt, wie es denn mit seinem „nationalsozialistischen Hintergrund“ beschaffen sei. Hitlers wahrheitsgemäße Antwort „Der ist einwandfrei!“ wird so verstanden, dass der vermeintliche Hitler-Darsteller keine braunen Flecken auf der Weste hat.

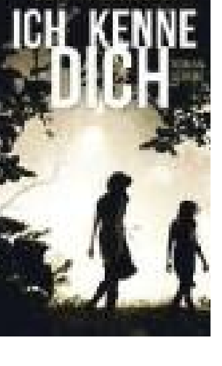
Selbst Hitler wird zur Ware, die es zu verkaufen gilt

Timur Vermes wurde kritisiert, er verharmlose Hitler, ja, lasse ihn als sympathischen Kauz durchgehen. Der Autor verweist auf die zahlreichen Stellen, in denen er Hitler dessen brutale Ideologie ungefiltert formulieren lässt, oft mitten in zunächst äußerst witzigen Szenen. Vermes nennt das „Ohrfeigen aus dem Nichts“, die den amüsierten Leser völlig unerwartet treffen und ihn daran erinnern, wer mit Hitler als Ich-Erzähler vor ihnen steht.

Vor allem aber hält Vermes einer Gesellschaft den Spiegel vor, die alles zur Ware macht, was sie in die Finger bekommt: Wenn sich Hitler gut verkauft, dann nehmen wir eben auch den. Zudem kritisiert der Autor, dass Hitler in den gängigen Darstellungen ausschließlich als keifendes, schreiendes Monster vorgeführt werde. Auf diese Weise bleibe vollkommen im Dunkeln, wieso ihm so viele Menschen verfallen konnten. Das werde erst sichtbar, wenn man Hitlers Facettenreichtum beleuchte. Also einen „Führer“ zeige, der nicht bloß laut und brutal, sondern auch äußerlich geistreich, charmant und gewinnend auftreten konnte.

In jedem Falle ist Vermes mit „Er ist wieder da“ ein herrlicher Lesespaß gelungen. *Hans Heckel*

***Timur Vermes, Er ist wieder da**, Eichborn Verlag bei Bastei Lübbe, Köln 2012, 396 Seiten, 19,33 Euro*



Zerstörerische Freundschaft

Leichenfund reißt alte Wunden auf – Liebe war nicht die Todesursache

Mädchenfreundschaften können etwas sehr Schönes sein, doch so manches Mal sind sie auch von ungleichmäßig verteilten Abhängigkeiten geprägt. Gerade in der Pubertät sind viele Mädchen unsicher, was jenen Macht über sie verleiht, die von einem unzerstörbarem Selbstbewusstsein beseelt sind. In dem Roman „Ich kenne Dich“ besaß Chloe jene Macht über ihre Freundinnen Laura und Emma, die noch zehn Jahre nach dem letzten Kontakt nachwirkt.

Die britische Autorin Jenn Ashworth erzählt allerdings nicht von einer normal verlaufenden Freundschaft, denn der Kontakt zu Chloe brach nicht einfach so ab. Für die Stadt, in der die Mädchen lebten, wurden Chloe und ihr älterer Freund Carl zum Inbegriff einer verbotenen Liebe à la Romeo und Julia, der immer am Valentinstag gedacht wird: Jenem Tag, an dem man die Leichen der damals 14-jährigen Chloe und von Carl fand. Nur Laura und Emma wissen, dass es nicht Liebe war, die zu dem Tod der beiden führte, wobei nicht jeder der beiden inzwischen 24-Jährigen jedes Detail kennt.

Ashworth hält bis zum Ende die Spannung, denn der Leser will unbedingt die Hintergründe von Chloes Tod erfahren, zumal das Buch mit einem Leichenfund beginnt, und nur Laura weiß, wer der Tote ist, der etwa zum gleichen Zeitpunkt wie Chloe und Carl starb. Leider lässt sich die 1982 geborene Autorin viel Zeit damit, dem Leser alle gewünschten Informationen zu liefern und schildert sehr ausführlich die Beziehung von Laura und Emma zueinander und zu Chloe. Stück für Stück wird die Vergangenheit aufgerollt, zudem wirft Ashworth auch noch einen sehr detaillierten Blick auf Lauras familiäre Probleme. Am Ende weint der Leser der früh verstorbenen Chloe keine Träne nach, bedauert aber Emma und Laura, die jede auf ihre Weise ihre Unschuld verloren haben und darüber nicht hinwegkommen. *Bel*

***Jenn Ashworth: „Ich kenne Dich“**, Lübbe, Köln 2012, broschiert, 376 Seiten, 14,99 Euro*



Es war einmal und ist nicht mehr

Amüsante Anekdoten über längst ausgestorbene Berufe

Wer weiß schon, welche Abläufe die Arbeit eines Lithografen umfasste oder die eines Köhlers? Vollkommen unbekannt dürfte hingegen der längst verschwundene Beruf eines Fischbeinreißers oder der eines Ameislers sein. In ihrem kurzweiligen Buch „Von Kaffeeriechern, Abtrittanbietern und Fischbeinreißern. Berufe aus vergangenen Zeiten“ erläutern die Journalistin und Kulturwissenschaftlerin Michaela Vieser und die Illustratorin Irmela Schulz auf unterhaltsame Weise den Hintergrund und das Tätigkeitsfeld von 14 früheren, heute überwiegend in Vergessenheit geratenen Berufen. Einige davon haben sich bis zum Zweiten Weltkrieg gehalten.

Über Lumpensammler, Sesselträger und Spreewälder Ammen

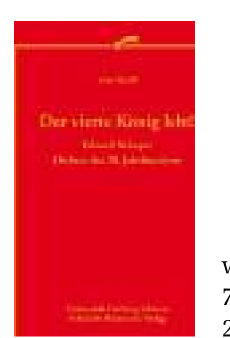
Bei ihrer aufwendigen Recherche zu den untergegangenen Berufen verbrachten die beiden Autorinnen viel Zeit in Archiven sowie mit der Auswertung von Romanen und Gemälden. Das Ergebnis ist eine Sammlung von fundierten Einzelbeiträgen mit staunenswerten, oft vergnüglichen Aspekten, womit sich Einblicke in historische Lebenswelten ab der römischen Kaiserzeit eröffnen. Am Anfang jedes mehrere Seiten umfassenden Kapitels steht ein Steckbrief des betreffenden Berufes, beginnend mit einer kurz gefassten Erklärung, zum Beispiel für „Ameisler“: „Person, meist männlich, die Ameisenpuppen sammelte und sie als Vogelfutter oder Medizin verkaufte.“ Lobend erwähnt sei auch die farbenfroh und phantasievoll gestaltete Illustration mit einer doppelseitigen Abbildung für jedes Kapitel: Vor einem Hintergrund mit Auszügen aus zeitgenössischem, gedruck-tem Schrifttum hantieren die jeweiligen Berufsausübenden, seien es Lumpensammler, Wanderprediger, Bänkelsänger, Sesselträger oder eine Spreewälder Amme mit ihren besonderen Gerätschaften. Ein umfassendes Register erleichtert das gezielte Nachschlagen im Buch.

Das Vorwort verweist auf die große inhaltliche Bandbreite der ins Blickfeld geratenen Zusammenhänge: „Wie global auch früher schon gehandelt wurde, lässt sich ... am Beispiel der Märbelpicker verdeutlichen; sie klopften in Thüringen Murmeln, die in den Seeschlachten eingesetzt wurden. So mancher Pirat wird geflucht haben über diese vertrackten Murmeln. Dass thüringische Märbel die Hauswände von Kolonialstädten schmückten, fand ich genauso wichtig wie die Gründe, warum die Thüringer überhaupt auf die Idee kamen, Murmeln zu produzieren“ (M. Vieser).

Friedrich II. stellte Veteranen als Kaffeeriecher ein

Kaffee, heute die weltweit zweitwichtigste Handelsware, war unter Friedrich dem Großen ein hoch besteuertes Genussmittel. Der Durchschnittsbürger konnte sich das überaus beliebte Getränk infolgedessen kaum noch leisten, es sei denn durch den Erwerb geschmuggelter Bohnen, die denn auch allenthalben unter der Hand angeboten wurden. Dem ausufernden Schmuggelhandel versuchte der König Einhalt zu gebieten, indem er den Kaffeehandel monopolisierte und gleichzeitig das Kaffeerösten nur noch an bestimmten Orten gestattete; denn nur gerösteter Kaffee entwickelt das charakteristische, intensive Aroma. Damit einher ging 1781 die Anstellung von Veteranen als „Kaffeeriecher“, also Schnüffler im wahren Sinne des Wortes. Sie hatten die Aufgabe, auf den Straßen Berlins illegal gerösteten Kaffee aufzuspüren. Mit Sicherheit lösen die beigefügten zeitgenössischen Zitate empörter Bürger, die das unglaubliche Vorgehen der Kaffeeriecher im eigenen Heim erdulden mussten, beim Leser ein Schmunzeln aus. Auch sollte man nicht vergessen, dass es Not war, die einen Menschen dazu brachte, eine ekelbehaftete Tätigkeit wie die des Fullone/Urinwäschers auszuüben oder mit einem Karren als Lumpensammler durch die Städte zu ziehen. Es sei der Vergleich solcher Geschichten mit den mitleids- und aufsehenerregenden Liedtexten eines Bänkelsängers erlaubt, dessen Berufsausübung auf den Jahrmärkten ebenfalls beschrieben wird: „Hört Leute, was ich berichte! Der kauft mein Lied, den (= dem) schlägt ein Herz! Singen will ich die Geschichte, es weint das Aug, groß ist der Schmerz, fünf deutsche Sklaven in Algier, von diesen singe ich allhier.“ *D. Jestrzemski*

***Michaela Vieser, Irmela Schulz: „Von Kaffeeriechern, Abtrittanbietern und Fischbeinreißern. Berufe aus vergangenen Zeiten“**, C. Bertelsmann Verlag, München, geb., 240 Seiten, 19,99 Euro*



Für die Balten

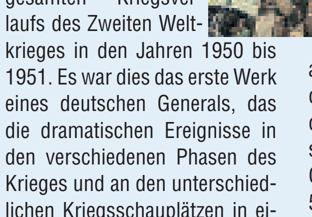
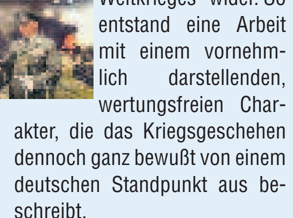
Biografie über Edzard Schaper

Noch bis weit in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein war Edzard Schaper (1908–1984) einer der meistgelesenen deutschen Autoren. In nicht weniger seiner Romane wie etwa „Die sterbende Kirche“, „Der vierte König“ oder „Der Henker“ hat er sich nicht nur zu einem Fürsprecher der verfolgten orthodoxen Kirche des Ostens gemacht, sondern auch zu einem Anwalt der seinerzeit von der Sowjetunion so bedrängten und von der übrigen Welt in Vergessenheit geratenen baltischen Völker. Seine Werke, die die existenziellen Fragen des Menschen nach seiner Identität, seiner Freiheit und der Bewährung in schwere Bedrängnis stellen, spielen sich häufig in „Grenzsituationen“ ab, so wie Schaper selbst auch ein „Grenzgänger“ gewesen ist, der es im Laufe seines Lebens – oftmals in Lebensgefahr und mehrmals auf der Flucht – zu gleich mehreren Staatsbürgerschaften (der deutschen, finnischen und der schweizerischen) gebracht hat. Doch nur den Älteren mag heute der Name Edzard Schaper noch etwas sagen.

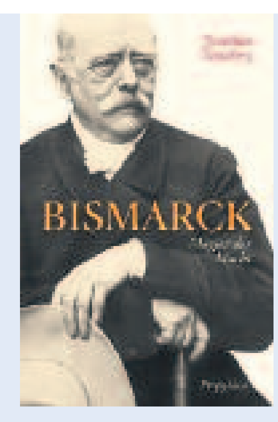
Und so war Schaper auch für Uwe Wolff lange Zeit ein Unbekannter gewesen. Bis er eines Tages auf die Legende vom vierten König stößt. Danach verschlingt er so ziemlich alles, was Schaper gedichtet hat. Von dessen Werk fasziniert, wird er neugierig auf den hinter den Romanen und Erzählungen stehenden Autor. Er betreibt eine umfangreiche Recherche. Was dabei herausgekommen ist, ist eine Fleißarbeit, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt und sich zugleich spannend liest. Es ist die erste vollständige Biografie zu Edzard Schaper. Sein Verfasser hat in vielen in- und ausländischen Archiven geforscht, mit noch lebenden Zeitzeugen gesprochen, viele bis dato unbekannte Briefe gesichtet und ausgewertet. Alle Erkenntnisse fließen harmonisch ein in das von ihm nun vorgestellte Lebensbild. Es ist das Verdienst des Friedrich Reinhardt Verlags diese Monografie herausgegeben zu haben. Und das in einer wohlfeilen, gediegenen Ausstattung.

Gewiss, diese Schaper-Biografie kommt spät. Zu spät kommt sie dennoch nicht. Im Gegenteil: Gerade weil der Dichter Schaper inzwischen als obsolet gilt – eine im Übrigen völlig zu Unrecht vorgenommene Einschätzung dieses erstrangigen Zeitzeugen jüngster osteuropäischer Geschichte –, ist es umso notwendiger, seine Person und sein Werk mit dieser Biografie dem Vergessen zu entreißen. *Matthias Hilbert*

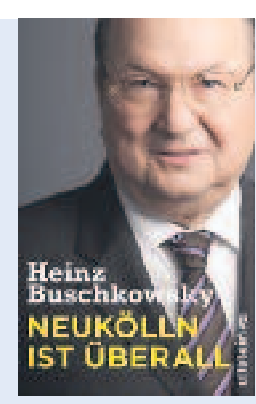
***Uwe Wolff: „Der vierte König lebt! Edzard Schaper. Dichter des 20. Jahrhunderts“**, F. Reinhardt Verlag, geb., 410 Seiten, 32 Euro*

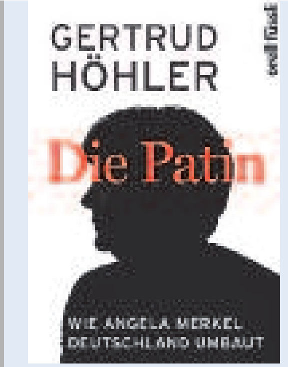
Kurt von Tippelskirch
Geschichte des Zweiten Weltkriegs
General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des Zweiten Weltkrieges" wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.
Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten
Best.-Nr.: 7210, € 49,80



Jonathan Steinberg
Bismarck
Magier der Macht
Geb., 752 Seiten
Best.-Nr.: 7213, € 29,99



Heinz Buschkowsky
Neukölln ist überall
Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.
Geb., 400 Seiten
Best.-Nr.: 7201, € 19,99

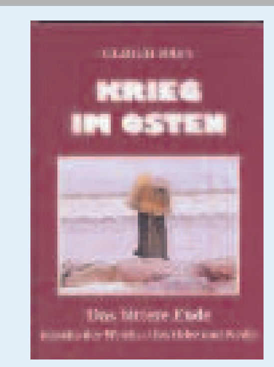


Gertrud Höhler
Die Patin
Wie Angela Merkel Deutschland umbaut
Geb., 296 Seiten
Best.-Nr.: 7198, € 21,95



Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen - die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab.
Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten.
Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.
Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen
Best.-Nr.: 7209


€ 19,80



Ulrich Saft
Krieg im Osten
Das bittere Ende jenseits der Weichsel bis Oder und Neiße Diese Dokumentation behandelt einen Ausschnitt des Ostfeldzuges von 1944/45, der mit dem Anlass für beide Weltkriege eingeleitet und von Beurteilungen der Wehrmacht nach dem Krieg abgeschlossen wird. Die Genauigkeit der beschriebenen Operationen beider Seiten war durch die Auswertung der neuesten Quellen möglich. Detaillierte Lagekarten veranschaulichen die häufig schwer durchschaubaren Gefechtsentwicklungen in einmaliger Weise.
Geb., 600 Seiten
Best.-Nr.: 3242
€ 39,95



Ulrich Saft
Das bittere Ende der Luftwaffe
„Wilde Sau" - Sturmjäger - Rammjäger - Todesflieger - „Bienenstock"
gehörten zu den spektakulärsten Sonderkommandos der Luftwaffe. Sie bestanden nicht aus ordensgeschmückten Fliegerassen, sondern aus meist jungen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, deren heldenhafter und opfermütiger Einsatz in diesem Buch beschrieben ist.
Geb., 208 Seiten, mit etlichen Fotos, Anhang
Best.-Nr.: 4881
€ 24,95




Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 2
The Entertainer, Avant de mourir, Poloetzer Tanz, Auf einem persischen Markt, Intermezzo sinfonico, Rusticanella, Alexander's Ragtimeband, Gebet einer Jungfrau, Hindulied, Japanischer Laternentanz, Einsamer Sonntag, Ständchen
CD
12. Titel
Spieldauer: 46:37 Minuten
Best.-Nr.: 7195
€ 17,95

Königsberg-Schirmmütze



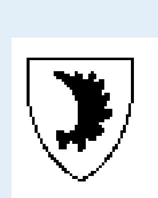
Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Rundstempel

Best.-Nr. 6216
Best.-Nr. 6472
Best.-Nr. 5538
Best.-Nr. 5539


pro Stück nur € 12,95





Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90



Die Berliner
(Mitglieder der Berliner Philharmoniker)
spielen Salonmusik
Teil 1
Schöner Gigolo , Püppchen, du bist mein Augenstern, Plaisir d'amour, Petersburger Schlittenfahrt , Narcissus , Jealousy, Zigeunerlager, Oh, Donna Clara, Minuetto, Barcarole, Das alte Lied, Mondnacht auf der Alster
CD
12 Titel
Spieldauer 46:40 Minuten
Best.-Nr.: 7194
€ 17,95



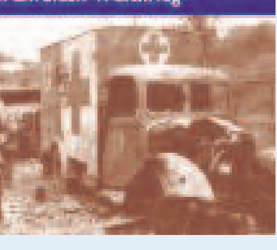
Preußen-Koppelschloss „GOTT MIT UNS"
Replik
2-Dorn-Koppelschloss
Maße: B: 63 mm, H: 48 mm
Best.-Nr.: 7215


€ 19,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
CD
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206


€ 17,95

Alfred M. de Zayas
Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts
Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene.
Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und mit ihren damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert. Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.
Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage
Best.-Nr.: 2335




€ 29,80



Reinhold Busch (Hrsg.)
Stalingrad
Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten
Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder
Best.-Nr.: 7214, € 24,90

Ostpreußen-Seidenkrawatte



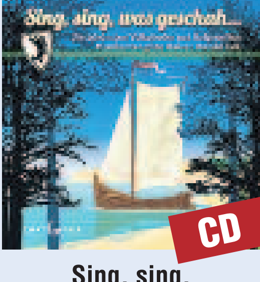
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091
€ 19,95



DVD
Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00



DVD
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



CD
Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min, 29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr.: 7203, € 12,95



Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945 Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide;
5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle;



CD
13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund;
15 In einem kühlen Grunde;
16 Ännchen von Tharau;
17 Ade zur guten Nacht;
18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht;
21 Der Mond ist aufgegangen
Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893
€ 14,95

Pro Patria, Märsche und Lieder
CD
1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206


€ 17,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.
Best.-Nr.: 7059, € 139,95




statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372



PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 07/13
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Kein Vertrauen in Parteien

Berlin – Nur noch 16 Prozent der Deutschen vertrauen den Parteien des Bundestages. Dies ergab eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GFK). Danach schneiden die Parteien sogar noch schlechter ab als die Banken, denen immerhin noch 29 Prozent der Befragten Vertrauen entgegenbringen. Indes waren es vor einem Jahr noch 36 Prozent. An der Spitze der Skala vertrauenswürdiger Institutionen rangiert das deutsche Handwerk, 87 Prozent vertrauen ihm. *H.H.*

Holländer für EU-Referendum

Den Haag – Nachdem niederländische Professoren im Januar eine Volksabstimmung über den Verbleib Hollands in der EU forderten (*PAZ* berichtete), hat sich nun ein „Bürgerforum EU“ in dem Königreich formiert, das jenes Referendum erzwingen will. Zunächst müssen 40000 Unterschriften gesammelt werden, damit sich das Parlament mit der Frage befassen muss. Ziel ist eine Volksabstimmung im Jahre 2017. *H.H.*

ZUR PERSON

Vor großen Erwartungen

Als „faire Gesprächspartnerin“ und „sehr kompetent“ loben selbst Vertreter der brandenburgischen „Linken“ und der dortigen SPD die neue Bundesbildungsministerin **Johanna Wanka (61)**. Sie gilt als stilsichere Pragmatikerin, der das Amt der Bildungsministerin aufgrund ihres Werdegangs auf den Leib geschnitten zu sein scheint. Sie ist vor allem bei Professoren und Hochschulrektoren beliebt, tritt sie doch vehement für Studiengebühren und Fremdfinanzierung der unterfinanzierten deutschen Hochschulen ein. Wanka bringt Erfahrung in der Bildungspolitik mit, denn in zwei



Bundesländern war sie bereits Bildungsministerin: Von 2000 bis 2009 in Brandenburg und seit 2010 in Niedersachsen. Obwohl Wanka als ehrgeizig gilt und in Verhandlungen ihren Standpunkt zu verteidigen weißt, konnte sie in den vergangenen zwei Jahren keine besonderen Akzente in Hannover setzen.

Nach dem Abgang von Annette Schavan sieht sich Wanka als neue Hoffnungsträgerin für ihr Amt einer großen Erwartungshaltung gegenüber. Kanzlerin Angela Merkel gilt Wanka als enge Vertraute und loyale Ministerin, die neben ihrem naturwissenschaftlichen Studium wie Merkel in Mitteldeutschland aufgewachsen ist, dort ihre Ausbildung erhalten hat und ebenfalls mit einem Professor verheiratet ist.

Johanna Wanka wurde in Rosenfeld im Landkreis Torgau geboren. Ihre aus Ostpreußen stammende protestantische Mutter prägte die Naturwissenschaftlerin. Nach der Ausbildung zur Agrotechnikerin studierte Wanka an der Universität Leipzig Mathematik. Nach ihrer Promotion 1980 wurde sie Professorin an der Hochschule Merseburg. 1989 trat sie der Bürgerbewegung der DDR bei und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Merseburger Kreises. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Jungbündnis marschiert!

Wie München wieder zur »Hauptstadt der Bewegung« wird, wie Herr Hahn vorm Tribunal landete, und was Hochtief-Leute fröhlich stimmt / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die braune Gefahr lauert hinter jeder Ecke, ganz offen oder verhüllt unter tausend Masken. Aber wie wäre es eigentlich, wenn die Nazis wirklich einmal wieder an die Macht gelangten? Ob das wohl genauso abliefe wie damals Anno '33? Eher nicht, es steht vielmehr zu befürchten, dass die neuen Hitleristen subtiler vorgehen, damit keiner so schnell merkt, wohin die Reise geht.

Gut, ein paar besonders lästige Gruppen müssten wohl wie damals brutal verboten werden. Geht nicht anders auf dem Weg in die Diktatur. Die übrigen Parteien und Organisationen aber würden sie vermutlich in zwei Kategorien teilen. Die einen werden Schritt für Schritt zermalmt, die anderen „einbezogen“, sprich: Sie werden dazu verdammt, den Karren der neuen Machthaber mitzuziehen.

Dabei kommt es wie immer vor allem auf die Jugend an. Am besten, man fasst die Jugendorganisationen der Parteien in einem „Jungbündnis“ zusammen, angeführt natürlich von der NS-Jugend. Auf diese Art gleichgeschaltet lässt man sie los auf die zu zermalmenden Gruppen.

Für die darf es nämlich keine Gnade geben: Unter Zuhilfenahme der folgsamen Medien wird jeder öffentliche Auftritt der letzten echten Oppositionszirkel als „Angriff auf die Volksgemeinschaft“ skandalisiert. Selbst heimlich dürfen die sich nicht versammeln können. Dafür fertigen die Stadtverwaltungen schwarze Listen unerwünschter Vereine an, die an alle Gastronomen verteilt werden. Wenn dann jemand kommt, der mehr als zehn Plätze oder gar einen Versammlungsraum mieten will, ist der Kneipenbesitzer angewiesen, einen etwaigen politischen Hintergrund abzufragen. Tut er das nicht, wird er vor ein Tribunal gezerrt und bekommt mächtig Ärger.

Irgendwann traut sich keiner mehr, den geächteten Gruppen beizustehen, das Problem löst sich von selbst. Im „Jungbündnis“ tanzen alle nach derselben braunen Pfeife, die Medien hopsen mit und am Ende steht die neue Diktatur, ohne dass man irgendwen dafür einsperren musste. So läuft Faschismus im 21. Jahrhundert!

Ob so etwas wirklich funktionieren würde? Schließlich sind wir eine Gesellschaft gefestigter Demokraten, die schon gegen die ersten Anzeichen einer solch abgefeimten Gleichschaltungstaktik auf die Barrikaden ginge! Oder?

Nicht ganz, wir müssen nur ein paar Vokabeln ändern, und schon haben wir unsere postmoderne Machtergreifung. Sie läuft sogar schon. Und wo? Tja, das ist der Witz im Witz: ausgerechnet in München, der traditionsreichen „Hauptstadt der Bewegung“.

Selbst das „Jungbündnis“ gibt es wirklich, nur heißt es voll ausgeschrieben „Jungbündnis gegen Rechts“. Darin vereint sind die Nachwuchstruppen von CSU, SPD, Grünen und FDP. Das Jungbündnis will „aufklären“ über rechtsradikale und „rechtspopulistische“ Strömungen. Als rechtspopulistisch wird des Öfteren auch Kritik am Euro oder der EU oder ein distanziertes Verhältnis zum Multikulturalismus bezeichnet. Oder Islamkritik, die betreibt nämlich die Kleinpartei „Die Freiheit“, weshalb sie derzeit Unterschriften sammelt für ein Bürgerbegehren gegen ein „Europäisches Islamzentrum“, das in der Bayernmetropole gebaut werden soll.

> Eigentlich wollte Hahn die Deutschen denunzieren, nun ist er selbst der Denunzierte

Daher mobilisiert das Jungbündnis gegen die „Freiheit“. Man hat sich vorgenommen, die Kneipenwirte zu „sensibilisieren“, wie es in schönstem Neusprech heißt. In einem zehnseitigen Papier „empfehlen“ die Jungbündler den Wirten tatsächlich, bei Reservierungen ab zehn Personen nach dem politischen Hintergrund zu fragen. Eine Wirtin, welche die „Freiheit“ hereingelassen hatte, wurde vor den Bezirksausschuss ihres Stadtteils zitiert. Unter Tränen verließ die Frau den Saal. Es sei wie ein Tribunal gewesen, wimmerte sie dabei. Jetzt soll sie eine „Unterlassungserklärung“ unterschreiben, dass sich bei ihr „keine rechten Organisationen mehr treffen dürfen“, wie wir aus der Regionalpresse erfahren.

Die „Rechtsextremismus“-Beauftragte der Stadt München hat unterdessen Vorschläge für eine „Checkliste“ ausgearbeitet, mit der Wirte „gezielt abfragen, wer und warum Räume für kulturelle, politische, kommerzielle oder private Zwecke anmietet“, wie die Internetseite „hallo-muenchen.de“ stolz vermeldet.

Das Praktische: Man spart enorm viel Geld für hauptamtliche Spitzel, wenn man die Wirte und andere VolksgenossInnen die schmutzige Arbeit machen lässt. Auch Stasi und Gestapo wären ohne ihre Denunzianten bekanntlich aufgeschmissen gewesen. Und wer nicht denunzieren will, den zerren sie, wie die Wirtin, vors Tribunal. Klatsch!

Selbstverständlich sind die Jungbündler und alle ihre Kampfgefährten zutiefst davon überzeugt, dass sie das alles nur tun, weil sie „die Lehren aus der Geschichte“ gezogen haben. Man kann ja gar nicht wachsam genug sein!

Da befällt einen doch tiefe Melancholie: Fast sieben Jahrzehnte „Vergangenheitsbewältigung“, drei Generationen Aufklärung über Diktatur, Totalitarismus und Freiheitszerstörung – und was steht am Ende? Einheitsfront, „Checkliste“, Schnüffelbefehl und ideologisches Tribunal.

Allerdings arbeiten die Tribunale in unserer durchrationalisierten Welt viel schneller als früher, wie der hessische FDP-Chef und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn erlebt hat. Der hatte sich öffentlich gefragt, „ob unsere Gesellschaft schon so weit ist, einen asiatisch aussehenden Vizekanzler auch noch länger zu akzeptieren“. Damit wollte er eigentlich die Deutschen an den Pranger stellen, was immer gern gesehen ist und gelobt wird: Wenn Philipp Rösler im Herbst per Abwahl durch das Volk sein Amt verliert, dann sei das eben ein erneuter Beweis für den tief verwurzelten Rassismus der unverbesserlichen Deutschen, so Hahns Botschaft. Bravo! Wie wachsam Sie sind!

Das Tribunal hat Hahns Seitenhieb gegen das eigene Volk in der Schnelligkeit aber gar nicht verstanden, sondern nur „Rösler“ und „asiatisch aussehend“ aufgeschnappt und die Keule rausgeholt: Hahn selber sei Rassist. Jetzt ist er arm dran: Er wollte doch die Deutschen denunzieren! Nun ist er selbst der Denunzierte. Unsere Welt ist so ungerecht. Das Jungbündnis sollte ihm zum Trost einen Fackelzug spendieren. Schon um ein Zeichen zu setzen: Denn auch wenn das Tribunal gelegentlich den Falschen fällt, so ist und bleibt Deutschland doch ein weltoffenes Land.

Das unterscheidet uns von manchem Nachbarn, wo es beispielsweise üblich ist, dass die Regierung dazwischengeht, wenn ein ausländischer Konzern ein heimisches Unternehmen kapern will. So etwas Engstirniges kommt für uns nicht infrage. Daher hatten wir nichts dagegen, als unlängst der spanische Baukonzern ACS das deutsche Unternehmen Hochtief übernahm. Und wie recht wir hatten! Mittlerweile entpuppt sich der Handel als ein Musterbeispiel europäischer Zusammenarbeit.

ACS war schon vor der Hochtief-Übernahme bis über beide Ohren verschuldet, musste sich das Geld für den Kauf bei spanischen Banken leihen. Nun sickert langsam durch, dass die neue deutsche Tochter wohl – entgegen ersten Beteuerungen – zerschlagen wird. Zwei Geschäftsbereiche werden wohl verkauft, mehr als 6000 Mitarbeiter bangen um ihre Arbeitsplätze. Was das Beste ist: Die spanischen Banken, welche den Kauf (und damit die Zerschlagung) von Hochtief finanziert haben, sind selber in höchster Not und werden voraussichtlich mit Steuergeldern vor allem aus Deutschland gerettet.

Wir sehen: In EU-Europa sind eben alle aufeinander angewiesen, jeder braucht jeden, nichts geht mehr allein. Gerade wir Deutsche sind für Kooperation und lehnen „nationale Alleingänge“ schon wegen der „Lehren aus der Geschichte“ kategorisch ab. Wenn demnächst ein paar Hochtief-Leute auf der Straße landen, gehen sie in der frohen Gewissheit, dass sie an ihrer Entlassung mit ihren eigenen Steuergroschen mitarbeiten durften: Die europäische Zusammenarbeit lebt.

MEINUNGEN

__Birgit Kelle__, freie Journalistin und Vorsitzende des Vereins „Frau 2000plus“, kritisiert im Magazin „The European“ (7. Februar) die __Debattenkultur__ in Deutschland:

„Die Political Correctness hat sich wie Mehltau über den normalen demokratischen Austausch gelegt. Mann muss ja nicht jede Meinung teilen, geschweige denn gutheißen. Aber man muss doch darüber reden dürfen. Wer Toleranz fordert, muss sie auch selber aufbringen. Im besten Sinne nach Voltaire: ‚Ich teile Ihre Meinung nicht, ich werde aber bis zu meinem letzten Atemzug kämpfen, dass Sie Ihre Meinung frei äußern können.‘ Was für ein großartiger Satz!“

Neuköllns Bezirksbürgermeister __Heinz Buschkowsky__ (SPD) ist __gegen__ den Vorschlag seiner Partei, generell __doppelte Staatsbürgerschaften__ zu erlauben, wie er in der „Bild“-Zeitung (6. Januar, Berlin-Ausgabe) schreibt, weil ...

„... mehrere Staatsangehörigkeiten das Abtauchen, die Flucht und den Schutz vor Bestrafung für Missetaten ermöglichen. Denken wir an den Filmemacher Polanski, Waffenhändler Schreiber, Kriegsverbrecher Glavaš oder den Südmilch-Boss Weber. Die Liste ist für meine Kolumne zu lang ... Mehrstaatlichkeit erleichtert Kriminalität und dient denen, die Unrechtes im Schilde führen.“

Der stellvertretende Chefredakteur des Magazins „eigentümlich frei“, __Henning Lindhoff__, warnt im Netzportal seines Blattes am 8. Februar davor, dass uns die EU-Politik in eine __Diktatur__ führen könnte:

„Ist die Ödnis der immer wiederkehrenden, neuen, alten Neuigkeiten über die Anmaßungen der EU eigentlich beabsichtigt? Werden wir am langen Ende in einer diktatorischen Sackgasse stehen und gar nicht wissen, wie lange wir geschlafen haben? Eines ist sicher: Viele Auswege werden bis dahin nicht mehr unseren Weg kreuzen.“

Die Pop-Sängerin und Schauspielerin („Kleinohrhasen“) __Nora Tschirner__ von der Gruppe „Prag“ erklärt im „Focus“ (11. Februar), warum __deutschsprachige Musik__ 2012 so __erfolgreich__ war wie seit Jahrzehnten nicht:

„Weil das wieder geht, jetzt. So wie man seit der Fußball-WM 2006 auch wieder Deutschland-Fahnen rausholen kann. Vor zehn Jahren war beides undenkbar.“

Der Anlageexperte __Philipp Vorndran__ widerspricht auf „Handelsblatt online“ europäischen Politikern, welche die __Euro-Krise__ als im Wesentlichen __überwunden__ bezeichnen:

„In Wahrheit ist die Krise aber noch lange nicht überstanden ... Die Schulden wachsen in den meisten Ländern weiter, die Arbeitslosigkeit steigt ungebremst, und die relative Wettbewerbsfähigkeit hat sich bislang nur unzureichend verschoben, all das deutet auf eine sehr lange Dauer des Strukturumbruchs hin. Es wird fleißig unter den Teppich gekehrt. Als gute Hausmänner wissen wir ja, dass das auf Dauer kein probates Mittel ist. Irgendwann ist so viel Dreck unter dem Teppich, dass er nicht mehr zu verbergen ist.“